

ARBEITSBLÄTTER

Nr. 11

**Barbara Katona Lehner**

**An-Naqab/Ha-Negev:  
Streiten um Land und Wirklichkeit**

**Eine semiotische Interpretation des arabisch-jüdischen  
Konfliktes in Israel/Palästina**

1994

Universität Bern

Institut für Ethnologie

**Barbara Katona Lehner**

**An-Naqab/Ha-Negev:  
Streiten um Land und Wirklichkeit**

**Eine semiotische Interpretation des arabisch-  
jüdischen Konfliktes in Israel/Palästina**

1994

# Arbeitsblätter des Instituts für Ethnologie der Universität Bern

Herausgegeben von:

Stefanie Burri

Wolfgang Marschall

Heinzpeter Znoj

Institut für Ethnologie

Länggassstr. 49A, CH-3000 Bern 9

Fax +41 31 631 42 12

ISBN 3-906465-09-8

Copyright: Barbara Katona Lehner  
und Institut für Ethnologie der Universität Bern

Überarbeitete Fassung der 1992 am Institut für Ethnologie der Universität Bern  
eingereichten Lizentiatsarbeit.

URL: [http://www.ethno.unibe.ch/arbeitsblaetter/AB11\\_Kat.pdf](http://www.ethno.unibe.ch/arbeitsblaetter/AB11_Kat.pdf)

This is the electronic edition of Barbara Katona Lehner "An-Naqab/Ha-Negev: Streiten um Land und Wirklichkeit. Eine semiotische Interpretation des arabisch-jüdischen Konflikts in Israel/Palästina", Arbeitsblätter Nr. 11, Institut für Ethnologie, Universität Bern, Bern 1994

ISBN 3-906465-09-8

Electronically published August 23, 2001

© Barbara Katona Lehner und Institut für Ethnologie der Universität Bern. All rights reserved.

This text may be copied freely and distributed either electronically or in printed form under the following conditions. You may not copy or distribute it in any other fashion without express written permission from me or the Institut für Ethnologie. Otherwise I encourage you to share this work widely and to link freely to it.

#### Conditions

You keep this copyright notice and list of conditions with any copy you make of the text.

You keep the preface and all chapters intact.

You do not charge money for the text or for access to reading or copying it.

That is, you may not include it in any collection, compendium, database, ftp site, CD ROM, etc. which requires payment or any world wide web site which requires payment or registration. You may not charge money for shipping the text or distributing it. If you give it away, these conditions must be intact.

For permission to copy or distribute in any other fashion, contact:  
[information@ethno.unibe.ch](mailto:information@ethno.unibe.ch)

## Vorwort

Dass Kultur nichts Harmloses ist, dass sich in Mythen politische Strategien ausdrücken und dass Zeichen eine der wirkungsvollsten Waffen in einem unbarmherzigen Krieg sind, das zeigt Barbara Katona in der vorliegenden Untersuchung. Der jahrzehntelange Bürgerkrieg in Israel beruht auf scheinbar unveränderlichen und unvereinbaren Ansprüchen und stellt sich auf mythische Weise als unausweichliche Auseinandersetzung zwischen zwei religiösen und ethnischen Gruppen dar. Tatsächlich hat dieser Krieg eine Geschichte. Die Voraussetzungen, aus denen er sich nährt, sind mit kommerziellen, juristischen, administrativen und diskursiven Massnahmen allmählich hergestellt worden. Die Darstellung dieses historischen Prozesses und die seiner Mythifizierung ist Barbara Katona eindrucklich gelungen. Der Konflikt zwischen der arabisch-beduinischen Bevölkerung und den israelischen Siedlern und Siedlerinnen erweist sich so in ihrer Analyse als unvermeidlicher Bestandteil einer spätkolonialen Landnahme und der Einführung kapitalintensiver landwirtschaftlicher Produktion durch den neuen Staat. In der Auseinandersetzung um unterschiedliche Konzepte des Landbesitzes, in der Durchsetzung von exklusiv israelischen Besitzrechten, von Enteignungen der arabisch-beduinischen Bevölkerung und ihrer nachträglichen Legitimation als Urbarmachung der Wüste entwickelte sich nicht nur das territoriale und ethnische Selbstverständnis des israelischen Staates, sondern, gewissermassen als der Schatten dieses Staates, der israelisch-palästinensische Krieg. Barbara Katonas Darstellung dieses Konfliktes erhellt die Logik der erschreckenden Gewalttätigkeit, gleichzeitig aber lässt sie die Hoffnung auf seine Beendigung weiter zu, weil sie ihn vom starren Mythos zur veränderbaren Geschichte macht. Ihre kritische Parteinahme für die palästinensische Seite als die unterlegene in diesem Konflikt ist wohlbegründet. Frieden in Israel/Palästina, das macht ihre Auseinandersetzung mit dem Thema deutlich, heisst, die gemeinsame Staatlichkeit auf einer gemeinschaftlichen Kontrolle und Nutzung des Landes neu zu begründen.

Die Reihe "Arbeitsblätter" des Instituts für Ethnologie der Universität Bern soll einen Einblick in die Forschungstätigkeit an unserem Institut ermöglichen und ist aus diesem Grund thematisch nicht eingeschränkt. Das Verbindende ist einzig die Betonung der ethnologischen Perspektive. Und diese kann, wie die vorliegende Arbeit zeigt, gerade das scheinbar Bekannte auf eine neue Weise verstehbar machen.

Für die Herausgeber: Heinzpeter Znoj



An dieser Stelle danke ich allen, die mich in meiner Arbeit unterstützt haben, vorab meiner Familie. Besonders danken möchte ich auch Penny Maddrell, Yunis Al-Grinawi und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Negev Education Association, der 'Sons of Laqiya' und der Association for the Support and Defence of Bedouin Rights in Israel, sowie Annemarie Sancar-Flückiger für die Vermittlung der Kontakte, Heinzpeter Znoj und Kathrin Oester für ihre anregende Kritik, und Thomas Widmer fürs Korrekturlesen.

Mit Dankbarkeit denke ich auch an die Menschen im Negev, die mir trotz ihres schwierigen Alltags Gastfreundschaft gewährt haben - in der Hoffnung, in einer Welt Gehör zu finden, die kaum von den arabisch-beduinischen Israeli des Negev Notiz nimmt. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet - und allen, die hören wollen.



"Rabbi, sagte ich wieder, wenn der da dein Vater ist, sprich zu ihm.  
Der Rabbi aber sagte, Dieser bedeutet mir auch nichts.  
Da verzerrte der Zorn die Miene des Heiligsten der Heiligen, und seine sieben Priester kamen und ergriffen den Rabbi und wiesen ihn hinaus aus dem siebenten Hof in die Wüste. Der Weg aber, den uns das Licht erleuchtete, wurde schmaler und steiler und Abgründe taten sich auf zu seinen Seiten; am Ende des Weges aber lag ein Stein, auf dem sass Einer, der war sehr alt und hielt in der Hand einen Stab und schrieb Zeichen in den Sand zu seinen Füßen mit der Spitze des Stabes.  
Und ich sagte ein drittes Mal, Rabbi, wenn der da dein Vater ist, sprich zu ihm.  
Der Rabbi aber neigte sich nieder zu dem Schreibenden und fragte, Was tust du da, Alter?  
Der jedoch sagte, ohne sich stören zu lassen bei seiner Arbeit, Siehst du nicht dass ich das siebenfach versiegelte Buch des Lebens schreibe, mein Sohn?  
Aber du schreibst es in den Sand, sagte der Rabbi, und ein Wind wird kommen und alles verwehen.  
Genau das, erwiderte der Alte, ist das Geheimnis des Buches.  
Da erbleichte der Rabbi und erschrak sehr, doch dann sprach er, Du bist der, der die Welt schuf aus dem Wüsten und Leeren, mit Tag und Nacht und Himmel und Erde und Wassern und allem Gewürm.  
Der bin ich, sagte der Alte.  
Und am sechsten Tag, fuhr der Rabbi fort, erschufst du in deinem Bilde den Menschen.  
Auch dieses tat ich, sagte der Alte.  
Und nun soll's alles sein, als wär's nie gewesen, fragte der Rabbi, eine flüchtige Spur, die mein Fuss verwischt?  
Da legte der Alte den Stab beiseite und schrieb nicht mehr weiter, sondern wiegte sein Haupt und sagte, Einst war auch ich voller Eifer und Glauben, mein Junge, und liebte mein Volk oder zürnte ihm, je nachdem, und sandte ihm Flut und Feuer und Engel und Propheten und schliesslich gar dich selbst, meinen einzigen Sohn. Du siehst selbst, was daraus geworden ist.  
Ein stinkender Sumpf, in dem alles, was lebt, nur danach trachtet, einander zu fressen, sagte der Rabbi, ein Reich des Grauens, in dem alle Ordnung nur dazu dient, zu zerstören.  
Mein Sohn, sagte der Alte, ich weiss.  
Aber HErr, wandte der Rabbi ein, liegt's nicht in Deiner Hand, den Sumpf zu trocknen und die Ordnung zu ändern?  
Der Alte schwieg.  
HErr, sagte der Rabbi, Du hast verlauten lassen durch den Mund Deines Propheten, Du wolltest einen neuen Himmel schaffen und eine neue Erde, dass man der vorigen nicht mehr gedenken werde. Und Du hast ferner geredet durch einen andern Deiner Propheten und den Menschen verkünden lassen, Du wolltest das steinerne Herz aus ihrem Fleisch wegnehmen und ihnen ein neues Herz und einen neuen Geist eingeben. HErr, ich frage Dich: wann? Wann?  
Da wandte der Alte den Kopf und blickte auf zu seinem Sohn, schräg von unten her, und sprach, Ich habe die Welt erschaffen und den Menschen, aber einmal da, entwickelt ein Jegliches seine eigenen Gesetze und aus Ja wird Nein und aus Nein wird Ja, bis nichts mehr ist, wie es war, und die Welt, die Gott schuf, nicht mehr erkennbar selbst dem Auge ihres Schöpfers.  
Du gestehst also die Vergeblichkeit Deines Tuns, HErr?  
Ich schreibe in den Sand, sagte der Alte, ist das nicht genug?"

Aus Stefan Heym, Ahasver



## **INHALT**

**AUFTAKT .....7**

**I TRITTSTEINE: ENTNENNUNG UND BEZIEHUNG I .....11**

1. BARTHES: ZEITZEICHEN .....11
2. DOUGLAS: KÖRPERSYMBOLS .....12
3. ENTNENNUNG VERSUS BEZIEHUNG? .....13

**II VOM NAQAB ZUM NEGEV...ODER DER FALAH-DISPUT ..... 16**

1. STAATLICHE UNTERSTÜTZUNG NEUER, SPONTANER ANSIEDLUNGEN? .....17
2. ZWANGSUMSIEDLUNG UND PROLETARISIERUNG? .....19

**III ENTNENNUNG UND BEZIEHUNG II .....21**

1. LANDNAHME, ÖKONOMIE UND BÜRGERRECHTE: GESCHICHTE UND GEGENWART .....22

- 1.1. Boden als Ware .....22
- 1.2. Ware und Staat .....23
- 1.3. Boden als Territorium .....24
- 1.4. Herrschaft und Produktion .....24

2. DER VERLAUF DER ENTEIGNUNG .....25

- 2.1. Wüst und öd .....25
- 2.2. Stammesland oder Handelsware? .....27
- 2.3. Die 'Israel Lands' .....27

3. DIE INSTRUMENTE DER ENTEIGNUNG .....30

- 3.1. Die Enteignungsgesetze .....30
- 3.2. Die Raumplanung .....32

4. GEWALT, ARBEIT, LANDNAHME .....34

- 4.1. Die 'Green Patrol' .....34
- 4.2. Blühende Kibbutzim in blühender Wüste? .....38
- 4.3. Nomadisierende Bäume .....42

**IV ZEICHEN .....46**

1. ZEICHEN FÜR ZEIT .....46
2. ZEICHEN FÜR RAUM .....48

**AUSKLANG .....52**

**ANMERKUNGEN .....54**

**BIBLIOGRAPHIE .....62**



## AUFTAKT

### I

Im Oktober 1991 schreibt Birgit Cerha, Nahostkorrespondentin der Wochenzeitung 'Die Weltwoche', unter dem Titel "Diese unstillbare Sehnsucht nach demselben Land" über die "tragischen Missverständnisse und Fehlkalkulationen", die die Geschichte der arabisch-jüdischen Beziehungen prägten. Der Anlass: Am Tag zuvor, am 30. Oktober, wurde in Madrid die Nahost-Friedenskonferenz eröffnet. Israel und seine arabischen Nachbarn setzten sich zum ersten Mal seit der Gründung des israelischen Staates an einen Tisch. Schon zu diesem Zeitpunkt scheint allerdings klar, dass die Konferenz selber den arabisch-israelischen Konflikt nicht lösen, dass sie bestenfalls die Tür zu echten Verhandlungen öffnen wird (Cerha 1991:5-7). In derselben Ausgabe der 'Weltwoche' beschreibt Hal Wyner, der regelmässig aus Israel berichtet, die Stimmung im Land. Die am häufigsten gestellte Frage in Israel in diesen Tagen lautet: Wird es wohl was bringen? In diesem Satz, so Wyner, schwingen Zweifel, aber auch Hoffnung mit, denn "zumündest wird endlich geredet". Auch Hal Wyner selbst, dessen Texte sonst oft bissig, ja zynisch sind, drückt seine Hoffnung auf eine Verständigung aus. Er lässt auch zum ersten Mal durchschimmern, wie müde er, und mit ihm viele in Israel, all der Jahre des Konflikts sind:

"Es glaubt natürlich niemand wirklich, dass die Lösung so schnell kommen wird (...). Die letzten Opfer des israelisch-arabischen Konflikts, das weiss man gewiss, sind noch nicht gefallen. Dennoch spürt man das Gefühl der Erleichterung darüber, dass das Reden beginnt, dass die Lösung nicht mehr in Kriegen, sondern am Verhandlungstisch gesucht werden soll" (Wyner 1991:9).

### II

Im Frühjahr 1992 ist die Konferenz zu einer Routineangelegenheit geworden, das Thema ist aus den Schlagzeilen verschwunden. Selbstverständlich ist sie aber beileibe nicht, denn trotz etlicher "Zwischenfälle" wird weiter geredet. Das werten alle Teilnehmenden als unerhörten Fortschritt in den bislang katastrophalen arabisch-jüdischen Nicht-Beziehungen. Substantielle Schritte in Richtung einer Lösung des Konflikts sind allerdings noch keine getan worden. Man richtet sich auf lange Verhandlungen ein. Zu diesem Zeitpunkt, im April 1992, weist Hal Wyner auf eine weitere wunde Stelle in den arabisch-israelischen Beziehungen hin, die arabischen Bürger und Bürgerinnen Israels, die mit fast einem Fünftel einen ansehnlichen Anteil an der Bevölkerung ausmachen, über deren Existenz aber ein Schleier von Nichtsehen und Nichtwissen liegt.

Der Anlass für den Artikel war das neueste Werk von David Grossman, einem der bekanntesten Schriftsteller Israels. Fünf Jahre zuvor schon, zum zwanzigsten Jahrestag der israelischen Besetzung der Westbank und des Gazastreifens, hatte Grossman in seinem Buch 'Der Gelbe Wind' (Grossman 1990) den arabisch-israelischen Konflikt thematisiert, hatte das Gespräch mit Palästinensern und Palästinenserinnen in der Westbank und im Gazastreifen aufgenommen und es in die Mitte Israels getragen. Das neue Buch trägt den Titel 'Abwesende Anwesende'(1), in Umkehrung einer in den fünfziger Jahren kreierte offiziellen Bezeichnung. Gemeint sind damit jene, die 1948 infolge des Krieges ihren Besitz verlassen mussten und deswegen als "Abwesende" bezeichnet wurden. Als sie zurückkehrten, erhielten sie den Status von "anwesenden Abwesenden", da sie offensichtlich anwesend waren; aber sie verloren ihren Besitz, da sie zum entscheidenden Zeitpunkt "abwesend" gewesen waren. Rund die Hälfte der arabischen Bevölkerung Israels, zitiert Wyner Grossman, ist von dieser Regelung betroffen. Das heisst etwa 375'000 oder rund zehn Prozent der Bürger und Bürgerinnen Israels sind ... abwesend.

Abwesend sind sie nicht nur in bezug auf ihre Besitzansprüche. Grossman schreibt, dass für die meisten jüdischen Israeli ihre arabischen Mitbürger und Mitbürgerinnen wohl als "Zahl" existieren, "anwesend" sind, sie als Menschen aber völlig aus dem Bewusstsein verdrängt werden. Nicht was Grossman über die "systematische, staatlich angeordnete Diskriminierung" schreibt, erstaunt Wyner in erster Linie. Wer in Israel Zeitung lese, wisse,

dass die arabische Minderheit weder in der Regierung oder in der Knesset noch in sonstigen öffentlichen Institutionen auch nur annähernd proportional vertreten sei, dass für arabische Schulen nur ein Bruchteil des Betrages aufgewendet werde, der für jüdische Schulen eingesetzt wird, dass über die Hälfte der arabischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebe. Schockierend ist für Wyner das Buch da, wo Grossman aufzeigt, "wie fremd die Araber in Israel selbst den Intellektuellen unter den Juden geblieben sind, die sich politisch für sie einsetzen" (Wyner 1992:9).

### III

"Gerade die Schärfe und Unversöhnlichkeit des Konflikts signalisiert, dass recht eigentlich nicht nur Divergenzen hinsichtlich konkret einlösbarer Forderungen ausgetragen wurden. Es dürfte nicht bloss um den Boden Palästinas sowie Flucht und Vertreibung seiner durch zionistische Ansiedlung landlos gemachten arabischen Bevölkerung gegangen sein, obschon dies sein unbestreitbarer, realhistorischer Kern ist. Diese als real apostrophierten Anteile des Konflikts werden durch ein symbolisches Moment noch verschärft, der kein möglicher Gegenstand von Verträgen sein kann und folglich der Auseinandersetzung eine gleichsam absolute Dimension aufbürdet, sie schier unlösbar macht" (Diner 1991:92).

### IV

Noch abwesender als die "anwesenden Abwesenden", über die Grossman in seinem neuen Buch schreibt, ist der beduinische Teil der arabischen Bevölkerung Israels, der vor allem im Norden, in Galiläa, und im Süden, im Negev, lebt. Gerade der Negev gilt in vielen Köpfen in und ausserhalb Israels als menschenleere Wüste, als Gebiet, das nur darauf wartet, erschlossen und besiedelt zu werden. Von der beduinischen Bevölkerung, die hier seit Generationen ansässig ist, sprechen nur wenige. Und was über sie gesagt wird, entspricht meist nicht der Wirklichkeit, wie sie die beduinische Bevölkerung erlebt.

Die rund 70'000 Beduinen und Beduininnen(2) des Negev, Jahrzehnte ungesehen und ungehört, kämpfen heute darum, als Bürger und Bürgerinnen Israels wahrgenommen und respektiert zu werden. Und sie kämpfen um das Land, das einst ihre Lebensgrundlage war und von dem sie heute Schritt für Schritt vertrieben werden. Nach den Plänen der israelischen Behörden soll die beduinische Bevölkerung des Negev in sogenannten "Plansiedlungen" zusammengefasst werden. In diesen "Plansiedlungen" soll sie in den Genuss einer besseren, modernen Infrastruktur kommen. Vertreter und Vertreterinnen der beduinischen Bevölkerung allerdings kritisieren die Plansiedlungspolitik der Regierung. Sie sprechen von Landenteilung, Zwangsumsiedlung und Diskriminierung.

Dieser Konflikt spiegelt sich auch in einem Disput unter israelischen Geographen, die Zielsetzungen und Probleme der Plansiedlungen diskutieren (Stern und Gradus 1979, Falah 1983 und 1985, Kliot und Medzini 1985 und Šoffer und Bar-Gal 1985).

Dieser Disput, in dem einander diametral entgegengesetzte Positionen formuliert werden, bildet im vorliegenden Text gleichsam die Lupe, durch die der Blick auf die "Mechanik" des Konfliktes zwischen der beduinischen Bevölkerung des Negev auf der einen Seite und den staatlichen Behörden auf der andern Seite gelenkt wird. Im Zentrum meiner Untersuchung des Konfliktes steht die Frage nach der Bedeutung. Was haben all diese verwirrenden Bezeichnungen, was hat dieses Hin und Her wirklich zu bedeuten? Kaum hatte ich die Frage gestellt, schien bald alles für irgend "etwas anderes" zu stehen, eine Bedeutung zu haben, die nicht auf den ersten Blick einsichtig ist, deren Wirken aber in allen Bereichen des Lebens in Israel/Palästina spürbar ist. Diese Frage versuchte ich mit Hilfe des semiotischen Konzepts des "Zeichens" zu beantworten.

Ziel der Arbeit ist es, über die Frage nach der Bedeutung die widerstreitenden Wirklichkeiten und ihre Verflechtungen in diesem Konflikt darzustellen. "Zeichen" steht hier immer als etwas zwiefaches, etwas, das verdeckt und enthüllt, aber auch als etwas, das auf eine Trennung wie auf eine Beziehung deutet. Mit den Ansätzen von Barthes (Barthes 1964 und 1988) und von Douglas (Douglas 1966, 1973, 1975, 1982 und Douglas und Wildawsky 1982) können diese beiden Aspekte des Zeichens erfasst werden. Barthes sieht im Zeichen das Produkt eines

"Prozesses der Entnennung", der Verschleierung. Um das Zeichen lesbar zu machen, muss dieser Prozess aufgedeckt, wieder 'be-nannt' werden. Für Douglas dagegen drückt das Zeichen immer eine "Beziehung" aus, ja es kann nur aus einer Beziehung entstehen. Entzifferbar ist das Zeichen für Douglas nicht im eigentlichen Sinn, ihr Ansatz erlaubt vielmehr, das, was die zeichenbildenden Elemente verbindet, aufzuspüren.

In Teil I werden die beiden Ansätze kritisch betrachtet und die für die vorliegende Untersuchung relevanten Begriffe "Entnennung" und "Beziehung" herausgearbeitet. Hier setze ich mich auch mit den Schwierigkeiten auseinander, die sich für mich im Verlauf meiner Beschäftigung mit dem semiotischen Zeichenkonzept ergeben haben. In Teil II und III wird der Konflikt unter dem beschriebenen Blickwinkel dargestellt und in Teil IV mit Hilfe der im ersten Teil dargestellten Konzepte interpretiert. Aus Abwesenden werden so wieder Anwesende, die Prozesse, die sie haben verschwinden lassen, können durch die Zeichen wieder entziffert werden. So zum Beispiel auch durch das Zeichen Baum:

"Jetzt wo Sie in Israel sind, ist Tu b'Shevat(3), genau die richtige Zeit, um die Sache in die eigene Hand zu nehmen und ihren eigenen Baum zu pflanzen. Wenn Sie das tun, wird Ihr Baum einer von über 150 Millionen Bäumen sein, die inzwischen gepflanzt worden sind. Weil das Datum des Festes sich nähert, sollten Sie sich kümmern. Vielleicht wird in Ihrer Nähe ein Landausflug organisiert, um Bäume zu pflanzen. Wenn nicht, dann gibt es überall im Land zentrale Feierlichkeiten(4)."



Es ist keine Täuschung: Text und Fotografie(5) passen tatsächlich nicht zueinander. Der abgebildete Baum wird nicht gepflanzt, er wird ausgerissen, denn er ist von den falschen Händen gepflanzt worden. Weshalb es "falsche Hände" sind, die ihn gepflanzt haben, wird durch das Aufarbeiten der Geschichte der Landenteignung im Negev und der Mittel, die dazu verwendet wurden, deutlich werden. Durch das Wissen um diese Geschichte wiederum wird klar, wieso noch heute von abwesenden Anwesenden gesprochen werden kann, und wieso Bäume gepflanzt und wieder ausgerissen und wieder gepflanzt werden. Diese Bäume sind Zeichen, in denen gleichzeitig Geschichte geschrieben und ausgelöscht ist: Die Geschichte der beduinischen Hände, die sie gepflanzt und gepflegt haben, der beduinischen Familien, die ihr Land verloren haben, weil sie enteignet wurden, der beduinischen Männer, Frauen und Kinder, die in Israel, trotzdem sie die israelische Staatsbürgerschaft besitzen, keine Arbeit finden, keine sichere Unterkunft, keine anständige Ausbildung. Ihr Alltag ist bestimmt von Gewalt und Ausgrenzung, von Verneinung. Der Baum, der hier ausgerissen wird, bedeutet ihnen: hier habt ihr keinen Platz, hier ist nicht euer Land. Der Baum, den sie gepflanzt haben, bedeutet für sie: hier ist unsere Heimat, hier ist unser Land. Entnennung und Beziehung - beides ist in diesem Baum ausgedrückt, beides kann durch diesen Baum sichtbar gemacht werden(6).

## I TRITTSTEINE: ENTNENNUNG UND BEZIEHUNG I

Die Semiotik geht davon aus, dass etwas für etwas anderes stehen kann. Dieses "etwas" wird damit zu einem Zeichen, über das "etwas anderes" erschlossen werden kann. Die grundlegende Frage ist, was dieses "etwas anderes", und damit auch das Zeichen, das für "etwas anderes" steht, ist. Aus den verschiedenen semiotischen Modellen, die eine Antwort auf diese Frage liefern, habe ich die Ansätze von Barthes (Barthes 1964 und 1988) und von Douglas (Douglas 1966, 1973, 1975 und 1982) herausgegriffen, weil sie verschiedene Antworten auf die gestellte Frage geben, die, wie mir scheint, in einem interessanten Spannungsverhältnis zueinander stehen. Wie gespannt dieses Verhältnis tatsächlich ist, wurde mir allerdings erst im Verlauf meiner Beschäftigung mit den beiden Modellen bewusst.

Für Barthes steht die Wirkungsweise des Zeichens im Vordergrund. "Etwas anderes" ist für ihn Geschichte, bzw. ein historischer Prozess, der unkenntlich gemacht wird um so die Gegenwart zu beeinflussen. "Anders" heisst damit für ihn gegenteilig, aus ja wird nein, aus nein wird ja. Douglas dagegen befasst sich in erster Linie mit der Entstehung von Zeichen. Bei ihr ist "etwas anderes" der Ort, wo das Zeichen herkommt, genauer, die Beziehung, die das Zeichen generiert. Sie benutzt "anders" im Sinn von zweifach, mehrfach; zwei ja, zwei nein. Damit weisen Barthes und Douglas auf zwei verschiedene Aspekte des Zeichens hin, die ich als 'Entnennung und Beziehung' in den Mittelpunkt meiner Ueberlegungen zum Konzept des Zeichens stellen möchte. Im Folgenden soll zuerst dargestellt werden, was Barthes und Douglas unter Entnennung respektive Beziehung verstehen.

### 1. BARTHES: ZEITZEICHEN

Barthes geht davon aus, dass Objekte neben ihrer eigentlichen Funktion immer auch Sinn transportieren, ja dass sie, da sie gleichzeitig unendlich sozial und unendlich subjektiv sind, "Eigensinn" haben. Damit existieren sie ausserhalb des Menschen (Barthes 1988c:189). Allerdings ist es schwierig, diesen Sinn aufzuspüren, da er sich zum einen hinter einer "gewissen Unschuld der Gegenstände" versteckt, und er zum andern nur aus dem Zusammentreffen von Unterschieden erwächst (Barthes 1988b:166). Noch schwieriger wird dies, wenn zum Objekt die Sprache hinzukommt und, so Barthes, der Mythos(7) als sekundäres Zeichensystem (Barthes 1964:92-93) entsteht.

Diese Unterscheidung zwischen primärem Zeichen, das aus Bedeutetem und Bedeutendem besteht, und Mythos, als dem über das Zeichen Gesprochene, ist allerdings nur eine quantitative. Je nach Optik ist ein Phänomen Objekt, Zeichen oder Mythos. Bedeutetes, Bedeutendes und Zeichen, ebenso wie Mythos, haben einen rein formalen Charakter und können beliebig mit verschiedenen Inhalten gefüllt werden (Barthes 1964:90-91). Einen wesentlichen Unterschied zwischen Zeichen und Mythos allerdings stellt Barthes fest, wenn er sagt, dass im semiologischen System des Objekts Zeichen als akustische und optische Bilder immer willkürlich gesetzt werden, im Mythos aber das Bedeutende, die Form, immer in Analogie zum Sinn des Mythos entsteht (Barthes 1964:95-98, 101-105). Diese Unterscheidung scheint mir nicht stichhaltig zu sein, denn er widerspricht damit erstens den formalen Bedingungen seines eigenen Zeichenkonzeptes, und er postuliert zweitens eine Eindeutigkeit der primären Zeichen, die meiner Meinung nach nur in "künstlichen" Zeichensystemen wie beispielsweise den Piktogrammen der Verkehrszeichen gegeben ist. Ich spreche deshalb im weiteren nur noch von Zeichen.

Jedes, wie Barthes es nennt, semiologische System, das heisst jedes Zeichensystem, besteht laut Barthes also aus drei Elementen: Bedeutetes, Bedeutendes und Zeichen. Massgebend, weil wirkungsvoll, sind aber nicht die Teile selbst, sondern das gemeinsame Eintreten von Bedeutetem und Bedeutendem ins Zeichen. Das heisst, bestimmend für das Zeichen ist die Beziehung seiner Komponenten. Die Instabilität dieser Beziehung, bedingt aus dem unablässigen Wechselspiel zwischen Bedeutetem und Bedeutendem, ist der Grund für die doppeldeutige, für Barthes "trügerische", Erscheinung des Zeichens. Er schreibt über das Zeichen "Mythos": Er ist "weder Lüge noch Geständnis", denn "Verschleiern ist sein eigentliches Prinzip". Vor allem aber "verwandelt der Mythos Geschichte in Natur", eine

Natur, die "unbeweglich, universal und ewig" ist. Diese Umwandlung, das Verschwinden der Geschichte aus der Gegenwart, nennt Barthes den Prozess der Entnennung. In diesem Prozess der Entnennung werden alle gesellschaftlichen Phänomene verkürzt, vereinfacht und als selbstverständlich dargestellt. Dadurch werden die Mitglieder dieser Gesellschaft von ihrer geschichtlichen Verantwortung entbunden und unmündig gemacht. Und sie werden unfähig, sich das Andere, jenseits eines selbstgefälligen, objektivierenden Exotismus, vorzustellen (Barthes 1964:112-143).

So bezeichnen israelische Beamte seit Generationen im Negev ansässige Beduinen als "räuberische Eindringlinge, vor wenigen Jahren ins Land gekommen". Die solchermassen "Entnannten" sprechen in ihrem politischen Kampf um Gleichberechtigung im Staat Israel vom "Kampf gegen die Kreuzritter". Und beide Seiten pflanzen Bäume, um ihre Geschichte sicht- und greifbar zu machen. Vor allem die langlebigen Olivenbäume sollen Zeugnis davon ablegen, wie verwurzelt "man" in diesem Land ist.

Zeichen sind für Barthes also Trugbilder, die die historische Wirklichkeit verfälschen, die "etwas anderes" nur verstümmelt wiedergeben, indem sie aus ihm in einem gegenteiligen Sinn "etwas anderes" machen. Aus ja wird nein und aus nein wird ja. Soll nun dieser Prozess der Entnennung aufgehoben werden, soll "etwas anderes" wieder sichtbar werden, gilt es, so Barthes, "in das System des Sinns selbst Risse zu schlagen" und "die Dinge wieder zu benennen" (Barthes 1988a:12)

## 2. DOUGLAS: KÖRPERSYMBOLS

Ist das Zeichen bei Barthes ein geschichtliches Produkt, so kann es bei Douglas(8) als Resultat des Zusammenspiels von Körpern gesehen werden, dem Körper des Individuums auf der einen Seite und dem sozialen Körper der Gruppe auf der andern Seite. Während der soziale Körper festlegt, wie der menschliche Körper wahrgenommen und wie mit ihm umgegangen wird, stützt die physische Erfahrung des Individuums wiederum die Haltung des sozialen Körpers (Douglas 1973:93). Diese enge Wechselwirkung macht den menschlichen Körper für Douglas zum Abbild, zum Symbol der Gesellschaft, die ihn konzipiert (Douglas 1966:115). Aus dieser Wechselwirkung werden Vorstellungen vom Individuum, von der Gesellschaft und von der Welt generiert. Der menschliche Körper ist nach Douglas also das zentrale Zeichen, durch das sich alle Regeln und Vorstellungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens aufschlüsseln lassen.

Sämtliche Handlungen sind von der grundlegenden Körper-Gesellschaft-Beziehung geprägt, Wahrnehmung und Kommunikation beugen sich Selektionsprinzipien, die direkt aus dieser Beziehung generiert werden (Douglas 1982:88, 1975:7). Es entstehen also, in einem alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassenden "Symbolierprozess"(9), wie Douglas dies nennt, Ketten von Zeichen, die alle aus dem gleichen Ursprung stammen und die alle letztlich dasselbe bedeuten (Douglas 1973:112, 1975:5,173). Nach Douglas ist die Beziehung Körper-Gesellschaft, und damit auch der Symbolierprozess, gewissen Regeln unterworfen, unter denen die "Reinheitsregel", die "purity rule", an zentraler Stelle steht. Diese Regel besagt, dass mit zunehmendem Druck der Gesellschaft auf das Individuum auch die Tendenz zunimmt, die Distanz zwischen menschlichem und sozialem Körper zu vergrößern und die Formen des gesellschaftlichen Umgangs zu entkörperlichen (Douglas 1973:11, 16-17, 100, 1975:5-6,213). Soll die gesellschaftliche Kommunikation ungestört ablaufen, muss in allen sozialen Bereichen dasselbe Mass an Distanz herrschen. Ist dies nicht der Fall, werden die Kommunikationsmuster inkohärent und ein Teil der Botschaft wird fallengelassen.

Die Reinheitsregel ist mithin ein Kontrollsystem, das die Aufrechterhaltung der Kohärenz, das heisst der Reinheit, der systemischen Prozesse zur Aufgabe hat (Douglas 1975:215-216). Diese Aufgabe besteht im wesentlichen darin, zu definieren, was in den Symbolierprozess passt und was nicht. Auswahlkriterium ist das Konzept des Schmutzes, der "Materie am falschen Ort". Um den Symbolierprozess, und damit die ganze Gesellschafts- und Weltordnung aufrechtzuerhalten, muss alles, was nicht hinein passt, als schmutzig ausgeschieden werden. Denn alles, was nicht Teil der vorgegebenen Ordnung ist, ist anomal und potentiell zerstörerisch (Douglas 1966:2-4). Auch hier kommt dem menschlichen Körper

als zentralem Zeichen die wichtigste Bedeutung zu, da sich nach Douglas die Kontrolle sozialer Beziehungen über die Kontrolle der Körperöffnungen reguliert (Douglas 1973:100-104).

Es ist kein Zufall, dass sich jüdische Israeli gerade mit dem Argument gegen beduinische Busfahrgäste wehren, dass diese stänken. Oder dass beduinische wie jüdische Familien ihre jungen Mädchen und Frauen mit Greuelgeschichten über Vergewaltigungen davor warnen, in die Nähe der jeweils Anderen zu kommen. Diese körperlichen Grenzzeichen werden fortgesetzt in den Zäunen rund um jüdische Siedlungen, in den Kontrollposten an den Einfallstrassen der Städte, in den Wehrdörfern entlang der israelischen Grenze. Alle diese Grenzzeichen, Geruch, Angst, Zäune, Grenzwächter, machen täglich, stündlich klar, wer zu welcher Gruppe gehört, wer am richtigen Platz ist, und wer nicht. Die traditionell-beduinischen Grenzen - niemand nähert sich einem andern Haus näher als auf Rufweite, ohne eingeladen zu sein, um nur ein Beispiel zu nennen, - verschwinden hinter solch massiver Demonstration der Ausgrenzung.

Für Douglas ist das Zeichen also sowohl Produkt als auch Ursprung von "Beziehung". "Etwas anderes" ist ein zweites, ein weiteres Glied in einer genau bestimmten Kette von Zeichen, die alle letztlich dasselbe "andere" bedeuten. Aus ja wird wieder und wieder ja, aus nein wird wieder und wieder nein. Ein Vielleicht oder Sowohl als auch gibt es nicht. Zu welchen Schwierigkeiten diese Konzeption von Zeichen führt, soll im nächsten Abschnitt erörtert werden.

### 3. ENTENNUNG VERSUS BEZIEHUNG?

Auf den ersten Blick scheinen die beiden Ansätze nichts oder zumindest nicht viel miteinander zu tun zu haben. Nun kann aber vom Zeichenkonzept von Barthes gesagt werden, dass es in gewisser Weise den Aspekt der Zeit im Zeichen betont, und vom Konzept von Douglas, dass es in gewisser Weise den Aspekt des Raumes im Zeichen betont. Da Zeit nicht ohne Raum und Raum nicht ohne Zeit denkbar ist, implizieren beide in ihren Modellen die jeweils andere Dimension. In diesem Bereich der Raum-Zeit-Ordnung können beide Ansätze, jenseits ihrer strukturalistischen bzw. funktionalistischen Orientierung, zueinander in Beziehung gesetzt werden. Und genau in diesem Bereich zeigen sich in beiden Ansätzen Schwierigkeiten, die meiner Meinung nach dieselbe Ursache haben.

Für Barthes ist das Zeichen letztlich Lüge, weil es nie "etwas anderes" eindeutig wiedergibt, weil sich die Bedeutung des Zeichens immer verschiebt, kurz weil das Zeichen instabil ist. Er bewertet das in seiner raumzeitlichen Ordnung als historischen Prozess der Entnennung, was bis zu einem gewissen Punkt seine Berechtigung hat, aber eben nur bis zu einem gewissen Punkt. Wenn man einen Schritt zurücktritt, und diese raumzeitliche Ordnung gleichsam von aussen betrachtet, könnte man sagen, das nicht nur das Zeichen, sondern die Zeit, die das Zeichen hervorbringt, selbst instabil ist.

Bei Douglas ist die Sache komplexer. Sie spricht von Ketten von Zeichen, die letztlich alle dasselbe bedeuten, nämlich die ursprüngliche Beziehung Körper-Gesellschaft, die wiederum nur in ihrer Bedeutung für den Symbolisierungsprozess kommunizierbar ist. Das heisst in letzter Konsequenz, das "bedeuten" nirgends hinführt als zu sich selbst, und dass Bedeutung nicht fassbar ist. Douglas versucht diesem toten Punkt auszuweichen, indem sie den Begriff der Bedeutung fallen lässt und sich auf die Beziehung zwischen Körper und Gesellschaft konzentriert. Sie folgert, dass zwar nicht der Prozess des Bedeutens fassbar ist, wohl aber der Prozess der Generierung von Bedeutung (Douglas 1973:112, 1975:118). Hier allerdings führt sie sich selbst ins Leere: denn wie will sie, die in ihrem kommunikativen Prozess selbst Teil einer der von ihr postulierten endlosen Bedeutungsketten ist, ihren Diskurs über die Generierung von Bedeutung von der von ihr dargelegten Abgründigkeit des Bedeutens lösen und ihn gleichsam auf festen Boden stellen?

Was Douglas postuliert, kann nur für einzelne Abschnitte von Bedeutungsketten gelten. Hier liefert ihr Modell, wie dies auch Barthes' Modell für den historischen Aspekt des Zeichens tut, einen äusserst hilfreichen und stimmigen Erklärungsansatz. Wenn man aber ihre ganze Argumentationslinie verfolgt, führt ihr Modell der Bedeutungsketten und des Prozesses der

Generierung von Bedeutung unweigerlich zu einem Punkt, wo auch ihr Konzept des Zeichens ins Trudeln gerät und genau so instabil wird wie das Zeichen bei Barthes. Und: Wenn Bedeutung letztlich instabil ist, stellt dies nach diesem Modell auch die Stabilität des Raumes als Funktion einer Beziehung zwischen zwei Körpern in Frage.

Damit kommen wir zu einem merkwürdigen Schluss. Zu Anfang wurde postuliert, dass das Zeichen für "etwas anderes" stehen kann. Es scheint nun so zu sein, dass

1. die Zeichen in der Konzeption von Barthes und von Douglas nur für Segmente von diesem "etwas anderem" stehen,
2. die Zeichen bei beiden instabil werden, sobald sie sich der Grenze dieser Segmente nähern, und
3. Zeit und Raum an diesen Grenzen ebenfalls instabil werden.

Damit drängt es sich auf, eine Reihe von Fragen, die mit den oben dargestellten Konzepten nur unzureichend beantwortet werden können, neu zu stellen:

1. was ist "etwas anderes"
2. was genau ist "alles"
3. was ist ein Zeichen
4. wie steht das Zeichen in Beziehung zur Zeit-Raum-Ordnung
5. wie kann die in den oben dargestellten Modellen auftauchende Instabilität von Zeichen erklärt werden

Ich habe schon in der Einleitung darauf hingewiesen, dass sich diese Fragen aus der Beschäftigung mit dem semiotischen Zeichenkonzept ergeben haben. Sie sind also mehr End- als Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit. Das Folgende ist demnach nicht als ausgearbeitete Untersuchung der gestellten Fragen zu verstehen, sondern vielmehr als Anregung, das semiotische Zeichenkonzept kritisch zu überdenken.

Zurück zu den gestellten Fragen. In der semiotischen Zeichenkonzeption von Barthes und Douglas scheinen mir zwei Dinge vermischt. Zeichen werden zweifach und widersprüchlich gefasst. Zum einen bedeutet ein Zeichen innerhalb seines Zeichensystems "alles andere", zum andern wird aber von ihm eine eindeutige Bedeutung verlangt. Dieser Widerspruch führt bei Barthes zur Bewertung des Zeichens als lügnerisch, bei Douglas zum Versuch, Bedeutung jenseits der Bedeutung zu fassen. Eine der beiden Bedingungen müssen sie, nach den Regeln des linear-kausalen Denkens, fallenlassen. Soll ein Zeichen eine "einzige eindeutige" Bedeutung haben, wird es zum reinen Piktogramm in einem willkürlich konstruierten Zeichensystem. Mit dieser beschränkten Bedeutungskraft taugt das Zeichen allerdings nicht mehr viel für die Beschreibung gesellschaftlicher Prozesse. Bedeutet auf der andern Seite das Zeichen "irgendwie alles", wird sein Nutzen auch nicht grösser.

Eine "umfassende, Alles einschliessende Eindeutigkeit der Bedeutung" ist in einem linearen Wahrnehmungssystem nicht denkbar - ein auswegloses Dilemma! Es sei denn, man ändert den Bezugsrahmen und nimmt an, dass das Zeichen nicht eine Grösse der Raum-Zeit-Ordnung, sondern Teil eines umfassenderen Wahrnehmungsprozesses ist, der nicht den Regeln der linear-kausalen Logik unterliegt, und das demzufolge nicht mit Methoden der Analyse aus diesem Bereich erfasst werden kann. Damit konzentriert sich das Problem der Definition des Begriffs "Zeichen" auf die Frage nach der Art dieses Wahrnehmungsprozesses. Es gilt also nicht in erster Linie, wie dies Barthes verlangt, Ewigkeit wieder zu Geschichte zu machen, sondern in unser einschränkendes lineares Denken "Risse zu schlagen", die uns den Blick auf eine Wirklichkeit freigeben, in der nicht streng zwischen Ja und Nein, zwischen Wahrheit und Lüge, unterschieden ist und in der Ordnung nicht Ausschliesslichkeit bedeutet. Denn nicht das Zeichen ist trügerisch, sondern unser Denken. Es stimmt, dass die Geschichte und die heutigen Lebensbedingungen der beduinischen Bevölkerung im Negev von den israelischen Behörden und Medien verzerrt dargestellt wird, unterschlagen, beschönigt, entannt. Und es ist wichtig, solche Entnennungen wieder zu benennen. Aber die Lüge ist nur ein Aspekt der gesellschaftlichen Realität in Israel/Palästina. Denn was den Konflikt

zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen so dauerhaft macht, ist nicht das Verwirrspiel von Lüge und Wahrheit, sondern das Zusammentreffen zweier Wahrheiten, zweier Wirklichkeiten. Erst wenn beide Wirklichkeiten als real erlebte Welten ernst genommen werden, können die Zeichen in ihrer ganzen Bedeutung gelesen werden. Erst dann wird verständlich, was mit dem Baum auf dem oben stehenden Bild passiert, wieso es so wichtig ist, ihn den "Andern" wegzunehmen und mit eigenen Händen wieder einzupflanzen - vielleicht nur wenige Kilometer entfernt von seinem jetzigen Standort.

Dies bedingt allerdings ein Zeichenkonzept, das beide Geschichten einschliesst. Ein Zeichenkonzept auch, das Beziehung, Bedeutungsketten und Grenzen nicht nur klar aufzeigt, sondern auch die Möglichkeit eines Austausches zwischen zwei solchen Ketten eröffnet, zwischen jüdischen und beduinischen Israeli, zwischen Israeli und Palästinensern. Eines Austausches, in dem das Absolut Andere nicht mehr nur zur eigenen Abgrenzung dient, sondern als eigenständige Grösse akzeptiert werden kann. Nur schwache Bäume brauchen Schutz durch Zäune.

Barthes und Douglas können, da sie die Möglichkeit einer andern Dimension der Wahrnehmung in ihren Modellen nicht in Betracht ziehen, die grundlegenden Eigenschaften des Zeichens meiner Meinung nach nicht erfassen, und ihre Ansätze geben keine befriedigende Antwort auf die oben gestellten Fragen. Trotzdem weisen sie mit ihren Begriffen der Entnennung und der Beziehung, fasst man sie zusammen und löst sie von ihrer zeitlichen wie räumlichen Gebundenheit, in die richtige Richtung. Im Zeichen steht sowohl ein Nein als auch ein Ja geschrieben, eine Nichtordnung wie eine Ordnung. Im folgenden Teil soll nun versucht werden, über das Zeichen "Baum" diese Aspekte des Zeichens, Entnennung und Beziehung, das Gesagte und das Verschwiegene, das Trennende und das Gemeinsame, am Beispiel des Konfliktes um Land in Israel/Palästina aufzuzeigen.

## II VOM NAQAB ZUM NEGEV ... ODER DER FALAH-DISPUT

Unter den wenigen, die von der beduinischen Bevölkerung des Negev sprechen, sind Eliahu Stern und Yehuda Gradus vom Institut für Geographie an der Ben Gurion Universität in Beersheba. 1979 beschrieben sie in ihrem Artikel "Socio-cultural considerations in planning towns for nomads" (Stern und Gradus 1979) die Entwicklung sogenannter "Plansiedlungen" für die arabisch-beduinische Bevölkerung des Negev.

Sie schreiben, dass sich seit Anfang der sechziger Jahre ein Prozess spontaner Sedentarisation bei den ehemals nomadischen und semi-nomadischen(10) Beduinen im Negev abzeichnete. Daraus, so die Autoren, ergaben sich einige Probleme. Die neugegründeten Siedlungen waren über ein weites Gebiet verstreut, was die Errichtung einer von den staatlichen Behörden vorgesehenen Infrastruktur erschwerte. Die Streusiedlungen kamen zudem den staatlichen Entwicklungsplänen für den Negev in die Quere (Stern und Gradus 1979:224). Die Behörden versuchten deshalb, diesen Prozess zu stoppen und die beduinische Bevölkerung in speziell für sie entworfenen Plansiedlungen zu konzentrieren. Nach anfänglichen Fehlschlägen führten schliesslich, so Stern und Gradus, kontinuierliche Planungsanstrengungen in Verbindung mit sozio-kulturellen Erwägungen zu einem "(...)successful and unique type of settlement in the Israeli urban mosaic - an urban settlement populated solely by former nomads" (Stern und Gradus 1979:224). Diese Siedlungen sind Teil eines umfassenden Entwicklungsplanes für den Negev. Trotzdem versuchten die Planer die charakteristische Streusiedlungsweise der beduinischen Bevölkerung und ihre wechselnden Arbeitsbereiche in Betracht zu ziehen. Ebenso sollte das Problem des Landeigentums und der sozio-kulturellen Bedürfnisse der beduinischen Familien bis zu einem gewissen Grad berücksichtigt werden (Stern und Gradus 1979:225).

1983 publizierte Ghazi Falah vom geographischen Institut der Uni Tel Aviv einen Artikel im 'Geoforum' mit dem Titel "The Development of the 'Planned Bedouin Settlement' in Israel 1964 - 1982: Evaluation and Characteristics" (Falah 1983). In diesem Artikel(11) untersucht Falah die Funktion der Plansiedlungen als Teil einer staatlichen Politik, die darauf abzielt, die arabisch-beduinische Bevölkerung Israels von ihrem Land zu vertreiben. Grundsätzlich, bemerkt Falah, entspricht die israelische Ansiedlungspolitik durchaus der Politik, die die meisten Staaten im Nahen und Mittleren Osten verfolgen. Fast alle sind bestrebt, ihre nomadisierenden Bevölkerungsteile zu sedentarisieren (Falah 1983:311). Fast alle geben auch die gleichen Gründe für ihre Politik an, wie die Verbesserung der Lebensbedingungen der nomadisierenden Bevölkerung, bessere Integration in den Staat usw.. Und fast alle sehen sich vor den gleichen Schwierigkeiten, die im wesentlichen daraus entstehen, dass die betroffenen Bevölkerungsgruppen wenig erfreut über die staatlichen Pläne sind(12) (Falah 1983:313).

Zwei Jahre darauf, 1985, wieder im 'Geoforum', folgte die Antwort auf Falahs Artikel. Diesmal waren es zwei Geographen von der Uni Haifa, Kliot und Medzini, die sich zu den Plansiedlungen im Negev äusserten (Kliot und Medzini 1985). Die Regierung, schreiben Kliot und Medzini, hat sich in bemerkenswerter Weise den Bedürfnissen der beduinischen Bevölkerung angepasst. Diese Haltung wurde, so schreiben sie, in vielen Fällen von den Beduinen ausgenutzt.

In der gleichen Ausgabe des 'Geoforum' zweifeln Soffer und Bar-Gal, wie Kliot und Medzini von der Universität Haifa, die wissenschaftliche Glaubwürdigkeit Falahs an (Soffer und Bar-Gal 1985). Die Behörden diskriminieren die beduinische Bevölkerung in keiner Art und Weise, schreiben Soffer und Bar-Gal, ganz im Gegenteil. Falah wiederum wirft in einer Replik in der selben Ausgabe den betreffenden Autoren vor, dass ihre Kritik nicht wissenschaftlich, sondern politisch motiviert sei, und dass sie den eigentlichen Kern des Problems, die Landenteignung(13) und die Zwangsumsiedlung, verwischen und die diskriminierende Haltung der Behörden gegenüber der arabisch-beduinischen Bevölkerung leugnen wollen (Falah 1985:449). Er stellt fest, dass den erwähnten Autoren vor allem daran gelegen sei, dem Ansehen der israelischen Politik nicht zu schaden. Trotz einer recht offenen Berichterstattung in den israelischen Medien wird, so Falah, der Begriff der Zwangsumsiedlung der beduinischen Bevölkerung in wissenschaftlichen Publikationen kaum verwendet (Falah 1985:440). Nach Falah wird in solchen Publikationen von einem Erfolg

gesprochen, wenn die Umsiedlung beduinischer Familien in eine Plansiedlung vollzogen ist. Ob die Betroffenen in diesen Siedlungen ökonomisch und sozial Fuss fassen oder nicht, ist für die Behörden nicht von Belang.

#### 1. STAATLICHE UNTERSTÜTZUNG NEUER, SPONTANER ANSIEDLUNGEN?

Die diametral entgegengesetzten Meinungen, die in diesem Disput dargestellt sind, sind Ausdruck zweier verschiedener Positionen, die im wesentlichen in der Frage auseinandergehen, ob die Siedlungen der beduinischen Bevölkerung des Negev Produkt eines spontanen, aber vom Staat wohlwollend geförderten Prozesses, oder einer unter Druck vorangetriebenen Zwangsansiedlung sind. Die beduinische Bevölkerung des Negev soll nicht unter Zwang angesiedelt werden, es sollen, so Stern und Gradus, vielmehr "Anreize" zum Umzug in die Plansiedlungen geschaffen werden.

Anders als im Fall einer erfolgreichen Beduinenansiedlung im Iran (Stern und Gradus 1979:225), können die für die beduinische Bevölkerung des Negev geplanten Siedlungen aber keinen ruralen Charakter haben. Erstens ist gerade die Beanspruchung von weiten Landflächen durch die arabisch-beduinische Bevölkerung unerwünscht, und zweitens, so Stern und Gradus, ist diese Bevölkerung auch nicht mehr rural, denn sie hat bereits einen deutlichen ökonomischen, politischen und sozio-kulturellen Wandel durchgemacht (Stern und Gradus 1979:225). In Regionen, wo sich beduinische Familien spontan niedergelassen haben, werden deshalb Schulen, medizinische Zentren und Transportverbindungen eingerichtet. Das hohe Bevölkerungswachstum, das sowohl einen verstärkten Druck auf die Ressourcen als auch eine neue, flexiblere Generation hervorbrachte, ist der Grund, warum nicht rurale, sondern urbane Siedlungen mit einem bescheidenen agrikulturellen Hinterland errichtet werden (Stern und Gradus 1979:225).

Nachdem die erste dieser urbanen Siedlungen, das 1966 gegründete Tell Sheva, in einem Fehlschlag endete, musste allerdings das Planungskonzept geändert werden. Im 1973 gegründeten Rahat soll, so Stern und Gradus, eine Beziehung zwischen urbanen Strukturen und beduinischen sozio-kulturellen Traditionen hergestellt werden. Jedes soziale Element der beduinischen Gesellschaft wird räumlich mit einem urbanen Element identifiziert. Konkret heisst das, dass ein weitläufiges Netz von Stadtteilen durch ein Strassennetz verbunden wird. Jeder Stadtteil bildet eine unabhängige soziale Einheit, in deren Rahmen tribale Territorialität verwirklicht, und in der die tribale und räumliche Identität erhalten werden kann. In Rahat werden nicht, wie in Tell Sheva, kleine, schon bebaute Grundstücke angeboten, sondern relativ grosse, leere, so dass jede Familie nach eigenem Vermögen bauen kann (Stern und Gradus 1979:226-227). Neben den Nachbarschaften sieht der Siedlungsplan freie, nicht bebaute Zonen vor, die zum einen das Bedürfnis der beduinischen Bevölkerung nach räumlicher Distanz befriedigen und die zum andern Raum für die Entwicklung eines kommerziellen Sektors bieten sollen. Daneben wurden drei Zonen für Leichtindustrie wie Ziegeleien, Werkstätten für Lastwagen und landwirtschaftliche Geräte und Textilfabriken eingeplant. Angelegt wurde die Siedlung für eine geplante Bevölkerung von 35'000 im Jahr 2'000 (Stern und Gradus 1979:227).

Von den kommerziellen und den industriellen Sektoren ist, so die Autoren, zur Zeit der Niederschrift ihres Artikels allerdings noch wenig zu sehen. Arbeit gibt es deshalb kaum in Rahat, nur etwa dreissig Prozent der ausser Haus Beschäftigten arbeiten in der Siedlung, die meisten davon in der Landwirtschaft. Aber Stern und Gradus zeigen sich zuversichtlich, dass auch die ökonomische Entwicklung der Siedlung bald einsetzen wird (Stern und Gradus 1979:229). Trotz aller Schwierigkeiten und Verzögerungen darf Rahat, meinen Stern und Gradus, schon jetzt als Erfolg bezeichnet werden.

"Rahat has already become a growth pole, provoking new attitudes towards modern sedentarization in the surrounding Bedouin hinterland. (...) The magnetism of Rahat has clearly resulted from the governments' careful planning, especially its implementation of socio-cultural provisions in its scheme to control spontaneous sedentarization" (Stern und Gradus 1979:227).

Die Autoren weisen aber auch darauf hin, dass der Prozess der spontanen, unkontrollierten Sedentarisation im Negev nur dann unter Kontrolle gebracht und in die richtigen Bahnen, das heisst in die Plansiedlungen gelenkt werden kann, wenn das Problem der Landrechte gelöst wird (Stern und Gradus 1979:229-230) Unterstützt werden Stern und Gradus durch die Ausführungen von Kliot und Medzini, die in ihrem Artikel von einem "dritten Typus von Ansiedlungen" ausgehen, von Siedlungen, die zwar "spontan" entstanden, aber im nachhinein von den Behörden legalisiert worden sind (Kliot und Medzini 1985:428).

Im Unterschied zu Falah behaupten Kliot und Medzini demnach, dass sich die Planungspolitik seit den ersten Plansiedlungen fundamental verändert habe (Kliot und Medzini 1985:428). In einer Rekapitulation der staatlichen Ansiedlungspolitik beschreiben sie, wie sich die Behörden immer mehr dem Wunsch und dem Druck der beduinischen Bevölkerung gebeugt haben. Die staatliche Planungspolitik setzte Ende der fünfziger Jahre ein. Zu der Zeit wurde der erste Regionalplan für den Negev entwickelt. Bis 1920 hatte es hier kaum Siedlungen gegeben, und spontane Sedentarisation trat erst gegen Anfang der fünfziger Jahre auf. Dringlich wurde die Ansiedlung schliesslich vor allem deshalb, weil in den sechziger Jahren die "traditionelle" Praxis der Konzentration zur Erhöhung der Sicherheit zu zerbröckeln begann und die beduinischen Familien sich über den ganzen Negev verteilten (Kliot und Medzini 1985:429).

Der erste Regionalplan für den Negev sah neun Plansiedlungen vor. Wegen Wassermangels wurde diese Zahl bald einmal auf drei reduziert. 1973 wurde diese Entscheidung aber wieder, zumindest teilweise, rückgängig gemacht und die Siedlungszahl auf sechs erhöht. Es hatte sich gezeigt, dass eine Umsiedlung der Stämme über weite Distanzen nicht durchsetzbar war und dass verfeindete Stämme nicht am selben Ort angesiedelt werden konnten. Kriterien für die Wahl der Standorte waren in erster Linie die Verfügbarkeit von Wasser und die Nähe zu Arbeitsmöglichkeiten, die Lage bereits bestehender spontaner Siedlungen sowie Sicherheitserwägungen (Kliot und Medzini 1985:431).

Ende der siebziger Jahre beeinflusste ein neuer Faktor die Planungspolitik im Negev. Das Friedensabkommen zwischen Ägypten und Israel und die damit verbundene Rückgabe des Sinai zwang die Behörden, grosse Gebiete des Negev für die im Sinai aufgegebenen Luftwaffenstützpunkte freizustellen. Einer dieser Stützpunkte wurde im Südnegev errichtet, der andere in der Nähe von Beersheba. Hier konfiszierten die Behörden 62'000 Dunum - ein Dunum umfasst eintausend Quadratmeter - Land, rund 6'000 Beduinen wurden in einer drei Jahre dauernden Aktion aus dem Gebiet evakuiert(14) (Kliot und Medzini 1985:433). Entsprechend dem sogenannten "Peace Law", das auch für die Siedler im Sinai Geltung hatte, erhielten die beduinischen Familien, die ihr Land verlassen mussten, bis Ende 1982 eine Abfindungssumme in der Höhe von 1,5 Billionen Shekel. Für die betroffenen Familien wurden zwei neue Plansiedlungen bereitgestellt, Aro'er und Keseifa, wo sie Grundstücke von 800m<sup>2</sup> bis 3'200m<sup>2</sup> erstehen und nach dem Vorbild von Rahat ihre Häuser selbst errichten konnten. Dazu konnten sie Land zur Bewirtschaftung pachten, und sie erhielten Wasserquoten zugeteilt (Kliot und Medzini 1985:433). Allerdings waren die Reaktionen der Beduinen auf die ihnen gebotenen Möglichkeiten, laut den landwirtschaftlichen Instruktoeren, die die Umsiedlungsaktion begleiteten, nicht allzu positiv. Auf jeden Fall aber, betonen Kliot und Medzini, zeigen die Beispiele Aro'er und Keseifa, dass Falahs Vorwurf, die beduinische Bevölkerung solle in ein Lohnarbeiterreservoir umgewandelt werden, zumindest hier nicht zutrifft (Kliot und Medzini 1985:433).

Auch haben die Behörden das Siedeln auf Privatland nie verboten. Schliesslich liegen die spontanen Siedlungen, die legalisiert wurden, alle auf ursprünglich privatem Land (Kliot and Medzini 1985:439). Wenn also von einem Fehlschlag der Regierungspolitik in der Ansiedlung der beduinischen Bevölkerung des Negev gesprochen werden kann, dann, so Kliot und Medzini, nur in dem Sinn, dass die Behörden den Beduinen in vielen Fällen nachgegeben und spontane Siedlungen legalisiert haben (Kliot und Medzini 1985:438). Auch sehen die Autoren kein substantielles Landrechtsproblem. Sie erklären kurz und bündig:

"No Jewish settlements were established on claimed or disputed land in the Negev" (Kliot und Medzini 1985:431).

Auch Soffer und Bar-Gal weisen auf die grosse Zurückhaltung der zuständigen Stellen im Umgang mit beduinischem Land hin und sie betonen, dass es absolut keine Politik gebe, die darauf abziele, die beduinische Bevölkerung des Negev zu enteignen und sie zu diskriminieren (Soffer und Bar-Gal 1985:424). Es stimmt allerdings, schreiben sie weiter, dass im Gegensatz zu manchen anderen Staaten des Mittleren Ostens in Israel die beduinische Bevölkerung nicht in die Landwirtschaft, sondern in die Industrie integriert wird. Soffer und Bar-Gal sehen aber darin im Gegensatz zu Falah keine Benachteiligung der beduinischen Bevölkerung. Die Beschäftigung im nicht-landwirtschaftlichen Sektor habe vielmehr zu einer Erhöhung des Lebensstandards der beduinischen Bevölkerung geführt. Falah, schreiben Soffer und Bar-Gal, stellt die Situation völlig verkehrt dar, da er in seiner Arbeit nur Teilresultate berücksichtige und aus diesen falsche Schlüsse ziehe, die völlig irrelevant seien und komplett am Thema vorbeigingen (Soffer und Bar-Gal 1985:424).

## 2. ZWANGSUMSIEDLUNG UND PROLETARISIERUNG?

Die Bestrebungen der israelischen Behörden, die beduinische Bevölkerung des Negev anzusiedeln, stellen, wie bereits erwähnt, in der Region keine Ausnahme dar. Trotzdem, so Falah, ist der "Fall Israel" ein wenig anders gelagert, und zwar sowohl in Bezug auf die Planung von seiten der Behörden wie in Bezug auf die Lebensweise der beduinischen Bevölkerung in Israel: Während in den meisten umliegenden Staaten die beduinische Bevölkerung in die Landwirtschaft integriert werden soll, zielt die israelische Politik auf eine Integration in die Industrie ab. Und anders als in den meisten andern Fällen ist der Grossteil der beduinischen Bevölkerung in Israel schon seit Jahrzehnten sesshaft oder migriert in einem saisonalen Zyklus in einem klar umrissenen Gebiet. Deshalb sollte, so Falah, im Fall Israels nicht eigentlich von "Ansiedlung", sondern vielmehr von "Umsiedlung" gesprochen werden (Falah 1983:313).

Falah stimmt mit Stern und Gradus überein, dass im Fall von Tell Sheva Fehler in der Planung gemacht wurden. Anders als sie sieht Falah aber nicht in der fehlgeplanten Siedlungsstruktur den Hauptgrund für die ablehnende Haltung der beduinischen Bevölkerung, sondern vielmehr in den unakzeptierbaren Pachtbedingungen, die jede grundlegende Sicherheit für die betreffenden Familien vermissen liessen (Falah 1983:314). Im Fall von Rahat setzt sich die Position Falahs noch deutlicher von den Ausführungen von Stern und Gradus ab. Falah sieht im Wechsel vom Modell des "housing scheme", wie es in Tell Sheva zur Anwendung kam, zum Modell des "build-it-yourself"-Programms in Rahat keine wesentliche Veränderung der Planungsprinzipien. In beiden Fällen, so Falah, weist die Planungsbehörde beduinischen Familien Land zu Siedlungszwecken zu. Die Nutzung von Grundstücken, die zwar Eigentum beduinischer Familien waren, die aber nicht in der zugewiesenen Siedlungszone lagen, ist verboten. Und der Grund für die Ansiedlung der beduinischen Familien in den beiden Plansiedlungen ist, nach Falah, hier wie da nicht der Wunsch der Behörden, die Familien in den Genuss einer modernen Infrastruktur kommen zu lassen. Der tatsächliche Grund für die An- bzw. Umsiedlung der arabisch-beduinischen Bevölkerung im Negev wie in ganz Israel ist laut Falah vielmehr der Wille des Staates, sich das Land, das sich noch in beduinischem Besitz befindet, anzueignen. Darüber hinaus soll die landlos gemachte beduinische Bevölkerung in ein Reservoir von Arbeitskräften für die israelische Ökonomie umgewandelt werden (Falah 1983:321-322). In den Plansiedlungen sieht Falah also in erster Linie Instrumente die der Enteignung der beduinischen Bevölkerung dienen. Zum von Stern und Gradus vielgerühmten Rahat bemerkt Falah lakonisch:

"In fact there are great advantages to the 'build-it-yourself' programme as far as the state is concerned: Both capital outlay in establishing the modern houses and the risk of houses losing their value should they remain empty are avoided by the state" (Falah 1983:315).

Nicht die Errichtung einer modernen Infrastruktur ist für Falah das zentrale Kriterium für die Lebensfähigkeit einer neuen Siedlung, viel wichtiger ist die Entwicklung respektive die Erhaltung einer tragfähigen Ökonomie<sup>(15)</sup>, und zwar im landwirtschaftlichen Sektor (Falah 1985:443). Ohne Zweifel, so Falah, ist ein Grossteil der beduinischen Männer bereits seit

längerem als Lohnarbeiter beschäftigt. Es stellt sich aber die Frage, ob diese Entwicklung auf freier Wahl basiert, ob sie einer Zwangslage aus Mangel an Alternativen entspringt, oder ob sie auf gezielte Massnahmen von Seiten des Staates zurückzuführen ist, die darauf abzielen, die beduinische Bevölkerung von der Viehzucht und von der Landwirtschaft abzuhalten, um so eine grössere Kontrolle über ihre ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung ausüben zu können. Tatsächlich stellt Falah in seiner Untersuchung fest, dass die Zahl der Lohnarbeiter, aber auch die Zahl der Arbeitslosen, mit dem Grad der staatlichen Eingriffe in die Planung der Siedlungen ansteigt (Falah 1985:448-449).

### III ENTNENNUNG UND BEZIEHUNG II

Der Baum auf unserem Bild wird ausgerissen. Weil er illegal auf illegal besetztem Land gepflanzt wurde? Oder wird er ausgerissen, um seine Pflanze von ihrem rechtmässigen Land zu vertreiben? Und Rahat? Ist es nun tatsächlich der Erfolg, als den es die Gruppe israelischer Geographen um Stern und Gradus darstellt? Eine moderne Siedlung, deren Infrastruktur die beduinischen Familien der Umgebung magnetisch anzieht? Oder übersiedeln nur diejenigen nach Rahat, die keine andere Wahl mehr haben?

In den vorliegenden Texten zeichnen sich zwei Positionen ab, die kaum gegensätzlicher sein könnten. Die eine Gruppe beschreibt die Haltung der Behörden gegenüber der beduinischen Bevölkerung als freundlich und entgegenkommend. Kliot und Medzini tönen sogar an, dass die Behörden zu nachgiebig seien und von den "schlau" Beduinen übervorteilt würden (Kliot und Medzini 1985:438). Vor allem in Landrechtsfragen, betonen sie, seien die Behörden überaus behutsam.

Ganz anders schildert Falah (Falah 1983 und 1985) das Verhalten der Behörden, und auch die Berichte beduinischer Selbsthilfeorganisationen wie der 'Association for Support and Defence of Bedouin Rights in Israel' (Association 1990,1991a-b,1992a-c) ebenso wie ein 1990 erschienener 'Minority Rights Report' (Maddrell und al-Grinawi 1990) zeichnen ein anderes Bild. Hier ist von Gewalt die Rede, von Vertreibung, Schikane und Ungerechtigkeit. So erhalten die Plansiedlungen nur einen Bruchteil der staatlichen Unterstützung, die ihren jüdischen Nachbarsiedlungen zukommt (Maddrell und al-Grinawi 1990:12). Entsprechend ist es um die Infrastruktur der Plansiedlungen bestellt. Die Schulen sind miserabel, Arbeitsmöglichkeiten in den Siedlungen gibt es kaum. Die in Rahat geplante Industriezone existiert immer noch nur auf dem Papier.

Nach der Überzeugung von Falah und Maddrell und al-Grinawi ist denn auch nicht die Errichtung einer modernen Infrastruktur der wahre Grund für die Gründung der Plansiedlungen, sondern vielmehr die Absicht der Behörden, die Beduinen von ihrem Land zu entfernen. Und viele ziehen nur unter den massiven Einschüchterungen der 'Green Patrol', einer Einsatztruppe der 'Nature Reserves Authority' und des Landwirtschaftsministeriums, die sich einen umweltschützerischen Anstrich gibt und dabei Menschenrechte missachtet, in die Plansiedlungen (Falah 1983:322 und 1985:444-445, Maddrell und al-Grinawi 1990:8-10). Das allerdings bestreiten die andern Autoren. Vor allem Soffer und Bar-Gal betonen in ihrer Kritik an Falah's Artikel, dass die Landrechtsfrage in der Plansiedlungspolitik der Behörden völlig irrelevant sei (Soffer und Bar-Gal 1985:427).

Auch in der Frage der Landwirtschaft beziehungsweise der Lohnarbeit stehen sich die Meinungen diametral entgegen. Kliot und Medzini schreiben, dass die Reaktion auf das Angebot, in zwei der Plansiedlungen, in Keseifa und in Aro'er, Landwirtschaft betreiben zu dürfen, nicht "enthusiastisch" gewesen sei (Kliot und Medzini 1985:433). Sie unterstreichen damit die Darstellung ihrer Kollegen, nach der die beduinische Bevölkerung des Negev kein Interesse habe, Landwirtschaft zu betreiben, da sie schon "von selbst" die Entwicklung zur Lohnarbeit vollzogen und damit einen höheren Lebensstandard erreicht habe. Aus der Darstellung der 'Association for Support and Defence of Bedouin Rights in Israel' geht allerdings hervor, dass ein Grossteil der beduinischen Bevölkerung es vorziehen würde, in landwirtschaftlichen Siedlungen zu leben ('Association' 1992b:1-5 und 1992c). Maddrell und al-Grinawi beschreiben in ihrem Bericht, wie es den beduinischen Familien durch restriktive Pachtbedingungen erschwert, in vielen Fällen verunmöglicht wird, von der Landwirtschaft zu leben (Maddrell und al-Grinawi 1990:12). In den von Kliot und Medzini erwähnten "landwirtschaftlichen" Plansiedlungen Keseifa und Aro'er scheiterte der Versuch der beduinischen Familien, Landwirtschaft zu betreiben, so Maddrell und al-Grinawi, an der schlechten Boden- und Wasserqualität sowie an der grossen finanziellen Belastung, die die Umsiedlung für die Familien mit sich brachte(16). Nach Falah, Maddrell und al-Grinawi bleibt den beduinischen Männern nichts anderes übrig, als Lohnarbeit zu verrichten. Von einer freiwilligen Abkehr von der Viehzucht und von der Landwirtschaft kann ihrer Meinung nach keine Rede sein (Falah 1985:448-449, Maddrell und al-Grinawi 1990:11-13,15-16).

## 1. LANDNAHME, ÖKONOMIE UND BÜRGERRECHTE: GESCHICHTE UND GEGENWART

Im Folgenden soll der Hintergrund, vor dem sich dieser Disput abspielt, ausgeleuchtet und den ineinander verschlungenen Spuren israelischer und palästinensischer Lebenswelten nachgegangen werden. Die diese Spurensuche leitende Frage ist die Frage nach der Verflechtung von Wirklichkeit und Land, von Zeit und Raum, die im umstrittenen Baum ihren bildhaften Ausdruck findet.

In seiner Analyse der politischen Struktur israelischen Handelns im Palästina-Konflikt, zeigt der israelische Historiker Dan Diner die verschiedenen Dimensionen dieses Handelns und ihre Überlagerungen auf (Diner 1980). Er beschreibt die Verflechtung zwischen Landnahme, Ökonomie und Bürgerrechten und er legt dar, dass die zionistische Landnahme in Palästina nicht nur die Entstehung des Staates Israel, sondern auch die Struktur seines Bestehens bestimmt (Diner 1980:15). Unter "Landnahme" versteht Diner, im Gegensatz zur militärischen Besetzung eines Territoriums oder einem Souveränitätswechsel durch Annexion oder Abtretung, die nur die hoheitlichen Institutionen betreffen, die völlige Aneignung des Bodens durch die erobernde Macht (Diner 1980:71). Eine Landnahme erfasst alle Bereiche der Gesellschaft, sie ist total. Ausschlaggebend für das Gelingen der Landnahme ist das zur Verfügung stehende Mass an Gewalt (Diner 1980:23). Für die zionistische Landnahme kam eine unmittelbare Gewaltanwendung durch Eroberung aus Mangel an entsprechenden Mitteln allerdings nicht in Frage. Was blieb, war die Möglichkeit, sich das Land durch Kauf anzueignen (Diner 1980:24-25).

### 1.1. Boden als Ware

Als Ware war der Boden zugänglich. Um in seinen Besitz zu gelangen genügte es, sich ihn als privates Eigentum anzueignen, ein "Vorgang allgemeiner bürgerlicher Normalität" (Diner 1980:24). Nur, dieser Boden wurde von seinen Käufern nicht in erster Linie wegen seiner Produktivkraft oder wegen seines Wertes als Spekulationsobjekt erworben, er sollte vielmehr die stoffliche Grundlage eines "ethnisch spezifischen Staates" werden. Es bedurfte also eines sozialen und politischen Mechanismus, der, im Rahmen der vorgefundenen Rechtssituation, dem Boden die Eigenschaften eines jüdischen Territoriums beigab. Eine vollständige Umwandlung von arabisch-palästinensischem Boden in jüdischen Boden war aber nicht sofort möglich, da dies einen unmittelbaren Konflikt mit der arabischen Bevölkerung und der herrschenden osmanischen Macht zur Folge gehabt hätte. Das konnten sich die zionistischen Organisationen zu diesem Zeitpunkt nicht leisten (Diner 1980:24-25).

Was blieb, war die Errichtung der, wie Diner schreibt, hoheitlichen Funktionen am Boden ihrem Inhalt nach. Das heisst, der Boden wurde, nachdem er durch Kauf angeeignet worden war, mit einem Wiederverkaufsverbot belegt. Damit verlor er den Charakter des Privateigentums. Zusätzlich wurde die Territorialität des aufgekauften Bodens durch eine ethnisch homogene Besiedlung und durch die ständige physische Präsenz in Form agrarischer Bearbeitung des Bodens gestützt (Diner 1980:25). Nun setzt aber die Käuflichkeit des Bodens in Palästina, das heisst sein Warencharakter, die Existenz einer staatlichen Gewalt voraus (Diner 1980:26). Bei dieser staatlichen Gewalt handelte es sich aber nicht um einen national-palästinensischen Staat, denn in einem solchen Staat wären die zionistischen Landaufkäufe nicht möglich gewesen. Der einzige Schluss, der sich aus diesem theoretischen Widerspruch - der Warenform des Bodens ohne die Existenz eines palästinensischen Staates - ziehen lässt, ist, dass die Warenform des Bodens nicht gesamtgesellschaftlich gültig war, sondern dass sie den inneren sozialen Verhältnissen als äussere Form auferlegt worden ist (Diner 1980:26-27). Tatsächlich, schreibt Diner, entsprach in der fraglichen Periode die Form der Herrschaft dem rein formellen Waren- und Rechtssystem. Das heisst, die Herrschaft entstammte nicht lokal gewachsenen Bedingungen, sondern wurde von aussen über den Weltmarkt auferlegt und im Mandatsregime verwirklicht. Bürgerlicher Rechtsstaat war dieses Gebilde nur dem Namen nach (Diner 1980:26-27). Mit anderen Worten: Während der Boden durch die von aussen aufgelegte Staatsform, vertreten durch die britische Mandatsmacht, Warencharakter annahm,

blieb dieser gleiche Boden für die einheimische Bevölkerung nach traditionellen Regeln verwalteter Lebensraum. Dieses Auseinanderklaffen der verschiedenen Arten des Umganges mit Land machte die zionistische Landnahme möglich.

Angelegt wurde diese "Doppelstruktur" (Diner 1980:35) bereits von den osmanischen Behörden, die die formellen Rechtsgrundlagen für den Kauf und Verkauf von Land schufen (Diner 1980:28). Der osmanische Staat stellte für das eindringende Kapital keine Schranke dar, weil er nicht den Arbeitsprozess, sondern nur das Produkt dieses Prozesses kontrollierte. Das heisst, die osmanischen Behörden waren nur daran interessiert, Steuern auf den erzielten Produkten zu erheben. Wie und unter welchen Bedingungen diese erwirtschaftet worden waren, interessierte sie nicht (Diner 1980:30-31). Der sich bereits unter osmanischer Herrschaft entwickelnde Grossgrundbesitz allerdings war Ausdruck der im Jahr 1858 eingeführten Reformen, die Grund und Boden in Warenform umwandeln sollten. Den mit den Reformen eingeführten Katastereinträgen aber entzog sich, teils aus Furcht vor Besteuerung und Kriegsdienstverpflichtungen, teils aus Unwissenheit, ein Grossteil der arabischen Bevölkerung Palästinas(17). Das "herrenlose" Land wurde in der Folge billig an lokale Landaufkäufer verkauft. Trotzdem änderte sich zu Beginn, selbst nach dem Eintrag des Landes in den Kataster unter dem Namen eines "Strohmannes", das Verhältnis der Bauern und Hirten zu ihrem Boden nicht (Diner 1980:34). Diese Doppelstruktur, die Nutzung des Bodens durch die arabische Bevölkerung auf der einen Seite, und die Eigentumsverhältnisse, die sich aufgrund der neuen Bestimmungen verändert hatten, auf der andern Seite, nutzten die zionistischen Landaufkäufer. Sie kauften Land in erster Linie - bis 1936 90% des erworbenen Bodens(18) - von Grossgrundbesitzern, die in ihrem Eigentum vor allem eine Ware sahen (Diner 1980:35-36).

## 1.2. Ware und Staat

Hätte nun der Boden diesen Warencharakter, der seinen Aufkauf ermöglichte, behalten, hätte sich ein formeller Staat herausbilden können. Das Charakteristikum der Ware ist ihre Mobilität. Diese Mobilität bedingt einen ebenso mobilen Schutz dieser Ware. Solange der Handel im Verhältnis zum besitzförmigen Grund und Boden nur einen gesonderten Bereich darstellt, das heisst, solange die Gesellschaft die Struktur der Warenzirkulation nicht verinnerlicht hat, wird dieser Schutz von Fall zu Fall, also konkret, beziehungsweise physisch gewährt (Diner 1980:17). Diese schützende konkrete Form der Gewalt entwickelt sich erst dann zur abstrakten Funktion, wenn die Strukturen der Gesellschaft von den Strukturen des Warenaustausches vereinnahmt werden. Damit verliert die schützende Gewalt ihre bewegliche Form und wird zum Zustand, zum Staat (Diner 1980:17).

Die unmittelbare, persönliche "gewaltförmige Einwirkung" des Besitzers auf seinen Besitz verwandelt sich so zu einem Recht, das seinen Ausdruck, im Unterschied zur Besitzförmigkeit des grundherrschaftlichen feudalen Systems, in der Form des Privateigentums findet. "Eigentum" wird nun zu einem abstrakten Begriff (Diner 1980:17-18). Damit muss sich auch am Boden die für den bürgerlichen Staat konstituierende Trennung von konkretem Boden und abstraktem Territorium vollziehen, denn im bürgerlich verfassten Staat hat der Boden eine zweifache Bedeutung, Nutzung und Herrschaft.

So wie die Trennung von Nutzung und Herrschaft, von Boden und Territorium und damit die Herausbildung des Staates ihren "genetischen Ursprung in der Form der Ware" hat, so basiert auch die Herausbildung des Bürgers, der Bürgerin, das heisst die Spaltung des Menschen in seine stoffliche Substanz und in seine Rechtspersönlichkeit, auf der Form der Ware. Wesentlichste Ware, über die ein Mensch, das heisst ein Bürger oder eine Bürgerin verfügt, ist seine Arbeitskraft. Um sie zu verkaufen zu können, muss er rechtlich frei sein. Und er muss formell gleich sein, weil die Ware, als deren körperlicher bzw. stofflicher Träger er fungiert, das eigentliche Mass der Dinge ist und nicht seine Herkunft (Diner 1980:19). Zum Rechtssubjekt wird der Mensch also dann, wenn der Tausch der Waren, als deren Träger er wirkt, auf der Bereitschaft der Austauschenden beruht, sich jeweils als Eigentümer anzuerkennen. Grundlegend für die Abstraktion, die den Staatsbürger, die Staatsbürgerin, als Form hervorbringt, und damit auch die Rechtsnorm, die einen bürgerlich-demokratischen

Staat als solchen kennzeichnet, ist also die Trennung zwischen Boden und Territorium und zwischen Mensch und Rechtssubjekt (Diner 1980:19-20).

### 1.3. Boden als Territorium

Da nun aber im Fall der zionistischen Landnahme die formelle Errichtung der territorialen Hoheit nicht möglich war, musste dem Boden der territoriale Charakter auf andere Weise verliehen werden. Erster und wichtigster Schritt dazu war, den einmal aufgekauften Boden mit einem Wiederverkaufsverbot zu belegen. Damit wurde ihm der Warencharakter wieder entzogen (Diner 1980:38-39). Da den zionistischen Organisationen die hoheitliche Gewalt zur Sicherstellung der Einhaltung des Verbotes fehlte, konnte der Warencharakter dem Boden aber nur durch ökonomische Mittel entzogen werden. Diner spricht hier von einer "Metamorphose" (Diner 1980:40), in der sich der Kaufakt trotz seiner Tauschform als Gewaltakt entpuppt. Diese Mittel bestanden in erster Linie darin, zu verhindern, dass sich das System der Lohnarbeit gesamtgesellschaftlich durchsetzte, da sich ja in der Ware Arbeitskraft der formelle Bürger konstituiert, der jegliche ethnische Exklusivität durchbricht (Diner 1980:40-41).

Verhindert wurde die Durchsetzung der Lohnarbeit durch die Etablierung einer besonderen Produktionsgemeinschaft, des Kollektivs, das die landesweit angestrebte ethnische Homogenität der Bevölkerung der Form nach vorwegnahm. Die kollektiven Produktionsformen machten es möglich, die Durchsetzung der Lohnarbeit und damit die Möglichkeit des abstrakten Rechtssubjekts - des Bürgers, der Bürgerin - von vorneherein zu unterbinden. Andernfalls hätte die Lohnarbeit das zionistische Unternehmen bereits von Beginn an scheitern lassen. Und da es sich bei den kollektiven Produktionsformen um Formen der Aneignung von Boden als Territorium handelte, mussten diese agrarisch sein, denn nur die agrarische Produktion am Boden erfordert auch die Notwendigkeit ständiger Anwesenheit. Und nur die dauernde Anwesenheit birgt die Voraussetzung für die Umwandlung des privatrechtlichen Eigentums von Boden in Besitz am Land.

Die ethnisch-homogenen, bzw. exklusiven zionistischen kollektiven Siedlungsformen tragen also, gestützt auf die absolute Rechtsnorm eines kollektiv bzw. "öffentlich" verfassten Privateigentums in Gestalt des Bodenfonds, bereits den Keim der jüdischen Souveränität in sich (Diner 1980:41). Mit der agrarischen Arbeit am Boden, dem zentralen Mittel der zionistischen Landpolitik, wurde die Landnahme sichtbar. Aus den besonderen Bedingungen der zionistischen Landnahme, des Anspruchs auf ethnisch exklusive Besiedlung und Bearbeitung des Bodens, erwächst der Landwirtschaft ein Doppelcharakter, der sowohl ökonomisch als auch politisch bedingt ist. Die eigene Bearbeitung des Bodens, die die faktische Anwesenheit auf dem Boden voraussetzt, vereinigt sich mit der durch die kollektiven Produktionsformen erreichten Ausschaltung der Lohnarbeit zum geeigneten Instrument, den Zugang zum Boden zu kontrollieren (Diner 1980:44-45).

### 1.4. Herrschaft und Produktion

Heute kann weder auf jüdische noch auf arabische Lohnarbeit verzichtet werden, da die verstärkte Integration Israels in den Weltmarkt eine erhöhte Profitorientierung bedingt. Hier stellt Diner einen konstitutiven Widerspruch in der israelischen Gesellschaft fest, die Verbindung von zionistischer Herrschaftsform einerseits und kapitalistischer Produktionsform andererseits (Diner 1980:50,53). Allerdings war es mit der Gründung des israelischen Staates 1948 möglich geworden, Gewalt direkt und legal anzuwenden. Sie musste sich nicht mehr hinter ökonomischen Mitteln wie der Ausschaltung der Lohnarbeit verbergen. Die nach 1948 erlassenen Enteignungsgesetze zeugen davon (Diner 1980:52).

Trotzdem bleibt die Befürchtung bestehen, dass die arabische Bevölkerung die jüdische auf dem Weg der Lohnarbeit durchdringen und ihre formellen Bürgerrechte einfordern könnte. Eine Möglichkeit, diese Entwicklung in Schach zu halten, ist die Beschränkung arabischer Arbeitskräfte auf unqualifizierte, schlecht entgeltete Arbeit. Damit gelingt es aufs neue, ein

dem Wesen nach politisches Problem hinter einem vordergründig sozialen und ökonomischen Missstand zu verbergen (Diner 1980:51-52).

Den Kern der zionistischen Politik sieht Diner auch heute noch in der Besitzförmigkeit der Landnahme. Während sich das Eigentum auf die Staatsgewalt beruft, stützt sich die Besitzform auf das Faustrecht. Die Besitzform wird zur Gewaltform des Konflikts. Gleichzeitig hebt die Besitzform die Trennung zwischen Staat, der das Monopol zur Gewaltanwendung haben sollte, und Gesellschaft auf. Der besitzförmige Akt der Landnahme setzt damit Recht sowohl nach aussen als auch nach innen. Das bedeutet, dass die Besitzförmigkeit der zionistischen Landnahme der Schlüssel zum Verständnis der israelischen Staats- und Rechtsordnung ist (Diner 1980:64,73-74). Entscheidend für die Realisierung einer besitzförmigen Landnahme ist allerdings das Erreichen der Bevölkerungsmehrheit im fraglichen Gebiet. Damit dient Demographie zur Legitimation von Herrschaft (Diner 1980:67). Diner charakterisiert denn auch die Beziehung zwischen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung in Israel als "Usurpationsverhältnis" (Diner 1980:107), das sich in Sonderrechten beziehungsweise in einem Besatzungsrecht äussert. Der Kern dieses Usurpationsverhältnisses ist die gegenseitige Nichtanerkennung. Während die Bevölkerung Palästinas Israel als Staat nicht anerkennt, anerkennt Israel die Palästinenser und Palästinenserinnen weder als Kollektiv noch als einzelne Rechtssubjekte. Eine israelische Anerkennung der palästinensischen Rechtssubjektivität würde die zionistische Landnahme beenden(19) (Diner 1980:107).

Die arabischen Israeli werden gleichsam in den Sog dieser Nichtanerkennung hineingezogen. Sie bleiben immer in erster Linie Araber und sind damit qua Geburt von einer Gleichstellung mit der jüdischen Bevölkerung ausgeschlossen. Dabei handelt es sich ihrem Wesen nach nicht um eine soziale oder ökonomische Ungleichstellung, obwohl sie sich als solche äussert, sondern um eine politische. Und sie ist nicht die Ausnahme, sondern die Regel (Diner 1980:68-69). An dieser Sonderstellung der arabischen Bevölkerung ist die besondere Verfassung Israels, oder besser seine "Nicht-Verfassung", ablesbar.

"Die ethnisch-religiöse Definition des Vollbürgers in Israel verhindert die Formalisierung der Verfassung und damit des Staates. Gleiches gilt für den Boden als Territorium im Sinne des Ortes abstrakter Staatsgewalt. Der Mensch ist ebensowenig abstrakte Rechtsperson wie der Boden formalisierte hebeiliche Sphäre" (Diner 1980:21).

Denn mit dem Verzicht auf die Ausbildung des formellen Rechtssubjekts wird auch die Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre, zwischen Staat und Gesellschaft, und damit auch die Trennung von Politik und Ökonomie, verhindert. Die den Staat tragende politisch-ökonomische Struktur ist deshalb weder in sich bürgerlich noch kann sie als eine Fortsetzung vorbürgerlicher Formen adäquat erklärt werden. Ihre Besonderheit lässt sich an der für sie konstitutiven Bodenfrage entziffern. Damit wird die Bodenfrage zum Schlüssel von "Staats"form und "Gesellschafts"struktur Israels (Diner 1980:21-22).

## 2. DER VERLAUF DER ENTEIGUNG

### 2.1. Wüst und öd

In einem Abriss über die Entwicklung der Landrechte in Palästina ab der Mitte des 19. Jahrhunderts, den Waltz und Zschiesche ihrer Untersuchung der zionistischen Raumplanungspolitik(20) voranstellen (Waltz und Zschiesche 1986), betonen sie, dass Palästina vor der zionistischen Kolonisierung keineswegs wüst und öd war. Zwar variierten die Möglichkeiten, Landwirtschaft zu betreiben, je nach Klimazone erheblich, trotzdem exportierte das Land, das vorher schon ein wichtiger Handelspartner im Nahen Osten war, ab etwa 1850 landwirtschaftliche Produkte nach Europa. In den Häfen von Jaffa, Haifa und Akka wurden Weizen, Gerste, Mais, Orangen, Wolle, Seife und Olivenöl verschifft. Jerusalem, Bethlehem und Nazareth waren religiöse und kulturelle Zentren der ganzen Region, Hebron war bekannt wegen seiner Glaswaren und seines Weins, Gaza wegen seiner Töpfer- und Webwaren und Nablus wegen seiner Seife und seiner Baumwolle(21).

Mit den Exporten nach Europa setzte aber auch das Eindringen ausländischer Interessenten an palästinensischem Boden ein, und die osmanischen Behörden begannen, ihre Steuerforderungen zu erhöhen. Eine Folge dieser Entwicklung war ein verstärktes Interesse, die Eigentumsrechte an Boden auf palästinensischem Gebiet zu kodifizieren(22). (Waltz und Zschiesche 1986:50)

Entscheidend für die Veränderungen im palästinensischen Bodenrecht waren drei Landgesetze, die 1858, 1867 und 1913/14 von den osmanischen Behörden erlassen wurden. Das erste dieser Landgesetze hielt erstmals schriftlich die bis anhin geltenden Rechtsnormen, die im Islamischen Recht wurzelten, fest. Leitgedanke des Islamischen Rechts ist die Erhaltung und die Nutzung bebaubaren Bodens und die Bereitstellung von Land für gemeinnützige Zwecke. Eigentum an Land bestand im wesentlichen in zwei Formen: "Mulk", das Privateigentum an Land, herrschte vor allem in dicht besiedelten Gebieten vor, wobei die Grösse der Grundstücke selten mehr als einen halben Dunam betrug. "Miri", Land im Eigentum des Staates respektive der herrschenden Macht, wurde zur Nutzung an Private übertragen. Dieses Nutzungsrecht beinhaltete auch eine Nutzungspflicht. Wer das Land drei Jahre nicht bebaute, verlor das Nutzungsrecht. Wer es allerdings während mehr als fünfzehn Jahren bebaute, konnte es in sein Eigentum übergehen lassen. Dieses Nutzungsrecht war zudem in gewissem Mass vererbbar und übertragbar. Auf die Nutzung von "Miri"-Land wurden Abgaben in Form von Nutzungszinsen oder Zehnten erhoben.

Neben der Kodifizierung der verschiedenen Rechtstitel legte das Landgesetz von 1858 erstmals auch die Registrierung des "Miri"-Bodens und die darauf produzierenden Pächter in einem Landrechtsregister, dem "Tabu", und die Ausgabe von Nutzungsdokumenten fest. Zweck dieser Registrierung war eine bessere Kontrolle der Bevölkerung und ihrer Steuerabgaben. Gleichzeitig aber wurde mit diesem Gesetz der erste Schritt zur Säkularisierung des Islamischen Rechtes getan (Waltz und Zschiesche 1986:51).

In einer Reihe von weiteren Gesetzen, die zwischen 1867 und 1913/14 erlassen wurden, wurde das Landrechtssystem massiv modifiziert. Im Landgesetz von 1867 wurden die Erbrechte bezüglich der Nutzung von "Miri"-Land erweitert, und es wurde die Grundlage für Landeigentum von Ausländern im Rahmen der osmanischen Gesetze geschaffen. 1872 wurde die Beleihung von Boden gesetzlich ermöglicht, 1874 die Verleihung von Eigentumstiteln und die entsprechende Ausstellung von Eigentumsdokumenten für "Mulk"-Land. 1876 folgte ein Gesetz, das die Ausgabe von Eigentumstiteln und Dokumenten für Land, das religiösen Institutionen übereignet worden war, regelte. 1887 ermöglichte ein Gesetz zur Nutzung von "Miri"-Land die Ausweitung der Nutzungsarten des Bodens und die Ausbeutung von Rohstoffen aus dem Boden. Im gleichen Gesetz wurde zudem die Gleichstellung von Muslims und Nichtmuslims in bezug auf Kauf und Weiterverkauf von "Miri"-Land verankert. Das Landgesetz von 1913/14 schliesslich fasste die vorhergehenden Gesetze zusammen und ermöglichte juristischen Personen wie Regierungsorganen, Handelsgesellschaften, Vereinen, Wohltätigkeitsorganisationen und osmanischen Körperschaften das Eigentum an Land (Waltz und Zschiesche 1986:51-52).

Der Versuch der osmanischen Behörden, Landeigentümer und Landnutzer im "Tabu" zu registrieren, scheiterte allerdings. Es war nicht üblich, selbst mit den fremden Behörden zu tun zu haben, die Geschäfte "nach aussen" überliessen die meisten lieber dem Familienoberhaupt oder dem Stammesältesten. Auch war die Angst vor der Steuerbehörde und dem Rekrutierungsbeamten der Armee gross. Das hatte zur Folge, dass die Eigentums- und Nutzungsrechte an einige wenige übergingen(23), die Masse der früheren Landeigentümer und Landnutzer wurde, nach den neuen Landgesetzen, zu Pächtern (Waltz und Zschiesche 1986:52). Diese Entwicklung wurde durch die zunehmende Kapitalisierung des Landes und die Verschuldung der Bauern vorangetrieben. Grossgrundbesitzer und die palästinensische Handelsbourgeoisie der Küstenstädte eigneten sich die Eigentumsrechte am Land ganzer Dörfer, deren Steuerschulden sie tilgten, an. Oft wurden Eigentumsrechte an Dritte weiterverkauft, ohne dass die Familien, die das Land bearbeiteten, davon wussten. Auch beduinische Scheichs im Negev betätigten sich als Landverkäufer, und auch sie meist ohne Wissen ihrer Familie und ihres Stammes (Waltz und Zschiesche 1986:52-53).

## 2.2. Stammesland oder Handelsware?

In der traditionellen beduinischen Ökonomie nahm die Landwirtschaft, angebaut wurde vor allem für den Export nach Europa bestimmte Gerste, einen untergeordneten Rang ein. Aus dem Sinai eingewanderten Bauernfamilien wurden Landstücke zur Bewirtschaftung überlassen (Kressel et al. 1991:29,34,46-47). Landbesitz aber war, wie dies ein beduinisches Sprichwort deutlich macht, grundlegend für das beduinische Selbstverständnis:

"He who is not a landowner defecates in his palm" (nach Kressel et al. 1991:31 Anm.21).

Nicht der frei umherschweifende, ungebundene Nomade, wie er europäischer Schwärmerei entspringt, war das beduinische Ideal, sondern der Mann, der als Teil seines Stammes durch seine kriegerische Stärke und seine Arbeit über ausgedehntes Weideland herrscht. Weideland, "Dira", war Stammeseigentum, wie auch alle Quellen. Im Zentrum des Stammeslandes lag der "Magam Mgarir", der "Absolute Ort", der Punkt, an den alle Wanderungen auf der Suche nach Wasser und Weide immer wieder zurückführten, der Punkt, der die Mitte der Stammeswelt bildete(24). Grenzen im Gegensatz dazu waren nie absolut, änderten von einer kriegerischen Auseinandersetzung zur andern, wuchsen oder verkleinerten sich mit der Grösse des Stammes und seiner Herden. Erst Ende des 19. Jahrhunderts begannen sich die Grenzen zu verfestigen, wurden mit Steinen, Dämmen oder Bäumen gekennzeichnet (Kressel et al. 1991:29-44).

Landbesitz bedeutete nicht nur ökonomischen Nutzen und Sicherheit, er war auch Ausdruck tribaler Stärke. Zugehörigkeit zum Stamm und Zugang zu Weideland waren eins mit dem Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzenden politischen und ökonomischen Umbruch begann diese Einheit auseinanderzubrechen. Einzelne Beduinen, vor allem Scheichs, die es gewohnt waren, ihren Stamm nach aussen zu vertreten, begannen, mit Land zu handeln. Käufer waren meist Händler aus Gaza oder aus Hebron. Diese Scheichs ergatterten nach den neuen Bestimmungen des osmanischen Landrechtes Eigentumstitel für Stammesland, das sie dann, oft ohne das Wissen ihres Stammes, verschacherten.

Mit der Privatisierung des Eigentums an Weideland wurde die ökonomische und soziale Grundlage des Stammes zerstört. Land war nicht länger materieller Ausdruck von Stammessolidarität, sondern Handelsware (Kressel et al. 1991:32-34). Besonders gut zeigt sich dieser Wandel im Umgang mit Land am Verschwinden des "Karam al-Ard", des "Landgeschenks", das als Ausdruck von Grosszügigkeit und Wertschätzung treuen Verbündeten gemacht wurde und das ursprünglich die einzige Form der Landübertragung war. Anfang des 20. Jahrhunderts tauchte an seiner Stelle der "Sanad" auf, ein Schriftstück, das dem Verkauf von Land ein quasi-offizielles Gepräge gab (Kressel et al. 1991:35-37). Zwar waren diese Schriftstücke in den Augen der osmanischen Behörden nicht rechtskräftig, für die beduinischen Stämme aber strahlten sie, da sie etwas Geschriebenes waren und sie zudem noch eine Marke mit dem Porträt des Sultans trugen, genug Autorität aus, um sie für Käufer und Verkäufer bindend zu machen. Waren sie zuerst ungen gesehen, "The way of generosity is stronger than the way of the bill", so hiess es bald, "He who has signed the bill has died and the bill has not died" (nach Kressel et al. 1991:36-37).

Neben dem "Sanad" entwickelte sich der "Sanad Rahn", eine Transaktion, in der Land nicht verkauft, sondern auf unbestimmte Zeit verpfändet wurde. Eigentümer des Landes blieb, bis zur Zurückzahlung des Darlehens, der Darlehensgeber. Nach einem Erlass der britischen Mandatsmacht von 1920 galten alle solche Transaktionen, die nicht registriert wurden, als ungültig. Die beduinischen Stämme kümmerte dieser Erlass allerdings kaum, und aus diesen Darlehenszahlungen entwickelten sich Pachtverhältnisse, die oft über Jahrzehnte hinweg dauerten, und die zum Teil heute noch bestehen (Kressel et al. 1991:31-41).

## 2.3. Die "Israel Lands"

Nicht nur die Scheichs und die Händler aus Gaza profitierten von dieser Entwicklung, sondern auch die zionistischen Landaufkäufer. In einem Brief an Theodor Herzl schreibt Yitzhak Levy 1903(25):

"It will not prove difficult to acquire land in these areas. The Turkish government has not carried out a cadastral survey of Bedouin territory, and no land ownership records are to be found. The sheikhs are hardly indebted to the Turkish regime, and they are the ones who give deeds of sale (sanad) to the buyers" (nach Kressel et al. 1991:29 Anm.9).

Solange den Eigentümern nur am Einziehen der Pachtzinse gelegen war, unterschieden sich die neuen Herren auch kaum von den alten. Dass die rechtliche Situation sich geändert hatte, kümmerte den Grossteil der Bevölkerung wenig. Das änderte sich, als die Vertreter des 1907 in England gegründeten und eingetragenen 'Juedischen Nationalfonds (Keren Kajemeth Le Jisroel), Limited', begannen, Land aufzukaufen. Die neuen Eigentümer begnügten sich nicht damit, höhere Abgaben zu verlangen, sie wollten das Land. Ziel des englischen Fonds war es,

"(..) to purchase, take on lease or in exchange, or otherwise acquire any lands, forests, rights of possession and other rights, easements and other immovable property in the prescribed region, (which expression shall in this Memorandum mean Palestine, Syria, any other parts of Turkey in Asia and the Peninsula of Sinai), or any part thereof, for the purpose of settling Jews on such lands"(26) (nach Davis und Lehn 1978:10).

1922 übernahm Grossbritannien das Mandat des Völkerbundes für Palästina. Die britische Mandatsregierung räumte der jüdischen Wirtschaft einen Sonderstatus ein, indem sie Projekte im Strassenbau, im Elektrizitätswesen, im Hafenaufbau und in der Wasserversorgung ausschliesslich jüdischen Unternehmen übertrug (Waltz und Zschesche 1986:71). Zudem erliess sie eine Reihe von Gesetzen - das Gesetz zur Korrektur der Grundbücher von 1920, das Gesetz über die Bodentransaktionen von 1925 und das Gesetz zur Bodenregulierung von 1928 -, die die Aufteilung des Gemeindelandes und damit den Zerfall der dörflichen Gemeinschaften Palästinas beschleunigten. Immer mehr Grossgrundbesitzer und schliesslich auch Kleinbauern verkauften ihr Land (Waltz und Zschesche 1986:67,74-75).

1939, nach drei Jahren schwerer Auseinandersetzungen und einem sechsmonatigen Generalstreik der palästinensischen Arbeiter, verfasste die britische Regierung ein 'Weissbuch', in dem sie die "Jüdische Heimstätte" für geschaffen erklärte und die nachfolgende Einwanderung begrenzte(27). Zudem setzte sie in diesem 'Weissbuch' einen Höchstwert für den Grundbesitz der jüdischen Gemeinschaft in Palästina von 5% des palästinensischen Bodens fest. Die zionistische Antwort auf das 'Weissbuch' war die Ausrufung des "militärischen Zionismus" durch David Ben-Gurion. Vor allem aber wurde die Landerwerbsstrategie geändert. Nicht mehr möglichst zusammenhängende Grundstücke wurden aufgekauft, sondern Land an den Grenzen Palästinas. Die jüdischen Siedlungen sollten möglichst weit gestreut sein, um im Fall einer - bereits sich abzeichnenden - Teilung Palästinas Anspruch auf einen möglichst grossen Teil des Landes erheben zu können (Waltz und Zschesche 1986:76). Im Krieg von 1948, der nach der Proklamation des Staates Israel durch David Ben-Gurion entflammte, wurden hunderttausende arabischer Einwohnerinnen und Einwohner von ihrem Land vertrieben. Im Negev flohen elf von neunzehn Stämmen. Von einer Bevölkerung von gegen 90'000 von vor 1948 waren 1951 noch knapp 13'000 übrig. Der Grossteil floh, als die ägyptische Armee von den israelischen Streitkräften zurückgeworfen wurde. Die meisten von ihnen leben heute als Flüchtlinge in Jordanien, in der Westbank, im Gazastreifen und in Ägypten (Maddrell und al-Grinawi 1990:6).

Nicht alle aber flohen sofort. Tausende wurden in den Jahren zwischen 1948 und 1952 vertrieben. Zum Teil wurden sie ausgewiesen, zum Teil verliessen sie den Negev, weil ihre Felder und Herden zerstört wurden. Viele flohen aber auch aus Angst vor Massakern wie dem in Deir Yassin, denn auch im Negev verübte die berühmte Einheit 101 der israelischen Armee ihre Greuelthaten(28). Die Erinnerung an diese Zeit ist immer noch wach. Ein Scheich der Tarabin as-Sanic erzählt in der 'Al-Fajr Weekly'(29):

"Those were the days of military government and do you know what that means? It meant that they could kill people as if they were stray dogs out there in the desert with no witness to record their atrocities" (nach Maddrell und al-Grinawi 1990:7).

Am 21. Oktober 1948 wurde die Stadt Beersheba von der israelischen Armee eingenommen und, entgegen den Befehlen, geplündert. Die rund 6'500 arabischen Einwohner und Einwohnerinnen der Stadt, darunter beduinische Familien, die sich hier Häuser gebaut hatten, flohen. In den folgenden Jahren wurde die Stadt mit jüdischen Einwanderern und Einwanderinnen bevölkert. Aus Bir as-Sabca wurde Be'er-Sheva. 1952 wurde, unter dem herrschenden Militärrecht, die gesamte arabisch-beduinische Bevölkerung des Negev, das heisst die, die noch nicht geflohen waren, in ein Reservat östlich von Beersheba "umgesiedelt". Elf der neunzehn verbliebenen Stämme waren gezwungen, ihr Land zu verlassen. Das Versprechen, nach kurzer Zeit wieder zurückkehren zu dürfen, wurde in keinem einzigen Fall eingehalten. Als Grund für die Errichtung der Sperrzone wurden Sicherheitserwägungen angegeben.

Tatsächlich diente die Errichtung der Sperrzone dazu, Flüchtlingen die Rückkehr zu verunmöglichen. Durch die Errichtung solcher Sperrgebiete wurde es zudem relativ einfach, arabisches Land zu enteignen. Zu diesem Zweck wurde eine Reihe von Gesetzen erlassen, die 1953 in einem Gesetz gipfelten, das dem Staat das Recht gab, alles Land zu enteignen, das am 1. April 1952 nicht im Besitz seiner Eigentümer war(30). Dass die Eigentümer durch die Sperrzonenbestimmungen gewaltsam von ihrem Eigentum ferngehalten wurden, weil sie sie, als Flüchtlinge, entweder nicht betreten, oder sie, als Umgesiedelte, nicht verlassen durften, behinderte den Vollzug des Gesetzes nicht. 1966, als die Sperrzone aufgehoben wurde, mussten die betroffenen Familien feststellen, dass sie nicht mehr auf ihr Land zurückkehren konnten, da es zum Grossteil schon vom Staat annektiert worden war. Die enteignete Fläche betrug insgesamt etwa 1'200'000 Dunum(31).

Am 13. März 1955 trafen sich die Direktoren des im Juli 1954 gegründeten israelischen 'Keren Kayemeth LeIsrael' mit der Exekutive der 'Jewish Agency', um die Rolle festzulegen, die der 'Keren Kayemeth', die grösste und einflussreichste der Organisationen der 'World Zionist Organization' im Staat Israel, spielen sollte. Sie verabschiedeten eine Resolution, in der sie die Gründung einer gemeinsamen Institution für "nationales Land" verlangten(32) (Davis und Lehn 1978:15 Anm.27). Die Kernpunkte der Resolution waren zum ersten die Feststellung der Unveräusserbarkeit von Land in jüdischem Besitz, zum zweiten die Schaffung einer staatlichen Administration für das "nationale Land", zum dritten ein Abkommen über die Art dieser Administration zwischen der Regierung und dem Verwaltungsrat des 'Keren Kayemeth LeIsrael', und schliesslich der Auftrag an den 'Keren Kayemeth', sich weiterhin für den Landerwerb und die Ausbreitung der israelischen Landwirtschaft einzusetzen. Die von Levi Eshkol 1959 vorgetragene Resolution wurde, nach Abschluss der Verhandlungen zwischen dem 'Keren Kayemeth LeIsrael' und der Regierung, zum Gesetz formuliert und 1960 als 'Israel Lands Laws' von der Knesset verabschiedet, das 'Basic Law: Israel Lands' am 19., und das 'Israel Lands Law' am 25. Juli(33). Das wichtigste Resultat der Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung und dem 'Keren Kayemeth' war die Ausdehnung der restriktiven Landrechtspolitik des Keren Kayemeth auf alles Staatsland, das nun, zusammen mit dem Land des 'Keren Kayemeth', als "Israel Lands" in den Gesetzestexten verankert war (Davis und Lehn 1978:15 Anm. 28,17-19).

In den siebziger Jahren richteten beduinische Familien Landklage um Landklage an das eigens in Beersheba eingerichtete 'Compromise Committee'. Nach Aussage des Anwaltes Rami Yovel, der eine Reihe beduinischer Klienten in solchen Fällen vertreten hat, bereinigte der zuständige Beamte keine einzige der eingereichten Klagen.

"And he will not settle a claim. The beduin need money, and they know they can sell their claims to their lands and the Israeli government will pay for land claims, so they sell them. And then the state cannot be accused of taking the land" (nach Maddrell und al-Grinawi 1990:8).

Um die Eigentumsrechte an Land zu beweisen, genügen alte osmanische Landregistereinträge oder, wenn diese nicht vorhanden sind, irgendein anderer Beleg, wie Kaufverträge und osmanische oder britische Steuerquittungen. Das gilt allerdings nur für den Fall, dass die Eigentümer ihre Landansprüche abtreten wollen. Wollen sie ihr Land behalten, genügen solche Belege nicht(34). 1976 bot die Regierung der arabisch-beduinischen Bevölkerung des Negev eine einmalige Abfindung an. Von dem Land, für das sie osmanische

Landregisterdokumente hatten, sollten sie zwanzig Prozent behalten dürfen. Für weitere dreissig Prozent des Landes würden sie 65% des Marktwertes erhalten. Der Rest sollte ohne Kompensation an den Staat fallen. Die beduinischen Eigentümer akzeptierten das Angebot, das selbst von Regierungsbeamten als Diebstahl bezeichnet wurde(35), nicht. Sie verlieren seither Gerichtsstreit um Gerichtsstreit und damit Dunam um Dunam Land (Maddrell und al-Grinawi 1990:8).

### 3. DIE INSTRUMENTE DER ENTEIGUNG

#### 3.1. Die Enteigungsgesetze

"When a peasant said to an official: 'What is this you are offering me? Only 200 pounds per dunam?' the official replied: 'This is not your land, it is ours. We are paying you your wages as a "watchman". You are only "watchmen", you have "looked after" our land for 2'000 years and we are paying you your wages! But the land is ours'" ('Abu Isam'(36), nach Jiryis 1973:82).

Die Enteigung beduinischen Landes wird ermöglicht durch eine Reihe von Gesetzen, die zwischen 1948 und 1953 erlassen wurden, und deren ursprüngliche Aufgabe es war, den legalen Status des in den Kriegswirren verlassenen Landes zu regeln.

Den Anfang machte das 'Absentees' Property Law' von 1950, das bereits am 12. Dezember 1948 unter der Bezeichnung 'Emergency Regulations Relative to the Property of Absentees' verfasst worden war(37). Die Verordnung, beziehungsweise später das Gesetz, sollte die Verwaltung des Eigentums Abwesender, das heisst Geflüchteter, regeln. Das Eigentum von in Israel gebliebenen arabischen Familien sollte von den Bestimmungen des Gesetzes nicht erfasst werden. Das allerdings war nicht der Fall, denn der Wortlaut des Gesetzes schliesst einen grossen Teil der im Land gebliebenen arabischen Bevölkerung mit ein (Jiryis 1973:86). Ein "Abwesender" respektive eine "Abwesende" ist eine Person,

"(..) who, at any time during the period between the 16th Kislev 5708 (29th November 1947) and the day on which a declaration is published, under section 9(d) of the Law and Administration Ordinance, 5708 (1948), that the state of emergency declared by the Provisional Council of State on the 10th Iyar, 5708 (19th March, 1948) has ceased to exist, was a legal owner of any property situated in the area of Israel or enjoyed or held it, whether by himself or through another, and who, at any time during the said period - i) was a national or citizen of the Lebanon, Egypt, Syria, Saudi Arabia, Trans-Jordan, Iraq or the Yemen, or ii) was in one of these countries or in any part of Palestine outside the area of Israel, or iii) was a Palestinian citizen and left his ordinary place of residence in Palestine a) for a place outside Palestine before the 27 Av, 5708 (1st September, 1948); or b) for a place in Palestine held at the time by forces which sought to prevent the establishment of the State of Israel or which fought against it after its establishment" (nach Jiryis 1973:86).

Wichtig ist ein genauer Blick auf die angegebenen Daten. Am 29. November 1947 wurde der Teilungsplan für Palästina, der ein israelisches und ein palästinensisches Gebiet vorsah, von den Vereinten Nationen angenommen. Das heisst, die Bevölkerung des palästinensischen Teiles des Landes ging wie gewohnt ihrer Arbeit und ihren Geschäften nach, sie erlaubte sich, in andere Städte zu fahren, Verwandte zu besuchen, kurz, ihre Häuser zu verlassen. Vom 29. November 1947 bis zur Besetzung dieser Gebiete während des Krieges von 1948 unterstanden die Bewohner und Bewohnerinnen dieser Städte und Dörfer nicht israelischer Kontrolle. Während der Kriegswirren suchten zudem viele Dorfbewohner und -bewohnerinnen Schutz in den grösseren Städten der Region, Städten, die allerdings ebenfalls von der israelischen Armee eingenommen wurden. Nachdem das Schlimmste vorüber war, kehrten sie auf ihr Land zurück. Sie verliessen also nie nachmaliges israelisches Territorium (Jiryis 1973:86-87). Trotzdem wurden alle, die nach dem 29. November 1947 ihre Dörfer oder Städte verliessen entsprechend den Verordnungen zu Abwesenden erklärt. Die 30'000 Araber und Araberinnen, die innerhalb Israels von einem Ort zu einem andern flohen, also nie das Land verliessen, wurden in bezug auf ihren Besitz zu Abwesenden. Wer auch immer, und war es auch nur für einen Tag, während der letzten Phase des britischen Mandats nach Beirut oder nach Bethlehem reiste, wurde als abwesend bezeichnet (Jiryis 1973:87).

Artikel 30 des 'Absentees' Property Law' verleiht einem 'Custodian' die uneingeschränkte Macht, darüber zu entscheiden, wer zur fraglichen Zeit abwesend war und wer nicht. Seine Informationsquelle muss der 'Custodian' nur vor Gericht preisgeben. Er ist nach dem Gesetz Eigentümer allen Besitzes "Abwesender", und er ist bevollmächtigt, diesen Besitz zu verkaufen. Diese Verkäufe, einmal getätigt, können nicht mehr rückgängig gemacht werden, selbst wenn sich herausstellen sollte, dass das betreffende Grundstück doch nicht "verlassen" war (Jiryis 1973:87). Vor der Verabschiedung des Gesetzes kam es zu einer heftigen Debatte in der Knesset, aber alle Einwände wurden abgelehnt(38). Kritisiert wurde vor allem die uneingeschränkte Befugnis des 'Custodian', der keiner effektiven Kontrollinstanz unterstellt war. Er war lediglich an ein von der Knesset eingesetztes 'Financial Committee' gebunden, dessen Sitzungen aber nicht öffentlich waren (Jiryis 1973:91).

In den fünfziger Jahren gab es wiederholt Vorstösse in der Knesset, das 'Absentees' Property Law' zu überarbeiten, aber alle Versuche scheiterten. Die einzige Reaktion der Regierung war die wiederholte Versicherung, Kompensation zu bezahlen. Eine Rückgabe von Land wurde nie erwogen(39). Der Knessetabgeordnete Taufiq Toubi(40) meinte dazu im Januar 1951:

"This law is a symbol. It is an expression of the discrimination practised against the Arab inhabitants of this country... In accordance of the provisions of this law thousands of the Arab inhabitants of the country are regarded as 'absentees' although they are citizens of the state - and they are being plundered of their right to legally dispose of their property. The custodian, assisted of course, by the law, is plundering them of their rights as citizens" (nach Jiryis 1973:91-92).

Ebenfalls 1950 wurde das 'Development Authority Law', auch 'Transfer of Property Law', verabschiedet(41). Dieses Gesetz verbietet es der 'Development Authority', Land, das sie vom 'Custodian of Arab Absentees' Property' oder von irgend jemand anderem erworben hat, an andere als den Staat, an lokale Behörden oder an den 'Keren Kayemeth Leisrael', den jüdischen Nationalfonds, weiterzugeben (Jiryis 1973:89). Am 29. September 1953 traf der 'Custodian' eine Vereinbarung mit der 'Development Authority', wonach er alles in seinem Besitz befindliche Land an sie verkaufte. Den von der 'Development Authority' bezahlten Kaufpreis überwies ihr der 'Custodian' wieder in Form eines Darlehens(42)(Jiryis 1973:89). Drei Monate zuvor, am 26. Juni 1953, hatten der 'Keren Kayemeth Leisrael', die 'Development Authority' und die Regierung ein Abkommen getroffen, durch das, basierend auf zwei früheren Abkommen vom Januar 1949 und vom Oktober 1950 zwischen dem 'Keren Kayemeth Leisrael' und der Regierung, Staatsland und Land der 'Development Authority' an den 'Keren Kayemeth Leisrael' verkauft wurde. Damit besass der 'Keren Kayemeth Leisrael' 3'570'000 Dunum Land, das später, zusammen mit den rund 15'000'000 Dunum Staatsland, als "Israelböden" bezeichnet wurde. Diese "Böden" machen 92,6% der Fläche Israels aus (Jiryis 1973:89).

Die 'Emergency Regulations' von 1949 lieferten, zusammen mit den 'Defence Regulations', auch 'Emergency Regulations', von 1945, die die israelischen Behörden aus dem britischen "Nachlass" übernommen hatten, die Grundlage für die Militärverwaltung, die von 1948 bis 1966 in den von der arabischen Bevölkerung bewohnten Gebieten herrschte(43)(Jiryis 1973:93-94). Der Artikel 125 der 'Defence Regulations' bevollmächtigte den Militärgouverneur, bestimmte Gebiete zu geschlossenen Zonen zu erklären, die nur mit einer schriftlichen Erlaubnis betreten oder verlassen werden durften (Jiryis 1973:93). Die Bestimmungen der 'Emergency Regulations' ermächtigten den Verteidigungsminister, unter Zustimmung des 'Foreign Affairs and Security Committee' der Knesset, ebenfalls bestimmte Gebiete ganz oder teilweise zu Sicherheitszonen zu erklären(44). Der Verteidigungsminister und die Regierung haben das Recht, jedwelche Person ohne Angaben von Gründen aus einem solchen zur Sicherheitszone erklärten Gebiet auszuweisen. Aufgrund dieser Verordnungen wurde 1948 neben dem Negev fast die Hälfte Galiläas zur Sicherheitszone erklärt, ebenso das gesamte "Dreieck", das Gebiet zwischen Tel Aviv, Tulkaram und Haifa, sowie einige kleinere Gebiete in der Nähe des Gazastreifens und entlang der Eisenbahnlinie Jaffa-Jerusalem (Jiryis 1973:95).

1966 wurde die Militärverwaltung aufgehoben. Die 'Emergency Regulations' wurden 1972 ausser Kraft gesetzt. Ihre Wirkung hatten sie allerdings schon getan. 1949 waren sie durch die

'Emergency Regulations' zur Kultivierung von Brachland ergänzt worden(45). Diese Verordnung ermächtigte den Landwirtschaftsminister, unkultiviertes Land "zu übernehmen", falls er nicht davon überzeugt ist, dass der Eigentümer des Landes dieses in absehbarer Zeit bebauen wird. Zusammen mit der Verordnung zu den Sicherheitszonen war, so Jiryis, die Verordnung zur Kultivierung von Brachland das ideale Enteignungsinstrument. Wer sein Land nicht betreten darf, kann es schwerlich bebauen (Jiryis 1973:97).

Mit Hilfe dieser Gesetze und Verordnungen war es möglich geworden, arabisches Land beinahe nach Belieben zu konfiszieren. Der letzte Schritt allerdings war noch nicht getan. In den Texten der betreffenden Erlasse war bislang nur von "Requirierung", "Nutzniessung" und "Kultivierung" die Rede, aber nicht von Eigentum. Eigentümer waren rechtlich immer noch die früheren arabischen Besitzer. Das änderte sich mit dem Abschluss der "Enteignungsgesetze", den das 'Land Aquisition Law' von 1953(46) bildete. Dieses Gesetz erlaubte es dem Finanzminister, den früheren Besitzern ihr Eigentum an Land, das unter den Bestimmungen eines der oben genannten Gesetze konfisziert worden war, abzusprechen, und dieses Eigentum via die 'Development Authority' dem Staat Israel zu übereignen. Um ein Landstück enteignen zu können, genügt es, dass der Finanzminister selbst ein Zertifikat ausstellt, wonach im Fall des betreffenden Grundstücks drei Bedingungen erfüllt sind, nämlich 1. dass das betreffende Grundstück am 1. April 1952 nicht im Besitz seines Eigentümers war, 2. dass es in der Zeit zwischen dem 14. Mai 1948 und dem 1. April 1952 für Sicherheits- oder Entwicklungszwecke benötigt wurde, 3. dass es immer noch für einen dieser Zwecke benötigt wird. Auch in der Festlegung der Höhe und der Form der Kompensation hat der Finanzminister völlig freie Hand. In den meisten Fällen beträgt sie nicht mehr als einen Bruchteil des tatsächlichen Wertes des Landes. (Jiryis 1973:98-100)

Ein Vorstoss in der Knesset im Juni 1955 zur Veränderung des Gesetzes - die vormaligen Eigentümer sollten das Recht erhalten, vor dem Obersten Gerichtshof klagen und Zertifikate anzufechten - wurde abgelehnt. Trotz massiver Proteste in der Knesset und in der israelischen Öffentlichkeit blieb das 'Land Aquisition Law' in Kraft. Tatsächlich ist es eines der wenigen Gesetze, die bis heute unverändert geblieben sind(47)(Jiryis 1973:99,103).

### 3.2. Die Raumplanung

"Nun, meine Freunde, wir sollen ein Netz von Bauernkolonien über das Land spannen, das wir erwerben wollen. Wenn man ein Netz spannen will, so schlägt man zuerst an den Stellen die Haken ein, zwischen denen das Netz entstehen soll. Dann spannt man zwischen diesen Haken starke Stricke, dann knüpft man zwischen den Stricken stärkere Fäden und stellt derart ein grobes Maschenwerk her, das man dann nach Bedarf durch das Dazwischenwirken feinerer Fäden zu immer feineren Maschen ausgestaltet. Genauso haben wir, meine ich, vorzugehen" (Franz Oppenheimer(48) nach Waltz und Zschesche 1986:30).

Die physische Planung von Städten, Dörfern, Strassen, Universitäten oder Krankenhäusern in Israel ist, bemerken Waltz und Zschesche in der Einleitung zu ihrer Untersuchung, vielfach beschrieben worden. Israel hat im Städtebau zu verwirklichen versucht, was vor allem in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts in Europa als vorbildlich galt: Entflechtung der Ballungsräume, Neue Städte, Gartenstädte. Planer und Planerinnen in Israel, schreiben sie weiter, sind nicht Planer im in Europa geläufigen Sinn: staatliche Angestellte, die Flächennutzungen, Bebauungsarten, Gebietsentwicklungen und Sanierungsprogramme entwerfen und dies in Karten und Plänen niederlegen. Zwar gibt es auch diese im heutigen Israel, sie wirken aber erst dann, wenn das wichtigste schon geschehen ist: die Sicherung der Boden- und Siedlungsflächen. Diese davorstehende Aufgabe erledigten und erledigen heute noch die Planer der zionistischen Organisationen. Waltz und Zschesche sprechen deshalb von "zionistischen Planern und Plänen", von "strategischen Planern, die den Blick dafür entwickelten und entwickeln, welche Flächen Palästinas zu erwerben, zu erobern, zu besiedeln und zu bebauen seien" (Waltz und Zschesche 1986:14).

Trotz der für einen Aufkauf von Land günstigen Entwicklung der Landrechte, die schon unter den Osmanen eingesetzt hatte, trotz der, zumindest anfänglichen, Bevorzugung der jüdischen Bevölkerung unter den britischen Mandatsbehörden und trotz der grossen Anstrengungen,

Grund und Boden in Palästina zu erwerben, gelang es den zionistischen Organisationen aber bis Mitte der vierziger Jahre nicht, einen wesentlichen Anteil an Land in ihren Besitz zu bringen. 1944 betrug der jüdische Bevölkerungsanteil Palästinas zwar bereits rund dreissig Prozent, aber nur knapp sechs Prozent des Bodens war jüdisches Eigentum(49) (Waltz und Zschiesche 1986:77).

Mit der Teilungsresolution vom 29. November 1947 und dem Ende des britischen Mandates über Palästina änderte sich diese Situation schlagartig. Während 1,38 Millionen arabischer Palästinenser und Palästinenserinnen knapp 43% der Gesamtfläche Palästinas zugesprochen erhielten, fielen mehr als 56% der Landfläche an 609'000 jüdische Bewohner und Bewohnerinnen Palästinas(50)(Waltz und Zschiesche 1986:34). Zwar war das Land noch nicht jüdisches Eigentum, aber es stand nun unter jüdischer Kontrolle. Den Rest besorgte der Krieg von 1948. 80% der auf nachmaligem israelischem Staatsgebiet lebenden arabischen Bevölkerung floh. Von den rund 10,5 Millionen Dunum kultivierbaren Landes blieben der arabischen Bevölkerung noch etwa 800'000 Dunum. Das übrige Land fiel an den Staat und an den 'Keren Kayemeth LeIsrael, Limited' (Waltz und Zschiesche 1986:110).

Die neuen Hausherrn setzten die alten, die durch die veränderte Rechtslage längst zu Bediensteten im eigenen Haus geworden waren, nun endgültig vor die Türe. Dafür, dass sie auch draussen blieben, sorgten die oben beschriebenen Enteignungsgesetze, die in den folgenden Jahren erlassen wurden, und die Boden - und Siedlungspolitik der zionistischen Planer. Das Hauptaugenmerk der Planer richtete sich auf die zu "Notstandsgebieten" erklärten "unbewohnten Flächen" in Israel - gemeint waren die Gebiete, in denen 90% der arabischen Bevölkerung Israels lebten und leben, Galiläa, das "Dreieck" (das Gebiet zwischen Tel Aviv, Haifa und Tulkaram), und der Negev (Waltz und Zschiesche 1986:122). Zu diesen unbewohnten Gebieten bemerkte der damalige Verteidigungsminister, Simon Peres(51):

"Es gibt unbewohnte Flächen in Israel, die von der israelischen Ansiedlungspolitik besonders berücksichtigt werden müssen. Die arabischen Staaten wollen diese von Juden besetzten Gebiete zurückerhalten, deswegen ist die Frage der unbewohnten bzw. nicht von Juden bewohnten Landgebiete ein sehr wichtiges Problem, für das unbedingt eine Lösung gefunden werden muss" (nach Waltz und Zschiesche 1986:122).

Bereits 1948 wurde eine Kommission für Stadt- und Regionalentwicklung gegründet, deren Leiter der Bauhaus-Architekt Arie Sharon wurde. 1949 wurde die Kommission in 'Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung' umbenannt und direkt dem Premierminister unterstellt. Sie arbeitete den ersten Masterplan für die Entwicklung des Landes aus, der 1950 von der Knesset genehmigt wurde. 1952 wurde das Amt aufgeteilt in die Bereiche National- und Regionalentwicklung, die weiter dem Premier unterstellt waren, und Lokal- und Distriktsplanung, die neu dem Innenministerium zugeteilt wurden (Waltz und Zschiesche 1986:123).

Der Masterplan von 1950 sah in 24 Planungsräumen den Ausbau ländlicher Siedlungen und Gebiete vor, den Aufbau "Neuer Städte" als Zentren dieser ländlichen Gebiete, die Entwicklung von Industriezonen in und ausserhalb der Städte, die Verteilung bestimmter Industriebranchen und Weiterverarbeitungszentren im Lande, die Bevorratung und Verteilung der vorhandenen Wasserressourcen sowie den Schutz vorhandener und den Aufbau neuer Naturschutz- und Erholungszonen (Waltz und Zschiesche 1986:141). Die Besiedlung der "unbewohnten" Flächen kam allerdings nur langsam in gang. 1948 lebte der Grossteil der jüdischen Bevölkerung in den Städten, mehr als 75% der arabischen Bevölkerung aber auf dem Land. Im Negev betrug der Anteil der jüdischen Bevölkerung weniger als ein Prozent(52). Zudem waren nur 15% der jüdischen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, während es bei der arabischen Bevölkerung fast hundert Prozent waren(53).

1948 wurde deshalb ein 'Regierungsamt für Bodenerhaltung' eingerichtet, das die Aufgabe hatte, die Grenzen jüdischer Landwirtschaft möglichst weit auszudehnen. Das Regierungsamt entwarf Pläne zur Trockenlegung von Sumpfland, zum Terrassenbau in den Bergzonen und zur Bodenerhaltung im Negev und in den Küstengebieten. Das für diese Projekte vorgesehene Land war aber 1948 nicht einfach verfügbar. Der Grossteil dieses Landes wurde noch von der arabischen Bevölkerung genutzt, oder es war zumindest noch rechtlich

arabisches Eigentum. Das Land musste deshalb konfisziert und schliesslich enteignet werden (Waltz und Zschiesche 1986:130).

Es genügte aber nicht, das Land bereitzustellen, es musste auch gelingen, die jüdische Bevölkerung Palästinas und die Immigranten und Immigrantinnen für die Besiedlung dieser Gebiete zu gewinnen. Zu diesem Zweck wurde, ebenfalls schon 1948, eine 'Nationales Planungsamt' gegründet, das einen detaillierten Bevölkerungsverteilungsplan ausarbeitete(54). Im wesentlichen sollten die Küstengebiete verdichtet und die "leeren Räume" in Galiläa, im Dreieck, im Gebiet Gaza - Tel Aviv - Jerusalem und im nördlichen Negev "aufgefüllt" werden. Die Anzahl der jüdischen Siedlungen erhöhte sich in der Folge von 387 im Jahr 1948 auf rund 700 im Jahr 1956. Heute bewegt sich die Zahl der ländlichen jüdischen Siedlungen in Israel um etwa 800 (Waltz und Zschiesche 1986:148,155-156). Neben den ländlichen Siedlungen entwarfen und errichteten die Planungsbehörden sogenannte "Neue Städte", die eine gezielte Platzierung der Immigranten und Immigrantinnen ermöglichen und damit die Realisierung der zionistischen Besiedlungspläne gewährleisten sollten (Waltz und Zschiesche 1986:160,163-164). Neben den Planungsbehörden waren sowohl das Ministerium für Handel und Industrie an den Projekten beteiligt, als auch die Israelische Bank, der israelische Gewerkschaftsbund, die Histadrut als Vertreterin der Kibbutzim, das Finanzministerium, das Ministerium für Arbeit und Wohnungsbau, das Landwirtschaftsministerium, die Wasserbehörde, das Innenministerium und die 'Jewish Agency' (Waltz und Zschiesche 1986:171).

Bis 1965 stützten sich die Planer auf eine Verordnung aus der Mandatszeit, die 'Town Planning Ordinance' von 1936. Diese Verordnung regelte drei Bereiche der räumlichen Planung, die Bau- und Stadtplanungskommissionen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, die Stadtplanungszonen Haifa und Tel Aviv und die Stadtentwicklungspläne, die noch einmal in Bauleitpläne unterteilt waren (Waltz und Zschiesche 1986:169). 1965 wurde diese Verordnung von einem neuen Planungs- und Baugesetz, 'The Planning and Building Law', abgelöst. Damit wurden die verschiedenen Bereiche der Planung und die Planung in diesen Bereichen gesetzlich verankert. Oberste Instanz ist seitdem der 'Nationale Planungsrat', dem die Verantwortlichen für die Landesentwicklung aus den verschiedenen Ministerien, lokalen Behörden und nationalen Institutionen angehören, namentlich der Innenminister, sieben Vertreter der verschiedenen Ministerien nach dem jeweiligen Bedarf, Planungsexperten aus dem Ministerium des Innern und dem Ministerium für Wohnungsbau, die Bürgermeister der Städte Jerusalem, Haifa und Jaffa sowie Vertreter und Vertreterinnen der Ingenieur- und Architektenverbände, der Frauenorganisationen, der kleinen Kommunen ohne Planungshoheit, der Technischen Hochschule Haifa und der Siedlungsinstitutionen der 'Jewish Agency'. Zweck des Gesetzes ist es, die nationale Planung zu zentralisieren, Regional- und Lokalpläne gesetzlich zu verankern, die lokalen Selbstverwaltungsorgane zu stärken und Sonderregelungen für die Entwicklung von Projekten zur Erschliessung von neuem Land zu ermöglichen. Betont wird dabei die Wichtigkeit der Integration aller an der Planung Beteiligten und ihre Einbindung in die Prinzipien zionistischer Siedlungspolitik (Waltz und Zschiesche 1986:170-171).

#### 4. GEWALT, ARBEIT, LANDNAHME

##### 4.1. Die 'Green Patrol'

In der Kontroverse mit Falah bestreiten Kliot und Medzini nicht nur dessen Schilderung der Plansiedlungspolitik der Regierung, sie deuten auch an, dass die beduinische Bevölkerung bewusst die Gutmütigkeit der Behörden für ihre Zwecke ausnutzt (Kliot und Medzini 1985).

Von den "many small and dispersed settlements", die nach Kliot und Medzini legalen Status erhalten haben, wurden allerdings bis anhin nur zwei legalisiert. Beide, Laqiya und Hora, entstanden auf zum vornherein für Plansiedlungen vorgesehenen Land. In den Worten von Kliot und Medzini kommt das weit verbreitete Stereotyp der verschlagenen, listigen Beduinen zum Ausdruck, die zwar gewisse romantische, geheimnisvolle Züge haben, die sich aber letztlich nicht mit einer "modernen Zivilisation" vertragen. Unfähig zu "richtiger"

Landwirtschaft oder Lohnarbeit, nicht geeignet zur Kooperation und zur Demokratie, "ruinieren sie die Wüste, zerstören Bäume, beschädigen Wasserleitungen und gefährden die öffentliche Gesundheit". Trauen kann man ihnen auf keinen Fall, denn, so Moshe Sharon, ehemaliger Regierungsberater für arabische Angelegenheiten:

"(..) you know, even lie detectors don't work on bedouin" (nach Maddrell und al-Grinawi 1990:11,20).

Auf der andern Seite beschreibt die 'Association for Support and Defence of Bedouin Rights' einen von Gewalt geprägten Alltag. Zerstörungen von Häusern, Brunnen und Gräbern, Konfiskationen von Schafen, Ziegen und Kamelen, Beleidigungen und tätliche Übergriffe gehören für die arabisch-beduinische Bevölkerung des Negev zum täglichen Leben ('Association' 1990,1991a,1991b).

Besonders gewalttätig im Umgang mit der beduinischen Bevölkerung ist die 1976 gegründete sogenannte 'Green Patrol'. Die Mitglieder dieser Einsatztruppe, deren Auftrag die Erhaltung und der Schutz von Flora und Fauna des Negev ist, bedrohen Kinder mit Waffen, schlagen alte Leute und nehmen bei ihren Vertreibungsaktionen sogar Tote in Kauf. Die Einheit untersteht der 'Nature Reserves Authority' in Koordination mit der 'Israel Lands Administration' und dem Landwirtschaftsministerium und gibt sich einen umweltschützerischen Anstrich (Maddrell und al-Grinawi 1990:10). Dov Coller von der 'Association for Civil Rights in Israel' beschreibt sie allerdings etwas anders:

"What they do in fact is to remove bedouin families from the land of the Negev and direct them towards the six projected towns. The Green Patrol confiscates animals, beats up women and children, and destroys homes. It also puts pressure on Jews in adjacent areas to cooperate in removing bedouin from their lands" (nach Maddrell und al-Grinawi 1990:10).

Die Pläne der Behörden, die arabisch-beduinische Bevölkerung des Negev in Plansiedlungen zu konzentrieren, stehen unter dem Motto der "Sedentarisation von Nomaden". Unter diesem Motto wurden und werden beduinische Familien gezwungen, ihr angestammtes Land zu verlassen oder wieder einmal wegzuziehen, nachdem sie schon 1948 von ihrem Land vertrieben worden waren und sie sich notgedrungen an einem neuen Ort niedergelassen hatten. Hand in Hand mit dieser "Sedentarisationskampagne" laufen die Anstrengungen der Behörden, "illegales" Bauen und "illegale" Landnutzung zu verhindern. Die einzigen Orte, wo es beduinischen Familien erlaubt ist, ihre Häuser zu errichten, sind die Plansiedlungen. Wer auf seinem eigenen Land baut, riskiert, dass das Haus von der 'Green Patrol' abgerissen wird. Nicht alle, deren Häuser zerstört werden, gehen aber in eine Plansiedlung. Viele können es sich nicht leisten, ein Grundstück zu kaufen und ein neues Haus zu bauen. Viele Opfer von Häuserzerstörungen müssen deshalb versuchen, bei Verwandten unterzukommen, oder sie errichten eine andere, behelfsmässige und ebenso illegale Unterkunft irgendwo am Rand einer Siedlung. Das langsame, aber stete Wachstum der Plansiedlungen ist also weniger auf ihre Anziehungskraft als "moderne Siedlungen" als vielmehr auf den steten Druck vor allem der 'Green Patrol' zurückzuführen(55)(Maddrell und al-Grinawi 1990:9).

Obwohl die 'Green Patrol' gleich drei Behörden untersteht, gilt sie als die Privatarmee ihres Kommandanten, Alon Galili. Ein Beamter der 'Nature Reserves Authority' bemerkte dazu in einem Interview in der 'Yediot Akharonot':

"Ninety percent of what goes on is the result of the private will of Galili" (nach Maddrell und al-Grinawi 1990:10).

Galili selbst aber sieht sich in einem weiteren Zusammenhang agieren. Den Kampf seiner "Öko-Truppe" gegen die beduinischen "Schädlinge" bezeichnet er als "(..) extension of the wider Arab-Israeli struggle for the land" (nach Maddrell und al-Grinawi 1990:10). Rückendeckung bekommt die 'Green Patrol' zum einen von den Behörden, denen sie untersteht, zum andern aber auch von der öffentlichen Meinung. Vor allem in den ersten Jahren nach ihrer Gründung zeichneten die Medien in Israel ein Bild von den Beduinen des Negev, das das "Eingreifen" der 'Green Patrol' geradezu unabdingbar machte, sollte der

Negev vor den zerstörerischen Beduinen geschützt werden können. Ökologie vor Humanität? Oder Genozid als Mittel zur Aufrechterhaltung eines ökologischen Gleichgewichts?

Tatsächlich scheint die Truppe nicht ganz so eigenmächtig zu handeln. Trotz immer wiederkehrenden Berichten in den Medien über die brutale Vorgehensweise der 'Green Patrol' und trotz Zeugenaussagen ist es noch zu keiner einzigen Verurteilung durch ein Gericht gekommen. Das ist allerdings nicht erstaunlich, denn die 'Green Patrol' mit ihren Übergriffen ist keineswegs eine Ausnahmeerscheinung. Sie ist der Regelfall in einem System, das auf Gewalt aufbaut.

Die 'Green Patrol' verkörpert das von Diner bezeichnete Faustrecht (Diner 1980:69), mit dem der Besitzanspruch auf das Land in einem Staat, der kein formelles Territorium ausgebildet hat, durchgesetzt werden muss. Dass die 'Green Patrol' keineswegs nur ein Schmutzfleck auf der demokratisch-weißen Weste des Staates ist, zeigt auch ein Blick auf zwei Gesetze, die entscheidenden Einfluss auf die Stellung der arabischen Bevölkerung Israels haben.

In einem Artikel von 1971, "Recent Knesset Legislation and the Arabs in Israel" (Jiryis 1971), diskutiert der arabisch-israelische Rechtsanwalt Sabri Jiryis zwei Gesetze, die, wie er schreibt, die "(...) traditional Arab interpretation of Zionism as a movement with innately racist ideology" (Jiryis 1971:54) untermauern.

Das erste dieser Gesetze, das 'Agricultural settlement Law'(56), wurde am 1. August 1967 von der Knesset angenommen. Das Gesetz dient vordergründig dazu, Missstände in der Landwirtschaft zu beheben. Diese Missstände, so der damalige Landwirtschaftsminister, bestehen darin, dass in vielen Fällen Siedler ihr gepachtetes Land nicht selbst bewirtschaften, sondern dieses Land und die damit verbundenen Wasserrechte missbräuchlich weiterverpachten. Es zeigte sich, so der Minister, dass die Vereinbarungen zwischen dem 'Keren Kayemeth LeIsrael' und der 'Israel Land Authority' nicht ausreichten, diesen Transfer von Nutzungsrechten an Land zu verhindern. Es sei deshalb notwendig geworden, diese Entwicklung mit Hilfe eines weiteren Gesetzes zu stoppen(57)(nach Jiryis 1971:54-55).

Auf den ersten Blick scheinen die Zielsetzungen des 'Agricultural Settlement Law' durchaus legitim. Der eigentliche Zweck des 'Agricultural Settlement Law' ist es aber, arabische Arbeitskräfte daran zu hindern, in jüdischen Siedlungen zu arbeiten oder gar Boden zu pachten, da dies der Zielsetzung des 'Keren Kayemeth', die Sicherstellung der ausschliesslich jüdischen Bewirtschaftung des Landes, zuwiderläuft(58). Zur Illustration des zionistischen Prinzips der "Selbstarbeit" erwähnt Jiryis eine Episode aus dem Jahr 1908. Damals wurde in Ben Shemen, oder Bait Arif, ein Wald zum Gedenken an Theodor Herzl gepflanzt. Die Bäume, die von der ursprünglich hier ansässigen arabischen Bevölkerung gepflanzt worden waren, wurden ausgerissen. Jüdische Pioniere pflanzten daraufhin - Bäume sind kostbar - die gleichen Bäume am gleichen Ort wieder ein(59)(Jiryis 1971:56-57).

Mit seiner Interpretation des Gesetzes steht Jiryis nicht allein. In den Debatten, die der Annahme des Gesetzes vorangingen, wies der Knessetabgeordnete Tawfiq Toubi daraufhin, worauf das 'Agricultural Settlement Law' abzielt(60):

"The official blue paper, the language of law and justice (...) takes care not to refer in black and white to the racism and national discrimination that the enforcement of this law will lead to. This law is not intended to serve agricultural planning, or the principle that the owner should work his own land. The bitter truth that many are trying to evade or conceal is that this law is really intended to prevent Arab labourers from working on land that is called "land of the nation", "redeemed land", to use the terminology of experts in the eviction of Arab farmers from the land" (nach Jiryis 1971:62).

Auch der Abgeordnete Uri Avnery nahm kein Blatt vor den Mund(61):

"There are two conflicting trends in this law; it is a Dr. Jekyll and Mr. Hyde law. To all appearances what we have is a law with an extremely positive social aim, the landlords who, through various kinds of favouritism, have succeeded in obtaining from the Israel Land Authority State land on cheap and easy terms, are to be compelled to return that land to the Israel Land Authority if they transfer their right to cultivate it to others. That is to say that the proposers of the law approve of the principle that the land should be in the hands of those who cultivate it, not in the hands of those who have friends at court or other parasites - the new class of party effendis.

What they really aim at are the Jewish effendis and the Arab cultivators. What is meant is the land that was confiscated from the Arabs and handed over through favouritism to Jews who then leased it back to the Arabs who have thus become its cultivators. This is the real reason for this law" (nach Jiryis 1971:61).

Trotz dieser massiven Vorwürfe wurde das Gesetz von der Knesset angenommen. Adam setzt in seinem Artikel "Ethnic Politics and Crisis Management: Comparing South Africa and Israel" (Adam 1983) Israel bezüglich seiner ethnisch geprägten Politik mit Südafrika gleich. Nach Adam sind beide "ethnic states" (Adam 1983:6), die sich dadurch auszeichnen, dass die Ideologie der herrschenden Gruppe auf Kosten der staatlichen Bürgerrechte in den Gesetzen verankert wurde. Die unterdrückte Gruppe, die gleichsam ausserhalb des gesellschaftlichen Lebens steht, wird als nicht-vertrauenswürdig qua Geburt wahrgenommen (Adam 1983:5-6). Beiden Staaten gemein ist ein hoher Grad an Politisierung der Bevölkerung, der aus der starken Stratifikation und Rollendifferenzierung in den ethnischen Subgruppen resultiert. Diese Aufspaltung der gesellschaftlichen Segmente ist den beiden Regimes dienlich, ermöglicht sie doch eine umfassende Kontrolle der Gesamtbevölkerung. Gleichzeitig aber verhindert sie die Entwicklung und die Aufnahme von Gesprächen über die Grenzen der Subgruppen hinweg und damit auch eine mögliche Lösung der schwelenden Konflikte. Soll diese Aufspaltung überwunden werden, muss nicht nur die legale Struktur verändert, es muss auch das Bewusstsein von einer grundlegenden gemeinsamen Gesellschaftlichkeit, einer "common civic culture"(62), entwickelt werden. Dies bedingt allerdings die Integration aller Bevölkerungsteile auf allen Ebenen, der politischen wie der ökonomischen und der sozialen.

Eine rein politische Lösung der Konflikte in ethnischen Staaten wie Südafrika und Israel hält Adam für unrealistisch und gefährlich, da sich durch eine solche einseitige Entwicklung der Grad der internen Gewalt erhöhen würde. Adam versteht unter Gewalt, wie Diner, nicht nur die direkte, physische Gewaltanwendung, sondern vor allem den Ausschluss ganzer Bevölkerungsgruppen aus der Ökonomie eines Landes. Diese Form der Gewalt äussert sich in einer strukturellen Arbeitslosigkeit, die wiederum eine erhöhte Kontrolle durch den Staatsapparat nach sich zieht (Adam 1983:9,15).

Ähnlich sind sich Israel und Südafrika auch im Wesen ihrer Ideologien, die sowohl der Aufrechterhaltung von Grenzen wie der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes dient. Um wirkungsvoll zu sein, muss sich eine Ideologie auf weithin akzeptierte moralische Werte wie beispielsweise Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität abstützen können. Wenn nun die herrschende Ideologie, wie in Südafrika und in Israel, eine rassistische ist, und ihr damit diese moralische Legitimierung fehlt, müssen Kunstgriffe angewendet werden, um sie trotzdem akzeptabel zu machen. Nach Adam bieten sich zwei Möglichkeiten an. Zum einen kann der ethnisch begründete Konflikt legalisiert und damit entpolitisiert werden, zum anderen kann ein äusserer Feind geschaffen werden, der die Perpetuierung einer permanenten Krise garantiert und damit "ausserordentliche" Massnahmen rechtfertigt. Mit diesen Kunstgriffen wird die Legitimität der Herrschaft durch eine "Legalität" ersetzt, die eine illegitime Machtausübung mit Hilfe des Gesetzes ermöglicht und die die politische Opposition kriminalisiert (Adam 1983:16-17). Der "staatsbedrohende Feind" wird so zur staatstragenden Kraft, die permanente Krise zum idealen, regimestützenden Zustand, die, zur Not, auch mal selbst ausgelöst bzw. in Gang gehalten wird. Nicht Konfliktlösung sondern Konfliktperpetuierung ist das Leitmotiv solcher Staaten. Tatsächlich könnte dem israelischen Regime nichts Schlimmeres passieren, als sich plötzlich einem friedlichen, verhandlungs- und kompromissbereiten Gegner gegenüber zu sehen. Die handfesten, aber "zufälligen", weil scheinbar eigenmächtigen Gewalttaten der 'Green Patrol' können, in diesen Zusammenhang gestellt, als keineswegs zufällig sondern als klar systeminhärent bezeichnet werden. Sie sind Teil einer ethnisch motivierten Gewaltstrategie, die die Ausgrenzung der arabisch-beduinischen Bevölkerung zum Ziel hat.

## 4.2. Blühende Kibbutzim in blühender Wüste?

Israel und Südafrika, beide Staaten mit einer rassistischen Ideologie? Israel, das Land der Utopien, das Land, das die Wüste zum Blühen brachte? Wie schrieb doch Ben Gurion nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 in einem Brief an de Gaulle:

"It's by our pioneering creation that we have transformed a poor and arid land into a fertile land, created built-up areas, towns and villages in abandoned desert areas" (nach Saltiel 1990:19).

1979 unterzieht George die beiden zionistischen Leitsätze "ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land" und "die Wüste zum Blühen bringen" einer kritischen Betrachtung (George 1979). Sein Fazit: Palästina war vor 1948 weder eine Wüste, noch war es unkultiviert oder gar unbesiedelt. George kommt zu seinen Schlüssen nach der Sichtung von Berichten verschiedener britischer Kommissionen, die im Auftrag der damaligen Mandatsregierung verfasst worden waren. So hält etwa die 'Shaw Commission' in ihrem Bericht von 1930 fest(63), dass es kein Land mehr gebe, das für weitere Immigrationen verfügbar wäre, ohne dass die einheimische Bevölkerung umgesiedelt werden müsste (nach George 1979:91).

Interessant ist auch ein kritischer Blick auf die Zahlen israelischer Statistiken. So gibt der 'Statistical Abstract of Israel' von 1976(64) für die Jahre 1948/1949 eine kultivierte Landfläche von 1'650'000 Dunum an, wovon rund 300'000 Dunum bewässert wurden. 1974/1975 hatte sich die bewirtschaftete Fläche auf 4'330'000 Dunum vergrößert, wovon 1'830'000 Dunum bewässert wurden. Das bedeutet eine Zunahme der bewirtschafteten Fläche um 2'670'000 Dunum. Bei genauerer Betrachtung aber zeigt sich, dass unter diesen 2'670'000 Dunum nicht eine reale Bodenfläche zu verstehen ist, sondern dass die bewirtschafteten Getreidefelder nach Anzahl Ernten pro Saison mehrfach einberechnet wurden. Die tatsächliche Ausweitung des bewirtschafteten Bodens beträgt - immer noch beeindruckende - 2'200'000 Dunum. Auch diese Zahl aber täuscht einen Erfolg nur vor, da das 1948 von den arabischen Flüchtlingen verlassene Land in den israelischen Entwicklungsstatistiken nicht aufgeführt wird. Die 'United Nations Conciliation Commission for Palestine' aber schätzte die kultivierte Landfläche in den Jahren 1947/1948 in Palästina auf rund 4'574'000 Dunum. Die 1974/1975 bewirtschaftete Fläche hat sich also nicht um 2'200'000 Dunum vergrößert, sie hat sich gegenüber 1947/1948 um gut zweieinhalb Millionen Dunum verringert(65) (George 1979:97-98).

Auch im Negev hält sich das tatsächliche Erblühen in Grenzen. Zwar gibt die Statistik des 'Israeli Central Bureau of Statistics'(66) eine Zunahme der kultivierten Fläche von 554'000 Dunum in den Jahren 1949/1950 auf 1'095'000 Dunum in den Jahren 1975/1976 an, was einer Verdoppelung der bewirtschafteten Fläche in einer Zeitspanne von 25 Jahren entspricht. Allerdings waren 1945(67), rund 1'900'000 Dunum kultiviertes Land Eigentum der beduinischen Stämme. 1975/1976 wurden im Negev also rund 200'000 Dunum Land weniger bewirtschaftet als 1945 (George 1979:99).

1990 zeichnet Moise Saltiel in der Märzangabe der Zeitschrift I&P in seinem Artikel "The Desertification of the Arid Negev" (Saltiel 1990) ein noch düstereres Bild von der "blühenden" israelischen Landwirtschaft im Negev. Nach Saltiels Schätzung wird heute nur gut die Hälfte des vor 1948 bewirtschafteten Bodens genutzt, das heisst weniger als 9% des Negev sind kultiviert, davon 6,5% durch jüdische Israeli. Vor 1948 bewirtschafteten die beduinischen Stämme 15,6% der Fläche des Negev. Für Saltiel wird der Negev, nach jahrhundertelanger Kultivierung durch die arabisch-beduinische Bevölkerung, erst heute zur wirklichen Wüstenei (Saltiel 1990:19).

Zwar gibt es heute total 64 Kibbutzim und Moshavim im Negev, die meisten aber liegen im nördlichen Teil, wo die Niederschlagsmenge durchschnittlich 250 bis 350 mm pro Jahr beträgt. Sie profitieren damit von einem Gesetz, das in Zonen mit einer durchschnittlichen jährlichen Niederschlagsmenge von 200mm oder mehr (!) eine Entschädigung für Fehlernten vorsieht. Die arabisch-beduinische Bevölkerung kommt nicht in den Genuss dieser Leistung, da das ihnen zugewiesene Gebiet eine durchschnittliche jährliche Niederschlagsmenge von nur 150mm aufweist. Zwei von drei Ernten in dieser Zone sind Fehlernten. Die Quote der Fehlernten in den niederschlagsreicheren Gebieten ist nur halb so hoch (Saltiel 1990:19-20).

Die Landwirtschaft betreibende jüdische Bevölkerung des Negev betrug 1981, wie schon 1961, rund 25'000 Menschen, nur gut ein Drittel der beduinischen Bevölkerung von etwa 70'000. Während aber die beduinische Bevölkerung nur rund 400'000 Dunum Land bewirtschaften darf, stehen den Kibbutzim und Moshavim etwa 780'000 Dunum zur Verfügung(68). Das in den Kibbutzim und Moshavim gehaltene Vieh wird mit Futterkonzentraten gefüttert, die importiert und vom Hafen von Ashdod in den Negev transportiert werden müssen. Die im Negev hergestellten Milchprodukte wiederum werden in der Küstenregion abgesetzt. Das ist ökologisch fragwürdig und ökonomisch kaum tragbar. Es wäre billiger, Milchprodukte aus dem Ausland zu importieren (Saltiel 1990:20).

Massiv verteuert wird die landwirtschaftliche Produktion auch durch die enormen Wasserkosten. Das Wasser für die Siedlungen im Negev wird vom See Genezareth zuerst 400m in die Höhe gepumpt und dann durch ganz Israel geleitet. Seit 1989 wird zwar auch gereinigtes Abwasser aus dem Grossraum Tel Aviv in den Negev geführt, aber die Kosten für dieses Wasser sind immer noch so hoch, das sie von keinem einzigen landwirtschaftlichen Produkt gedeckt werden können (Saltiel 1990:23).

Trotz grosser zur Verfügung stehender Landflächen, trotz grosszügiger Wasserzuteilungen zu einem Bruchteil der tatsächlichen Kosten, trotz der Förderung industrieller Betriebe, trotz dem Einsatz von Niedriglohnarbeitern und trotz Schuldenerlassen in Billionenhöhe ist die ökonomische Situation der Kibbutzim im Negev schlecht. Und zu den meist von orientalischen Juden und Jüdinnen bewohnten Moshavim meint Saltiel:

"If the situation of the Negev kibbutzim is bad, that of the Negev's Oriental Jewish moshavim is tragic" (Saltiel 1990:20).

Viele der Moshavim haben ihr Land und ihr Wasserkontingent bereits an das 'Settlement Department' der 'Jewish Agency' zurückgegeben und sind nicht-landwirtschaftliche Siedlungen geworden. Einen der Gründe, vielleicht sogar den Hauptgrund für das Scheitern der Moshavim als landwirtschaftliche Siedlungen sieht Saltiel im Versuch der zionistischen Planer, Menschen dazu zu zwingen, Landwirtschaft zu betreiben. Saltiel zitiert Pinchas Mosco, einen Vertreter der 'Jewish Agency':

"The vast majority of the Negev moshavim are at the end of the road (...) such a settlement programme should have never been established for people who did not want it and were unable to assimilate in it (...). Now everything must be begun anew" (nach Saltiel 1990:20-21).

Amos Adar, Vorsteher eines Moshav, wird noch deutlicher:

"The common factor of all moshav farmers is that they did not come to Israel to become settlers. They were brought to the land as shopkeepers, tailors, goldsmiths, bankers (...). The Israeli leaders tried to transform them by force into moshav farmers (...). People who despised manual labor were brought to the moshavim. For a large portion of these men, the moshav was a prison" (nach Saltiel 1990:21).

Die beduinische Bevölkerung, die Landwirtschaft betreiben möchte, wird daran gehindert, Handwerker und Händler aber sollen ihre Felder bestellen. Vor allem die Jugend will nicht in den Moshavim und den Kibbutzim bleiben, in der Arava und im zentralen Negev stehen Siedlungen halb oder ganz leer.

Ähnlich ist die Situation in den sogenannten "Development Towns", den "Neuen Städten" im Negev, in denen jüdische Arbeiter und Arbeiterinnen für die benachbarten landwirtschaftlichen Siedlungen und die regionale Industrie angesiedelt werden sollten. Die 'Neuen Städte' weisen heute eine viermal höhere Arbeitslosenrate als die Küstenregion auf. Jedes Jahr verlassen Tausende diese Städte in Richtung Tel Aviv, Hunderte von Wohnungen stehen leer. In Dimona, wo allein rund 1'200 Wohnungen leerstanden, wurden 700 Wohnungen zerstört. An beduinische Familien werden sie nicht vermietet (Saltiel 1990:23).

Im Negev gibt es zur Zeit fünf Plansiedlungen, Tel Sheva, Rahat, Aro'er, Keseifa und Segev Shalom. Dazu sind zwei der illegalen Siedlungen, Laqiya und Hora, in den letzten Jahren legalisiert worden. Rahat mit heute rund 20'000 Einwohnern und Einwohnerinnen ist die

grösste der Plansiedlungen. Die Häuser in Rahat sind geräumige, zweigeschossige Betonkonstruktionen mit Flachdächern, in denen neben der Kernfamilie meist noch einer oder mehrere der verheirateten Söhne mit ihren Familien leben. Die finanzielle Belastung, die ein solcher Hausbau mit sich bringt, ist enorm, obwohl die meisten Arbeiten selbst ausgeführt werden und viele Söhne deswegen frühzeitig die Schule verlassen.

Auch dass Frauen erlaubt wird, in einer nahegelegenen Textilfabrik zu arbeiten, ist meist auf finanzielle Schwierigkeiten, die durch den Hausbau entstanden sind, zurückzuführen. Zweck der Ansiedlung in Plansiedlungen ist es laut den Behörden, die beduinische Bevölkerung mit einer modernen Infrastruktur zu versorgen. Zwar weisen die Plansiedlungen gegenüber den illegalen Siedlungen tatsächlich eine bessere Infrastruktur auf, mit jüdisch-israelischen Siedlungen ähnlicher Grösse sind sie aber in keiner Weise vergleichbar. Arabische Gemeinden erhalten in der Regel einen Bruchteil des Budgets jüdischer Gemeinden (69). Kein Wunder also, dass das 1961 gegründete Arad beispielsweise mit seinen 16'000 Einwohnern und Einwohnerinnen wie eine Stadt aussieht, Rahat dagegen mit einer vergleichbaren Bevölkerungszahl von 20'000 immer noch wie eine "schäbige Ansammlung von Häusern in der Wüste" wirkt (Maddrell und al-Grinawi 1990:14).

In den meisten neugegründeten Siedlungen in Israel finden die Wahlen für den Gemeinderat, der zu Beginn immer vom Staat eingesetzt wird, schon wenige Jahre nach der Gründung statt. Rahat erhielt seinen ersten von den Behörden eingesetzten Rat 1981, acht Jahre nach der Gründung. 1989 endlich durften die ersten Gemeinderatswahlen abgehalten werden.

Auch der Gesundheitszustand der beduinischen Bevölkerung lässt zu wünschen übrig. Siebzig Prozent der Patienten und Patientinnen der Kinderabteilung des Soroka Hospital in Beersheba sind beduinische Kinder, obwohl die beduinische Bevölkerung nur rund dreissig Prozent der Gesamtbevölkerung des Negev ausmacht. Das heisst, jedes dritte beduinische Kind wird vor seinem fünften Lebensjahr mindestens einmal hospitalisiert (Maddrell und al-Grinawi 1990:17). Mehrere Faktoren tragen zum schlechten Gesundheitszustand der beduinischen Bevölkerung bei. Erstens der Mangel an Wissen und an Erfahrung mit den veränderten Lebensumständen. Trockenmilch und industrielle Babynahrung führen zu Durchfall und Fehlernährung und zu einer erhöhten Kindersterblichkeit, wenn das Wissen über Hygiene und Ernährung in bezug auf die neuen Produkte fehlt. Zweitens führen schlechte Behausungen - Zementfussböden, Kohlebecken, die wohl Zelte erwärmen nicht aber Steinhäuser - und der Mangel an sauberem Wasser zu Erkältungskrankheiten im Winter und zu Darmkrankheiten im Sommer. Der dritte Faktor ist die mangelnde Gesundheitsvorsorge. In Rahat kommt auf 3'000 Einwohner und Einwohnerinnen ein Arzt, in Arad ist das Verhältnis eins zu 850. Trotzdem gilt die "Beduinenklinik" in Rahat als die beste im Negev. Die wenigsten Ärzte und Krankenschwestern sowohl in Rahat wie in den Kliniken in Beersheba sprechen Arabisch. Alte, Frauen und kleine Kinder, die den Hauptteil der Patienten und Patientinnen ausmachen, sprechen aber meist kein Hebräisch(70).

Im Schulwesen sieht die Situation nicht besser aus. In den sechziger Jahren wurden die ersten Schulen durch die israelischen Behörden im Negev errichtet, für die Baukosten mussten die Eltern der Kinder allerdings selbst aufkommen. 1970 besuchten denn auch erst 23% der schulpflichtigen Kinder eine Schule. Heute besuchen 75% der Sechs- bis Dreizehnjährigen die Schule, 30% der Vierzehn- bis Siebzehnjährigen. Aber nur 10% schliessen die Sekundarschule ab. Einen Universitätsabschluss haben weniger als 1%(71). Die Aufnahme an eine Universität schafft allerdings nur, wer eine arabische Internatsschule im Norden Israels besuchen konnte. Die arabischen Schulen im Negev gelten als die schlechtesten der gesamten Region, Israel und die Westbank zusammengenommen (Maddrell und al-Grinawi 1990:16-17). Vor allem die Schulen für die Kinder aus illegalen Siedlungen sind in einem miserablen Zustand. Es sind meist bloss Baracken, die weder vor Hitze noch vor Kälte schützen. Sie haben keine asphaltierten Zufahrtsstrassen und sind deshalb während der Winterregen kaum erreichbar. Die meisten Familien leben kilometerweit von der nächsten Schule entfernt, Busse gibt es kaum. Kleine Kinder und Mädchen werden deshalb häufig nicht zur Schule geschickt. Die Haltung der Behörden in dieser Frage aber ist eindeutig: Schulpolitische Erwägungen sind der Politik der Umsiedlung in die Plansiedlungen untergeordnet. Dazu ein Beamter des Erziehungsministeriums:

"(...) the government is reluctant to develop schools for temporary settlements because they want the beduin to move to permanent areas. The beduin tend to move when the schools are relocated. If they don't, then the children simply don't go to school" (nach Maddrell und al-Grinawi 1990:16).

Die Schulen in den Plansiedlungen sind nicht viel besser. Zwar sind die Gebäude besser ausgerüstet, aber sie entsprechen keineswegs dem Standard anderer Schulen im Land. Vor allem aber ist die Unterrichtsqualität katastrophal. Zum Teil sind die Lehrer und Lehrerinnen schlecht motiviert, weil sie, aus dem Norden stammend, hier ihr Pflichtjahr ableisten müssen. Zum Teil, und das betrifft hauptsächlich die Absolventen und Absolventinnen des Teacher's Training College in Beersheba, sind sie auch schlecht ausgebildet. Dazu kommt, so Maddrell und al-Grinawi, dass bei der Anstellung oft die politische "Qualifikation" mehr zählt als die fachliche. Wer sich engagiert, sei das für die Schüler und Schülerinnen, sei das für die Belange der beduinischen Gemeinschaft in andern Bereichen, verliert über kurz oder lang die Stelle (Maddrell und al-Grinawi 1990:17).

So schlecht die schulische Ausbildung ist, so schlecht ist auch die Arbeitssituation. Das Pro-Kopf-Einkommen beträgt denn auch weniger als die Hälfte des israelischen Mittels. Diejenigen, die Arbeit haben, sind zu neunzig Prozent als Lohnarbeiter beschäftigt. Vor 1948 waren noch fast neunzig Prozent der beduinischen Männer in der Landwirtschaft tätig(72). In den Plansiedlungen selbst gibt es kaum Arbeit, obwohl die Pläne Industriezonen vorsehen. In Rahat arbeiten von etwa 3'500 Arbeitsfähigen zweihundert in der Siedlung(73). Die hier vor siebzehn Jahren geplante Industriezone ist immer noch nicht realisiert.

Das einzige, was heute im Negev floriert, sind die Armee und die Atom- und die Chemieindustrie, einschliesslich Atomreaktoren und Deponien für atomaren, chemischen und anderen Abfall. Vierzig Jahre wurde davon gesprochen, die Wüste zum Blühen zu bringen. Heute ist der Negev im Begriff, eine Abfallhalde zu werden. Nach inoffiziellen Schätzungen fallen in Israel jährlich rund 25'000 Tonnen radioaktiven und chemischen Abfalls an, die in der Deponie von Ramat Hovav, zwölf Kilometer von Beersheba entfernt, gelagert werden. Dazu kommt der Abfall der in der Nähe von Ramat Hovav ansässigen Betriebe, die in den letzten zehn Jahren pro Tag 6'000 m<sup>3</sup> verseuchtes Abwasser produzierten, das in offenen Becken gesammelt wird. 1988 betrug die Fläche dieser Becken vierzig Hektaren. Das verseuchte Wasser sickert nach starken Regenfällen ins Wadi Secher und ins Wadi Habesor und von dort ins Grundwasser des Negev (Saltiel 1990:19,24).

Zur Grösse, Kraft und Sicherheit des Atomreaktors in Dimona gibt es keine verlässlichen Daten und, da Israel das Atomwaffenabkommen nicht unterzeichnet hat, auch keine internationale Kontrolle. Der Reaktor ist nur hundert Kilometer von Tel Aviv, bloss achtzig Kilometer von Jerusalem entfernt (Saltiel 1990:24).

Trotz massiver Finanzhilfe und einer hochentwickelten Technologie sind die landwirtschaftlichen Siedlungen im Negev also ein Fehlschlag, und das ökische System der Region wird wahrscheinlich stärker belastet als je zuvor. Der Mythos vom Land aber, das die Wüste zum Blühen bringt, wird weiter verbreitet. Das Eingeständnis, in der landwirtschaftlichen Entwicklung gescheitert zu sein, würde einen der wichtigsten Legitimationssätze des zionistischen Anspruchs auf palästinensischen Boden in Frage stellen: die "überlegene Produktionskraft" der israelischen Landwirtschaft. Und diese Legitimierung ist schon ohne die ermüchternde wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre brüchig. Aus einer wirtschaftlichen und technologischen Überlegenheit kann kein politischer Herrschaftsanspruch abgeleitet werden. Erst recht nicht, wenn diese "Überlegenheit" wesentlich auf der gezielten Benachteiligung der arabischen Bevölkerung Palästinas und später Israels gründet. So hatte zum Beispiel das 1956 vollendete Jordan-Negev-Bewässerungsprojekt, das neunzig Prozent aller Wasserressourcen Israels erfasst, eine massive Verknappung der Grundwasservorräte in den arabischen Dörfern Galiläas zur Folge (Waltz und Zschiesche 1986:175).

Diese Entwicklung auf Kosten anderer verschwindet hinter dem Begriff der "Selbstarbeit", einem Begriff, der bereits 1920 an einer Konferenz in London geprägt wurde. Dieses Prinzip der "Selbstarbeit" ist, neben dem gemeinschaftlichen und unveräusserlichen Eigentum an Land, einer der zentralen Grundsätze des 'Keren Kayemeth LeIsrael' (Davis und Lehn

1978:21-22). Über die "Selbstarbeit" gelang es, die Reproduktion der jüdischen Arbeitskräfte zu sichern und so die billigen arabischen Arbeiter auszuschalten. Die kollektiven Formen, die zu Beginn nicht im Bereich der Produktion, sondern der Reproduktion entstanden, hatten ihren Grund im Bemühen, so Arthur Ruppin am XI. Zionistischen Kongress von 1914 in Berlin,

"(...) die Konkurrenzfähigkeit des jüdischen Arbeiters nach Möglichkeit zu heben. Das tun wir, wenn wir in den Farmen die Arbeiter berufstüchtig machen oder wenn wir für sie in und bei den Kolonien Arbeitshäuser, Arbeiterheime und Arbeiterküchen schaffen, welche die Lebenshaltung verbilligen" (nach Diner 1980:43).

Am umfassendsten gelang dies in den Kibbutzim, in denen Lohnarbeit fast völlig vermieden werden konnte und in denen deshalb die arabischen Lohnarbeiter und -arbeiterinnen am weitesten ausgegrenzt wurden (Diner 1980:45). Nicht die Verwirklichung sozialistischer Ideale war also der Motor der kollektiven Wohn- und Arbeitsformen im Kibbutz, sondern die Notwendigkeit billiger reproduzieren und produzieren zu können. Im Kibbutz verwirklicht sich die Einheit von Boden, Arbeit und ethnischer Zugehörigkeit, hier ist die Kontrolle über den ganzen Arbeitsprozess (Diner 1980:30-31) total. Die arabische Bevölkerung hat hier keinen Platz. Über das Prinzip der "Selbstarbeit" war es möglich, arabische Lohnarbeit in weiten Bereichen der israelischen Ökonomie, und vor allem der Landwirtschaft, auf ein Minimum zu reduzieren oder sie wenigstens in die Illegalität zu verdrängen.

Die Folge ist heute, wie schon ausgeführt wurde, eine Doppelstruktur (Diner 1980:79) der israelischen Wirtschaft, die es sich weder leisten kann, auf die billigen arabischen Arbeitskräfte zu verzichten, noch die Durchsetzung der Lohnarbeit als ökonomisches Äquivalent des Staatsbürgers und der Staatsbürgerin zuzulassen. Anders als Falah dies darstellt (Falah 1983:321-322, 1985:448-449), kann also die Bildung eines Reservoirs billiger Arbeitskräfte im Negev nicht Ziel der zionistischen Politik sein, sie ist vielmehr ein Nebenprodukt des Bestrebens, die beduinische Bevölkerung von der Landwirtschaft fernzuhalten. Die soziale und ökonomische Benachteiligung wiederum dient dazu, die arabisch-beduinischen Arbeitskräfte in unqualifizierte Niedriglohnssektoren abzudrängen und so die beduinische Bevölkerung in der Wahrnehmung ihrer bürgerlichen Rechte und Möglichkeiten zu behindern.

#### 4.3. Nomadisierende Bäume

"Mit dem Ziel, uns von unserem Land zu entwurzeln, haben die Behörden damit begonnen, mehr als 1000 Olivenbäume der Familie von Ahmed Abu Darwisch mit Baggern auszureissen. Die Familie ist eine der vielen, die im Jahr 1952 gezwungen worden waren, ihr Land zu verlassen. Im Jahr 1975 konnte sie zwar mit dem Einverständnis der 'Israel Land Authority' zurückkehren, aber die Behörde lässt nicht zu, dass die Menschen von Laqiya eine starke Beziehung zu ihrem Land entwickeln(74)."



Von seiten der arabisch-beduinischen Bevölkerung des Negev wurde wiederholt der Wunsch geäußert, Siedlungen nach dem Vorbild der genossenschaftlichen Moshavim gründen zu dürfen(75). Alle Anfragen wurden abgelehnt. Begründet wurden die Absagen damit, dass es nicht genug Wasser gebe, dass der landwirtschaftliche Sektor in Israel in einer Krise stecke und der Staat es sich nicht erlauben könne, in landwirtschaftliche Projekte zu investieren, und dass Beduinen mit moderner Agrikulturtechnologie wohl sowieso nicht zu Rande kommen würden. Erst in letzter Zeit zeigten die Behörden ein gewisses Interesse an der Idee beduinischer landwirtschaftlicher Siedlungen. 1988 erschien eine vom Amt für Arabische Angelegenheiten in Auftrag gegebene Studie, in der die Errichtung landwirtschaftlicher Siedlungen für Beduinen befürwortet wurde, mit der Einschränkung allerdings, dass sie nicht auf moderner Agrikultur beruhen sollen, sondern auf traditioneller beduinischer Landwirtschaft, damit sie die jüdisch-israelischen Landwirtschaftsbetriebe nicht konkurrenzieren... (Maddrell und al-Grinawi 1990:15-16).

1992 erarbeitete die 'Association for Support and Defence of Bedouin Rights in Israel' einen alternativen Masterplan für die Region, der im wesentlichen zwei Entwicklungsbereiche vorsieht. Zum einen sollen die Pläne für die existierenden Plansiedlungen überarbeitet, und ihr Gerichtsbarkeitsbereich soweit ausgedehnt werden, dass Familien, die sich ausserhalb dieses Bereichs niedergelassen haben, eingeschlossen werden. Das neue Planungskonzept sieht zudem diversifizierte Wohn- und Arbeitsformen, wie Nachbarschaften, die voll auf Landwirtschaft gründen, Nachbarschaften mit Möglichkeiten zur Landwirtschaft als Nebenverdienst, und reine Wohnnachbarschaften vor. Zum andern sollen zwölf bereits bestehende aber als illegal bezeichnete Siedlungen anerkannt und in den staatlichen Entwicklungsprozess integriert werden. Dazu sollen zwei Dörfer für Schafhirten und ihre Familien gegründet werden. Diese Siedlungen sollen, entweder als Ganze oder zumindest in Teilen, Dorfcharakter bewahren ('Association' 1992b:3-4).

Die 'Association' ist überzeugt, dass ihr Plan, im Gegensatz zur Siedlungspolitik der Regierung, den Wünschen der Mehrheit der beduinischen Bevölkerung entspricht. Sie stützt sich auf die Resultate einer Umfrage, die sie 1992 von einem Meinungsforschungsinstitut durchführen liess. ('Association' 1992a). Laut dieser Umfrage würden es 70% der beduinischen Bevölkerung vorziehen, in landwirtschaftlichen Siedlungen zu leben, 22% ziehen urbane Siedlungen vor, 8% wünschen sich Dörfer für Schafhirten. Von denjenigen, die heute in nicht-erkannten Siedlungen leben, ziehen sogar 82% landwirtschaftliche Siedlungen vor, bei den Befragten aus Plansiedlungen sind es rund zwei Drittel. Nur noch ein Teil der beduinischen Bevölkerung kann aber heute noch Landwirtschaft betreiben, und nur noch wenige Familien können ihr eigenes Land bewirtschaften. Alle anderen, die 1952 umgesiedelt worden waren und dadurch ihr Land verloren, müssen heute dieses Land vom Staat pachten.

Auch Kibbutzim und Moshavim pachten ihr Land vom Staat. Allerdings pachten sie es für jeweils 49 Jahre und die Verlängerung der Verträge ist eine blosse Formsache. Arabisch-beduinische Familien müssen sich jedes Jahr neu um ein Stück Land bewerben. Die Pacht gilt nur für jeweils eine Saison, das heisst für sechs Monate im Jahr. Jedes Jahr wird ihnen zudem, falls sie überhaupt Land bekommen, ein anderes Landstück zugeteilt. Unter diesen Umständen ist eine kontinuierliche Bewirtschaftung und Pflege des Bodens unmöglich. Auch bei der Zuteilung von Wasser werden die beduinischen Pächter benachteiligt. Während alle Kibbutzim und Moshavim über feste Wasserquoten verfügen, erhalten beduinische Bauern bis auf ein paar wenige Ausnahmen kein Wasser zur Bewässerung ihrer Felder (Maddrell und al-Grinawi 1990:12). Für Weideland beträgt die Pachtdauer sogar nur vier bis fünf Monate, wiederum ohne Garantie auf Verlängerung. Auch hier gibt es meist keine Wasserzuteilung. Erklärtes Ziel der Behörden ist es, die Schaf- und Ziegenherden der Beduinen und die Weideflächen zu reduzieren. Eine überraschend offene Erklärung zu den Pachtbedingungen für beduinische Pächter gab ein Beamter der 'Israel Lands Administration', Amos Muqadi, einem israelischen Journalisten gegenüber ab:

"(..) the policy aims to sever the tie between the beduin and the land, and (...) every legal means available is utilized to this end. (...) there is no intention, there was no intention and there will be no

intention to give the beduin water for agricultural irrigation (..) (nach Maddrell und al-Grinawi 1990:24).

Das Bild des ausgerissenen Olivenbaumes hat vor dem Hintergrund des bis anhin Geschriebenen an Tiefe gewonnen. Der lakonische Text, der das Bild begleitet, tönt eine Geschichte an. Aber immer noch bleibt vieles bruchstückhaft.

In einer Anmerkung bei Maddrell und al-Grinawi findet sich eine weitere Spur der Geschichte des Baumes, der ausgerissen wird, und der Familie von Ahmed Abu Darwisch, die ihn gepflanzt hatte. Die Qedirat as-Sanic, der Stamm, zu dem die Familie Abu Darwisch gehört, wurden nach dem Krieg von 1948 von ihrem Land in Zumarah, etwa 25km nordwestlich von Beersheba, vertrieben und auf ein anderes Landstück des Stammes in Laqiya umgesiedelt wurden. Von Laqiya wurden sie erneut vertrieben, diesmal über die Grenze in die Westbank. Nachdem die Qedirat as-Sanic die Erlaubnis erhalten hatten, über die Grenze nach Laqiya zurückzukehren, wurden sie abermals umgesiedelt, diesmal nach Tel Arad in der Nähe des Toten Meeres. In Tel Arad gab es für die Vertriebenen anfänglich weder Häuser noch Wasser und Strassen. 1975 nahm ein Teil des Stammes ein Angebot der Behörden an, wieder nach Laqiya zurückzukehren (Maddrell und al-Grinawi 1990:23 Anm.32).

Ihre Odyssee aber scheint heute noch nicht beendet. Zwar werden jetzt nicht sie "umgesiedelt", wohl aber ihre Olivenbäume. Denn der Baum, der hier ausgerissen wird, wird andernorts wieder eingepflanzt werden. In Israel werden keine Bäume weggeworfen. Aber sie dürfen nicht von Arabern gepflanzt worden sein. Wo es keine israelischen Bürger und Bürgerinnen gibt, gibt es auch keine israelischen Bäume. Sie sind entweder arabisch oder jüdisch. Und da es im Land ohne Volk für das Volk ohne Land kein arabisches Volk geben darf, darf es auch keine arabischen Bäume geben.

Dieses Motiv vom "Land ohne Volk"(76) zieht sich durch die gesamte zionistische Landnahmepolitik. Aussagen wie die, dass Palästina, neben Ägypten, Anfang dieses Jahrhunderts eine der höchsten Bevölkerungsdichten der Region aufwies(77), wird von so mächtigen Stimmen wie der Ben-Gurions übertönt, der 1971 in "Erinnerung und Vermächtnis" schrieb:

"Die erste Aliyah kam in ein menschenleeres, hier und dort mit elenden Hütten bebautes Land. Jerusalem war ein verfallenes Dorf, wo Slums mit vernachlässigten Denkmälern abwechselten. Die Erde Palästinas trug so gut wie nichts und seine Bewohner waren in der Hauptsache wandernde Stämme, die ohne Grenzen zu beachten die verödeten Teile des Nahen Ostens durchzogen" (nach Waltz und Zschiesche 1986:38).

Die Darstellung von Kliot und Medzini, die von den sogenannten "spontanen" Siedlungen als einem Phänomen sprechen, das Anfang der fünfziger Jahre seinen Anfang nahm, als die Beduinen "begannen sich auszubreiten" (Kliot und Medzini 1985:429), entspricht diesem Motiv des "leeren Landes". Dass die beduinische Bevölkerung, bevor sie sich wieder ausbreitete, von ihrem Land vertrieben und in einem Sperrgebiet festgehalten worden war, dass also der Negev vor 1948 keineswegs "leer" gewesen war, muss verschwiegen werden, soll der Mythos vom Land ohne Volk nicht wie eine Seifenblase zerplatzen. Ist das Land nicht nur nicht unbewohnt, sondern wird es sogar - von "Fremden" - bebaut, gerät der Kern der israelischen Staatlichkeit ins Wanken. Damit wird klar, weshalb die - schon unwillig gewährten - Pachtverträge für die beduinischen Bauern und Hirten auf sechs Monate beschränkt sind, die Verträge für die Kibbutzim, mit Verlängerungsgarantie, aber auf 49 Jahre laufen. Pflanzen wie Olivenbäume, die erst nach Jahren Frucht tragen, und die eine langjährige Bindung an den Boden bedeuten, dürfen unter keinen Umständen angepflanzt werden. Dass die beduinische Bevölkerung überhaupt Land pachten darf, läuft der Landpolitik des 'Keren Kayemeth LeIsrael' schon zuwider. Ob die Petition der 'Association for Support and Defence of Bedouin Rights' vor dem Hintergrund der heutigen rechtlichen Lage, das heisst der Eigentumsverhältnisse und der Landrechtsbestimmungen, die so weitgehend durch die Politik des 'Keren Kayemeth' geprägt sind, überhaupt eine Hoffnung auf Verwirklichung hat, ist fraglich. Aus den Ausführungen Levi Eshkols gehen die Aufgaben

des 'Keren Kayemeth' klar hervor (Davis und Lehn 1978:17-19), und auch der Auftrag der 'World Zionist Organization' ist eindeutig (Davis und Lehn 1978:14-15). Die beduinische Bevölkerung ist sich im klaren über die Wirkung des Bäumepflanzens als Mittel zur Anmeldung eines Landanspruchs. Diese Bäume stehen für zwei gegensätzliche Wirklichkeiten, für zwei gegensätzliche Rechtsauffassungen. Was für die zionistischen Aufkäufer legaler Landkauf war, ist in den Augen der beduinischen Bevölkerung ein "Akt legalen Landraubs" (Diner 1980:35-36). Auf den letzten überresten dessen, was einst ihre Lebensgrundlage war, versuchen sie nun, Zeichen zu setzen, Zeichen, die bedeuten, dass das Land weder unbewohnt ist noch brach liegt. In diesen Bäumen konzentriert sich der Kern des Konfliktes zwischen den israelischen Behörden und der arabisch-beduinischen Bevölkerung des Negev, die Landfrage. Damit wird hier, in einem "Randgebiet" und von einer "randständigen" Bevölkerungsgruppe, die Frage gestellt, die der Schlüssel zum Verständnis der israelischen Staats- und Gesellschaftsform ist (vgl. Diner 1980:22).

## IV ZEICHEN

Der Grund, auf dem sich die beduinische Wirklichkeit entfaltet, ist nach obigen Ausführung nun klarer umrissen. Es fällt schwer, immer noch an behördliche Nachsicht und Absichtslosigkeit in Landfragen zu glauben, zumal die beschriebenen Entwicklungen und Umstände nicht in ferner Vergangenheit angesiedelt sind. Trotzdem sollen die strittigen Punkte, das heisst die Frage nach der Gewalttätigkeit bzw. Sorgsamkeit staatlichen Handelns, der Rolle der Arbeit im vorliegenden Konflikt und dem bestrittenen bzw. behaupteten Ziel der Landnahme durch den Staat im Folgenden noch genauer untersucht werden.

Der beduinische Alltag ist bestimmt durch strukturelle und aktuelle Gewalt, durch Ausgrenzung aus Ökonomie und Gesellschaft und vor allem durch eine mit allen Mitteln vorangetriebene Landenteignungspolitik. Damit ist, wie Barthes dies fordert, benannt, was in den vorangestellten Artikeln der israelischen Sozialwissenschaftler zur Ansiedlung der beduinischen Bevölkerung des Negev beinahe exemplarisch entnannt worden ist. Hier finden sich, und die genannten Texte stehen nur stellvertretend für eine ganze "Realitätsschreibung", alle Merkmale, die nach Barthes den Mythos, das Zeichen, charakterisieren: Verschiebungen - nicht das staatliche Handeln ist gewaltsam, sondern die gefährlichen, unberechenbaren Beduinen, die den Naturraum des Negev schädigen -; Beschönigungen, wie die gängige Beschreibung der blühenden Kibbutzim in blühender Wüste; Verschleierungen, wie die Gewaltakte der 'Green Patrol'; Halbwahrheiten, wie die Enteignungsverfahren, die Recht in den Dienst der Politik stellen. Wird dieser Prozess der Entnennung benannt, wie beispielsweise in der Kritik Falah's, muss, da das Zeichen niemals einfach lügt, ein Ausweg gefunden werden. Nicht der Inhalt der Kritik wird in erster Linie angegriffen, sondern die Person, die diese Kritik äussert. Im konkreten Fall: Falah ist unglaubwürdig; seine Arbeit hält wissenschaftlichen Kriterien nicht stand; er ist voreingenommen. Im Kern dieser Entwertung steht die unausgesprochene Behauptung, dass Falah unglaubwürdig ist qua seiner Abstammung. Falah ist Araber, arabischer Israeli, und damit wird auch er in den Sog des Entnennungsprozesses, dem die ganze arabisch-israelische Bevölkerungsgruppe ausgesetzt ist, hineingezogen - und mit ihm seine Kritik. Diesem Sog kann nur entrinnen, wer die Zeichen aufbricht und ihre Entstehungsgeschichte und ihr Wirken offenlegt. Der Baum auf dem vorgestellten Bild ist ein solches Zeichen, gebildet aus weiteren Zeichen wie der 'Green Patrol', dem Zeichen für Gewalt und ihrer Verschleierung, den Kibbutzim, den Zeichen für Arbeit und Ausgrenzung, und dem Land selbst, Zeichen für Verwurzelung und Vertreibung, Zugehörigkeit und Ausgestossensein, für Segregation und Gemeinschaft.

### 1. ZEICHEN FÜR ZEIT

Zeichen sind, so Barthes, doppeldeutig, Form und Sinn decken sich in ihnen nicht. Der Form nach ist die 'Green Patrol' eine Naturschutzorganisation, und die Kibbutzim stellen der Form nach die Verwirklichung sozialistischer Ideale dar. Ihr Sinn aber besteht im Unkenntlichmachen bestimmter Prozesse, auf die sie hinweisen und von denen sie ablenken. Diese Doppeldeutigkeit wird weder im Zeichen 'Green Patrol' noch im Zeichen Kibbutz rundweg verleugnet, aber das Wissen darum bleibt undeutlich und konfus, es verschwindet hinter Masken von "gewalttätigen Arabern", die immer, ewig anders sind und hinter phantastischen, phantasierten "blühenden Wüsten", die aus der Kraft "eigener Arbeit" geschaffen wurden (vgl. Barthes 1964:96-112).

Widersprüche, Unstimmigkeiten glätten sich in den Zeichen, 'Green Patrol' und Kibbutzim bieten der Welt eine glänzende, spiegelnde Fassade an. Zweifel werden keine geduldet, Fragen keine gestellt. Ihren Zweck, die arabisch-beduinische Bevölkerung des Negev zum Verschwinden zu bringen, erfüllen sie so effizient wie diskret. Gleichzeitig bringen sie auch die Geschichte des Negev zum Verschwinden und mit ihr seine Gegenwart (Barthes 1964:140-146). Dieses Verschwindenlassen geschieht in allen Bereichen des sozialen Lebens, in der Gesetzgebung(78) wie in der Politik, in der Raumplanung wie in der Wirtschaft.

Auch in wissenschaftlichen Publikationen verschwindet die beduinische Bevölkerung des Negev, verbirgt sich der Prozess der Landnahme. Da zum Beispiel, wo die Entwicklung der

Negevregion und ihrer "Neuen Städte" diskutiert wird und die beduinische Bevölkerung mit keinem Wort Erwähnung findet(79). Das politische Ziel der Landnahme verschwindet aber auch hinter einem "objektiv-wissenschaftlichen" Gebaren(80). Falah spricht in diesem Zusammenhang von einer "De-Arabisierung" der israelischen Sozialwissenschaften (Falah 1989:535). Oft genügt ein Wort, eine Silbe, um den Texten die entscheidende Wendung zu geben. Aus der zionistischen Kolonisation Palästinas wird "the renewed Jewish settlement", aus der Landenteignung ein "pioneering endeavour"(81). Ein Beispiel für die Wirkungsweise solch "objektiv-wissenschaftlicher" Formulierungskunst bietet eine Studie zum inter-ethnischen Kontakt zwischen arabischen Arbeitern aus der Westbank und ihren jüdisch-israelischen Arbeitskollegen (Amir et al. 1985). Die Studie gipfelt in der Erkenntnis, dass die Haltung der Araber gegenüber den Israeli grundsätzlich negativ ist. Warum dies so ist, können sich die Autoren und die Autorin nicht erklären. Allerdings wissen sie:

"Wages in Israel have always been higher than in the occupied areas" (Amir et al. 1985:71).

Zu den grundlegenden sozio-ökonomischen Bedingungen, denen die arabischen Arbeiter aus der Westbank unterworfen sind, verlieren die Autoren und die Autorin kein Wort.

Die wissenschaftlichen Texte zum Thema geben sich durchwegs einen Anstrich der Neutralität, der Absichtslosigkeit, unterstützen aber durchgehend die herrschende Ideologie. Weicht ein Autor von dieser Linie ab, wird ihm unwissenschaftliches Arbeiten vorgeworfen, ein Vorwurf, dem sich auch Falah in der Kontroverse mit Kliot, Medzini, Soffer und Bar-Gal ausgesetzt sieht. Interessant ist die Reaktion Falahs auf die Vorwürfe. Zwar bezichtigt er seinerseits seine Kritiker der Unwissenschaftlichkeit (Falah 1985:440,449), aber er deklariert gleichzeitig offen sein Eigeninteresse in der diskutierten Frage, indem er sich als arabischer Bürger Israels als Betroffener zu erkennen gibt. Damit trifft er ein Kernproblem im Umgang mit Zeichen, das Barthes auf den Nenner bringt, dass "der Mythos eine entpolitisierte Aussage" sei (Barthes 1964:131). Mit ihrem Anspruch auf Objektivität, Absichtslosigkeit und Distanziertheit, dem sie bei näherer Überprüfung nicht standhalten, enthüllen die erwähnten "wissenschaftlichen" Arbeiten ihren Mythos- beziehungsweise Zeichencharakter. Sollen sie entlarvt, das heißt entschlüsselt werden, müssen sie, wie dies Falah tut, wieder politisiert werden, muss sich in ihnen das Eigeninteresse zu erkennen geben.

Das gleiche Problem stellt sich im Bereich der Gesetzgebung. Die herrschende Macht legalisiert ihre Aneignung von Land mit dem Erlass neuer Landgesetze (Diner 1980:84). Die beduinische Bevölkerung, die sich an ihre eigene Rechtsauffassung hält, steht unvermittelt ausserhalb des jetzt geltenden Rechtes. Was an sich ein politischer Konflikt ist, wird zu einem juristischen Problem. Mit andern Worten, die politische Opposition wird kriminalisiert (Adam 1983:17). Damit wird der arabisch-beduinischen Seite des Konfliktes die Rolle der Gewalttäter zugeschoben, hinter der die primäre Gewalttätigkeit der zionistischen Landnahme verschwindet. Diese "kriminellen Gewalttäter" zwingen die Rechtsordnung, sich zu verteidigen. Damit legitimiert sie sich aus dem Feind, den sie sich selbst geschaffen hat.

In Berl Lockers Rede von 1950 (nach Davis und Lehn 1978:5-6) schimmert das Bewusstsein über die Notwendigkeit einer andauernden Krise für die zionistische Landnahmepolitik durch, wenn er davon spricht, dass die zionistische Bewegung immer eine Bewegung bleiben muss, dass sie nie zum Stillstand kommen darf.

Der Landnahmeprozess versteckt sich aber nicht nur hinter ungenauen Formulierungen und Auslassungen, hinter wissenschaftlicher Absichtslosigkeit und juristischen Vorspiegelungen, er versteckt sich auch hinter architektonischen Entwürfen von Gartenstädten, die mit ihren schmucken, eingeschossigen Häuschen und ihren ausgedehnten Grünflächen vorab ein soziales Gepräge haben, die aber in erster Linie den Zweck erfüllen, eine möglichst ausgedehnte Landfläche zu besetzen(82). Trotz aller Maskierungen und Verschleierungen bleiben die Zeichen aber lesbar, und ihre Herkunft und ihre Ausrichtung bleiben erkennbar. Prinzipien und Strategien, die zu Beginn des Jahrhunderts entwickelt wurden, wirken unvermindert im heutigen Alltag weiter(83).

Was auf den ersten Blick ein Aufarbeiten von Geschichte zu sein scheint, entpuppt sich letztlich als Aufarbeiten von Gegenwart. Gleichzeitig zerfallen sowohl Geschichte wie Gegenwart in endlose Schichten von Absichten und Täuschungen. Übrig bleibt eine "spürbare

Abwesenheit" (Barthes 1964:131). Abgeleitet aus dem Begriff der "Doppelstruktur" im ökonomischen und rechtlichen Sinn - Diner benutzt sogar den Begriff des "Doppelstaates"(84) (Diner 1980:84) -, kann von einer "Doppelstruktur der Wahrnehmung" gesprochen werden. In dieser doppelten, weil geteilten Wahrnehmung bietet nichts den Prozessen der Landnahme, der Ausgrenzung und dem Verschwindenlassen der "anderen" mehr Schutz als die Gewöhnung, die Normalität.

In seiner Dokumentation über den israelischen Medienalltag aus den Jahren 1974 und 1975 hält Israel Shahak, seit 1970 Vorsitzender der 'Israelischen Liga für Menschenrechte', fest, wie sehr Besatzung, Enteignung, Verdrängung und Verleugnung das Leben in Israel prägen (Shahak 1977). Shahak schreibt:

"(..) das kollektive Lügen ist meiner Meinung nach der flagranteste Fall dessen, was man vor etwa dreissig Jahren "den Verrat der Intellektuellen" nannte oder was George Orwell in einer einfacheren Sprache in "Animal Farm" beschrieb - 'Alle Tiere sind gleich, aber einige Tiere sind gleicher als andere'" (Shahak 1977:4).

Er fährt fort

"(..) entweder wird der Kampf gegen die Unterdrückung jener Menschen, die in Israel "Nichtjuden" genannt werden, seinen rechtmässigen Platz bei den Kämpfen der ganzen Menschheit gegen alle Formen der Unterdrückung - von Individuen oder Gruppen - finden, oder der Kampf gegen alle Formen der Unterdrückung wird überhaupt diskreditiert werden und hoffnungslos bleiben" (Shahak 1977:5).

Der Kampf gegen die Unterdrückung anderer ist letztlich der Kampf gegen die eigene Unterdrückung. Tatsächlich zeigt sich dies aber erst, wenn die Geschichte und das Ausmass einer solchen Unterdrückung offengelegt, wenn das Entnannte wieder benannt ist.

## 2. ZEICHEN FÜR RAUM

Entnennung... und Beziehung: wo es den Zeichen 'Green Patrol' und Kibbutz mehr oder weniger gelingt, ihre äussere Hülle unversehrt zu halten, drängt im Zeichen Baum das Ringen zwischen Form und Sinn mit aller Macht an die Oberfläche. Zu unsinnig scheint das Pflanzen, Ausreissen und Wiederpflanzen ein und desselben Baumes. In diesen Baum sind zwei Geschichten geschrieben, zwei Welten, zwei Wirklichkeiten. Wie nur ist es möglich, dass die eine in der anderen verschwindet? Es genügt doch, nur ein wenig die Oberfläche anzukratzen, um beide sichtbar zu machen...

Genauso erstaunlich ist, wie Yoram Binur, ein israelischer Journalist, in seinem Buch 'My Enemy, My Self' (Binur 1990) von seiner Wallraffiade im "Hinterhof" Israels berichtet. Als palästinensischer Arbeiter verkleidet erforscht er die Schattenseite der israelischen Arbeitswelt. Aber nicht was er berichtet, sondern wie er dies tut, verwundert. Was an jeder Strassenecke in den Städten, vor jedem Strassencafé, bei jeder Lagerhalle, an allen Kreuzungen sichtbar ist, sichtbar wäre, sieht Binur erst, nachdem er sich eine Keffeyeh umgelegt hat. Er entdeckt völlig erschüttert eine Welt, die er zuvor nicht wahrgenommen hat - als ob er sich mit der Keffeyeh auch eine neue, andere Brille aufgesetzt hätte. Aus bisher Unsichtbaren werden Menschen aus Fleisch und Blut, manche arabische Israeli, manche Palästinenser aus der Westbank und aus Gaza.

Die Verschleierungskraft der Zeichen mag die Verzerrungen und Auslassungen in der Geschichte erklären, aber sie genügt nicht, um ihre Wirkung in der Gegenwart, die Kraft, mit der ganze Welten zum Verschwinden gebracht werden, zu erfassen. Für Douglas ist der Baum ein Zeichen, das als Symbol für eine Beziehung, genauer für eine Kette von ineinander verschachtelten Beziehungen steht. Der Prozess, deutbar unter den Aspekten der Selektion, der Wahrnehmung, der Strukturierung und der Kommunikation, der zu diesen Schichten von Beziehungen führt, wird dabei selbst durch eine dieser Beziehungen, das Spannungsfeld zwischen Individuum und Gesellschaft, vorangetrieben (Douglas 1973:112). In einer andern Schicht dieses Beziehungsgewebes lassen sich Positionen von Ordnungsvorstellungen, die

einander gegenüberstehen und die einander gleichzeitig bedingen, wie zum Beispiel Schmutz und Reinheit, normal und abnormal, Kultur und Natur ausmachen.

Diese Ordnungsvorstellungen kreisen letztlich um zwei Kernpositionen, innen und aussen oder, anders ausgedrückt, um ich und nichtich. Aus dem Zusammenspiel dieser Ordnungsvorstellungen entwickelt sich die Idee von Gesellschaft und damit das grundlegende Prinzip sozialer Kontrolle. Besonders verwundbar, und deshalb hier besonders auf Abwehr bedacht, ist dieser Symbolierprozess mit seinen Zeichenketten an den Grenzen zu anderen Symbolierprozessen, anderen Zeichenketten (Douglas 1966:114,121-122,157). Alles, was nicht ins "Bild" passt, muss ferngehalten werden, da es die Ordnung gefährdet. Gleichzeitig aber ist das "Andere" konstitutiv für eben diese Ordnung, für eben dieses "Bild" (Douglas und Wildawsky 1982:7,10).

Hier enthüllt der Symbolierprozess seine ambivalente Kraft. Indem er Ordnung schafft, droht er gleichzeitig, sie zu zerstören. Ort der grössten Gefährdung ist mithin die Grenze zwischen Ordnung und Unordnung, Form und Formlosigkeit, im Grunde also der Symbolierprozess und seine durch ihn entstandene Ordnung selbst. Die Grenze zwischen Schutz und Gefahr, zwischen Angst und Sicherheit, zwischen innen und aussen zieht sich mitten durch die Gesellschaft, mitten durch die Menschen - mitten durch den Baum.

Die offensichtlichste Manifestation von Grenzziehung ist, im Negev wie andernorts, die Staatsgrenze. Allerdings nimmt diese Grenze in Israel eine besondere Gestalt an. Diner zeigt auf, dass die Grenze hier wegen der mangelnden Ausbildung rechtsstaatlicher Strukturen nicht die Form einer linearen, rechtsförmigen Grenze ("boundary") annimmt, sondern ein stofflich konkreter, nach aussen gerichteter Grenzzaum ("frontier") ist (Diner 1980:97). Diese stoffliche Grenze ist das Resultat fehlender zwischenstaatlicher Anerkennung, und sie kann nur über dauernde physische Präsenz und Gewaltanwendung erhalten werden (Diner 1980:98).

Die Gewalt richtet sich aber nicht nur nach aussen, auch die im Grenzzaum lebende Bevölkerung ist von der Gewaltsamkeit dieser Grenzziehung, die quer durch Dörfer, Familien und Felder führt, betroffen. Für die arabisch-beduinische Bevölkerung des Negev bedeutet die Abgrenzung gegen Jordanien und Ägypten das Zerschneiden von Verkehrswegen und Handelsnetzen, die weit in den Sinai und auf die arabische Halbinsel geführt hatten. Für die beduinische Gesellschaft mit ihren immer noch wachen Vorstellungen von einem "Magam Mgarir", einer beständigen Mitte, und von offenen, wechselnden Grenzverläufen, sind solche "Barrieren" eine Monstrosität. Der Geschichtenerzähler Salim Alafenisch, dessen Familie sich in Rahat niedergelassen hat, schildert in seinem Buch "Das Kamel mit dem Nasenring" (Alafenisch 1990) die Verwirrung und den Kummer, die der Besuch Abrams, des israelischen Militärgouverneurs, im Zeltlager seiner Stammesangehörigen auslöst.

"Er teilte dem Scheich mit, dass das Stammesgebiet, die rote Erde, für militärische Zwecke gebraucht werde.

'Was hat das zu bedeuten?' fragte der Scheich.

'Ihr bekommt ein anderes Gebiet zugewiesen' erwiderte der Offizier.

'Dies ist das Land unserer Vorfahren! Hier sind wir geboren!,' wehrte sich der Scheich.

Abram zuckte die Schultern: 'So sind die Bestimmungen!'

Alle Überredungskünste des Scheichs fruchteten nicht. Wir wurden gezwungen, unsere Zelte abzuschlagen und die rote Erde zu verlassen. Der Abschied war bitter.

Die Stammesbewohner mussten in eine karge, regenarme Gegend umsiedeln, und unsere rote Erde wurde einem Kibbutz zugeschlagen.

Nach der Umsiedlung erschien der Offizier mit weiteren Anordnungen: 'Die Militärverwaltung hat neue Bestimmungen erlassen. Die neuen Stammesgebiete werden zu Reservaten erklärt. Die Strasse, die zur Siebenbrunnen-Stadt(85) führt, bildet die Grenze zwischen den beiden Stammesreservaten. Weder Mensch noch Tier dürfen die Grenze ohne Erlaubnis überschreiten. Wer den Bestimmungen zuwiderhandelt, wird bestraft!'

Niedergeschlagenheit verbreitete sich in den Zelten. Ein Greis in der Männerrunde erhob sich: 'In meinem langen Leben habe ich viel gesehen und erlebt, doch solch ein Unheil hat noch keiner über uns gebracht. Die Grenzen schnüren uns den Hals zu!'

Der Alte hob seine knochige Hand und zählte an den Fingern ab:

'Die eine Grenze schneidet uns von den Nachbarstämmen ab, die andere Grenze trennt uns von der roten Erde, und dann gibt es noch die Staatsgrenze! Grenzen! Nichts als Grenzen!'

'Was sind das nur für Zeiten, in denen die Söhne der Wüste angepflockt sind wie die Esel?' stöhnte der Scheich.

'Braucht das Brautkamel einen Passierschein, um die Braut aus dem benachbarten Zeltlager zu holen?' Erkundigte sich ein junger Mann.

'Du hast doch gehört, dass weder Mensch noch Tier die Grenzen überschreiten dürfen!' erwiderte der Kadi.

'Und wie bringen wir das Opfer dar auf dem Grab des Stammesahns?'

"Der Darwisch, der mein Kind geheilt hat, wohnt jenseits der Grenze!" jammerte eine Frau.

'Und wie kommen wir zu dem Blutrichter, wenn es einen Streitfall gibt?'

Der Scheich zuckte mit den Schultern: 'Ihr stellt Fragen, auf die ich keine Antwort weiss!' Zornentbrannt warf er die Feuerzange zu Boden.

'Es ist schwer genug für uns Wüstensöhne, drei Grenzen auseinanderzuhalten. Doch wie sollen wir das den Tieren beibringen? Was versteht das Kamel schon von einer Grenze, ganz zu schweigen von dem Esel?'

Zahllose Augenpaare starrten ihn erschrocken an. Das laute Jammern mündete in Schweigen" (Alafenisch 1990:73-75).

Der Prozess der Grenzziehung tritt in anderer Gestalt auch als "soziale Grenze" (Diner 1980:103) auf. Sie materialisiert sich am Boden da, wo grünes, kultiviertes Land an braune, brachliegende Flecken stösst. Kultivierte Fruchtbarkeit grenzt sich ab von öder Wildnis. Die Grenze zwischen "jüdischem" und "arabischem" Land ist gleichzeitig die Grenze zwischen Kultur und Natur, zwischen Ordnung und Wildnis. Moshe Dayan beschreibt seinen Vater Shmuel:

"Shmuel betrachtete Palästina als ein trostloses, ödes Land. Er sah um sich nur Unkraut, Dornen und Disteln, wildes Gras, Sand und Sumpf, Fels und Stein. Die Araber gehörten für ihn zu dieser Wildnis wie die Moskitos, Insekten und wilden Tiere. Deshalb waren sie vergänglich. Ebenso wie man das wilde Gras und die Dornensträucher niederbrennen und die Sümpfe trocken legen würde, würden die von Krankheiten heimgesuchten und hungernden Beduinenstämme verschwinden" (nach Diner 1980:104).

Die israelischen Pioniere trieben die Wildnis immer weiter zurück, gemeinsam dehnten sie die Grenze immer weiter aus und bezeichneten das für die Zivilisation eroberte Land mit Grün. Durch die Gemeinschaftlichkeit ihrer kollektiven Siedlungsformen grenzten sie gleichzeitig die Bewohner und Bewohnerinnen der Wildnis aus der Staatsökonomie und dem gesellschaftlichen Zusammenhang aus (Diner 1980:88-789). Letztlich ist die Grenze überall dort anzutreffen wo Araber und Araberinnen sich aufhalten. Grenze als Ausdruck des exklusiven zionistischen Ansiedlungsprojekts existiert also nach aussen wie im Inneren. Nach aussen als Demarkationslinie, nach innen als Position. Dabei wirkt "Grenze" als Ausdruck von Ausgrenzung auch im psychischen Bereich. Auch in diesem Sinn sind die 'Green Patrol', die Kibbutzim und die Bäume Zeichen der Ausgrenzung. Wo immer sie auftauchen, wo immer sie stehen und wo immer sie ausgerissen werden, bedeuten sie der beduinischen Bevölkerung: "Ihr gehört hier nicht hin". Die Beduinen gehören nicht auf das Land, sie gehören nicht in die Städte, sie gehören nicht "dazu". Sie sind nicht Teil der israelischen Ordnung - also sind sie gegen sie. Sie sind "abnormal", "schmutzig", "fremd". Alles "Abnormale", "Fremde" aber impliziert Krankheit, Wahnsinn und Zerstörung (Douglas und Wildawsky 1982:35-36).

Wo aber Ausgrenzung ist, ist auch Eingrenzung. Diese Eingrenzung äussert sich in einer Art "Sicherheitsreligion", die aus einem Denkmuster besteht, in dem sowohl die äussere Gefahr als auch die eigene Macht, diese Gefahr abzuwehren, als beinahe unbegrenzt wahrgenommen werden(86). All diese Grenzen und ihre Wirkung auf die Bevölkerung Israels, die arabische wie die jüdische, die in einer "Doppelvorstellung" von der eigenen masslosen Macht verbunden mit den masslos feindlichen "Anderen" auf der einen Seite und der Vorstellung von einem übermächtigen, böswilligen Schicksal und einer tiefen eigenen Schuld und Minderwertigkeit auf der anderen Seite gipfelt, weisen auf ein Phänomen hin, das dem

Konzept von Douglas, wonach jede Gesellschaft ihre eigene Gefahr, ihren eigenen Feind schafft, entspricht (Douglas und Wildawsky 1982:7,10.). Die Grenze führt tatsächlich mitten durch.

In der Welt der Phänomene ist der Baum, wie sich mit den Modellen von Barthes und von Douglas aufzeigen lässt, Zeichen für Zeit, wie er auch Zeichen für Raum ist. Gleichzeitig wird er durch die Unwandelbarkeit der Handlungen zum Ausdruck des Unbeweglichen, zum Zeichen der Zeitlosigkeit und durch die Verleugnung des Anderen zum Zeichen der Leere, des Nichtexistierens. Damit ist er Zeichen der Entnennung. Er ist als Teil einer Zeichenkette Zeichen für Beziehung - und damit gleichzeitig für Beziehungslosigkeit. So wie in ihm das "Wir" entsteht, entsteht in ihm auch das "Sie", "die Anderen". Der Baum ist damit Zeichen für Grenze, unerlässlich um einen "Anschein von Ordnung" (Douglas 1966:4) zu erwecken. Die Ansätze von Barthes und von Douglas zeigen mit ihren Begriffen der Entnennung und der Beziehung zwei grundlegende Aspekte des Zeichens auf, die für unser Denken, für unsere Sprache und für unsere Konflikte bestimmend sind.

Offen bleibt aber hier die Frage, welcher Aspekt des Zeichens, der trennende oder der verbindende, letztlich "tonangebend" sein soll. Beides ist möglich, denn das Zeichen selbst führt über die phänomenale Welt, über diese scheinbare Ordnung, hinaus in einen Bereich, in dem nicht mehr zwischen gestern und heute, hier und dort, unterschieden werden kann.

## AUSKLANG

### I

"Die Vergangenheit ist lebendig, überall und soll es auch sein. Aber ich glaube, die Vergangenheit sollte keine Macht über die Menschen haben. Wir sollten die Vergangenheit nutzen, statt uns von ihr beherrschen zu lassen. Ein Mensch oder ein Volk, das sich von seiner Vergangenheit beherrschen lässt und glaubt, die Geschichte sei dazu verdammt, sich fortlaufend zu wiederholen, wird erleben, dass sie es tut, weil man es von ihr erwartet. Das müsste jedoch nicht so sein, Geschichte muss sich nicht wiederholen. Darum glaube ich, Juden, Araber, Deutsche, Schweizer, wir alle sollten uns wehren dagegen, dass die Vergangenheit von uns Besitz ergreift. Nicht, indem wir sie vergessen, nicht, indem wir sie verdrängen, sondern indem wir uns bewusst machen, dass die Vergangenheit uns gehört und nicht wir ihr" (87) (Amos Oz 1992:59).

### II

Nachtrag I: Am 11. September 1993 gehen zwei Briefe durch die Weltpresse: der Brief Yassir Arafats an Itzhak Rabin, in dem er das Existenzrecht Israels bestätigt und die entsprechende Abänderung der Charta der PLO ankündigt:

"Die PLO erkennt das Recht des Staates Israel an, in Frieden und Sicherheit zu leben. Die PLO nimmt die (entsprechenden) Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen an" (nach 'Der Bund' 11.9. 1993:2).

und der Brief Itzhak Rabins an Arafat, mit dem die PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt wird:

"Als Antwort auf Ihr Schreiben vom 9. September 1993 möchte ich Ihnen bestätigen, dass die Regierung Israels im Lichte der Verpflichtungen der PLO, die darin enthalten sind, entschieden hat, die PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen und mit der PLO im Rahmen des Friedensprozesses im Nahen Osten Verhandlungen aufzunehmen" (nach 'Der Bund' 11.9. 1993:2).

Zwei Tage später schon, am 13. September, folgt das Bild: Arafat und Rabin reichen sich vor der eilends hergerichteten Washingtoner Friedensbühne die Hand. Nachtrag II: Im Vorfeld der Begegnung in Washington schreibt Birgit Cerha in der 'Weltwoche': "Der Glaube an Wunder ist wieder aufgekeimt". Sie zitiert den ehemaligen israelischen Außenminister Abba Eban, der von einer "historischen Chance" spricht und Amos Oz, der meint:

"Es wird lange dauern. Aber es ist der Anfang des Endes von hundert Jahren gegenseitiger Verleumdung, der Weigerung, den Feind als Volk, als Nation anzuerkennen. Wir haben uns zur Anerkennung durchgerungen, zur Freundschaft noch nicht" (Cerha 1993:3).

Eine Prognose für das Gelingen des Unternehmens wagt niemand zu stellen, alles bleibt möglich. Der in Washington unterzeichnete Vertrag ist nur der Anfang eines Anfanges.

Nachtrag III: Die PFLP ruft zur Weiterführung des Kampfes gegen den zionistischen Erzfeind auf. Arafat verliert einige seiner treuesten Mitarbeiter. Palästinensische Kritiker des Vertrages beschuldigen Arafat, die PLO und Palästina verraten und verkauft zu haben. Israelische Kritiker beschuldigen Rabin, die Sicherheit, ja die Existenz Israels aufs Spiel zu setzen. Die Hamas, der islamische Jihad und die fundamentalistischen Siedlergruppierungen sind sich einig wie nie zuvor: sie alle lehnen den Vertrag ab. Es gibt wieder Tote, auf beiden Seiten. Arafat und Rabin demonstrieren gelassene Standfestigkeit und handeln die Einzelheiten der ersten Friedensphase aus.

Nachtrag IV: Anfang November taucht das Wort von einer "jüdischen Intifada" auf ('Der Bund' 1. 11. 1993:1). Fünfzig hohe Militärs und rechtsgerichtete Intellektuelle erklären sich mit den Siedlergruppen solidarisch. Sie erklären, dass Soldaten und Polizisten, die zur

Räumung der jüdischen Siedlungen auf den von Israel besetzten Golanhöhen oder im Gaza-Streifen und im Westjordanland eingesetzt würden, auf "illegalen Befehl" handelten ('Der Bund' 2. 11. 1993:2).

### III

Was ist geschehen? Oder sollte die Frage vielmehr lauten, was wird geschehen? Sicher, die gegenseitige Anerkennung, die Anerkennung Israels als Staat durch die PLO und die Anerkennung der Palästinenser und Palästinenserinnen als Nation und der PLO als ihre alleinige Vertreterin stellen einen fundamentalen Umbruch in den Beziehungen der beiden Konfliktparteien dar. Nur, abgesehen vom umstrittenen Inhalt, der je nach Sichtweise als Desaster wie als hoffnungsvoller Anfang aufgefasst werden kann, wird dieser Vertrag das Gaukerstück Arafat's und Rabin's bleiben, wenn es nicht gelingt, die unheilvolle Verlagerung des Konflikts in die Gewaltakte der jeweiligen fundamentalistischen Gruppierungen zu verhindern. Diese Verlagerung, die schon einige Zeit vor dem Vertragsabschluss begonnen hatte, ist ein Hinweis darauf, wie tiefgreifend die strukturellen Verankerungen dieses Konfliktes sind. So tiefgreifend, dass es nur wenige Wochen dauert, bis der Konflikt aus den Reihen der Extremgruppierungen wieder in die Mitte der israelischen Gesellschaft zurückgetragen wird, wo prompt die Legitimität der gegenwärtigen Regierung angezweifelt wird. Und dies, gemäss der staatskonstituierenden

Logik, mit Recht. Was Israel zum jetzigen Zeitpunkt ausmacht, verträgt sich nicht mit Gebietsabtretungen und Friedensschlüssen, mit Demokratie und gutnachbarschaftlichen Beziehungen. Die Skepsis der palästinensischen Kritiker des Vertrages ist durchaus am Platz. Ein weiterer Hinweis auf die Wurzeln des Konfliktes ist der Umstand, dass Israel und Palästina erst zu einer Annäherung finden konnten, als sie sich vom internationalen, von den USA und Mitteleuropa dominierten diplomatischen Parkett in die Diskretion norwegischer Wälder absetzten. Solange sich die israelische Gesellschaft der Umstände ihres Entstehens nicht vollauf bewusst wird, wird sie nicht fähig sein zu der Reform, die nötig ist, um tatsächlich zu einem friedlichen Zusammenleben mit ihren arabischen Nachbarn zu finden. Die arabischen Nachbarn ihrerseits täten wohl daran, sich die Frage zu stellen, ob sie die Finanzierung des "Unternehmens Frieden" ganz den westlichen Wirtschaftsmächten überlassen wollen. Eine Frage allerdings, die angesichts der wirtschaftlichen Verflechtungen beispielsweise Saudiarabiens weder einfach zu stellen noch einfach zu beantworten ist. Wie auch immer, Verhandlungen am grünen Tisch sind besser als handgreifliche Auseinandersetzungen, aber ein rein politischer Lösungsansatz wird immer nur Kosmetik bleiben. Es genügt eben nicht, sich zur politischen Anerkennung durchzuringen, es wird notwendig sein, sich zu befreunden.

Aber was kann alles passieren, wenn wir die Zäune einreissen, wir müssen alles gut bedenken, mögen viele einwenden. Es machte nicht den Eindruck, dass sich Arafat viel dabei gedacht hat, als er Peres in Davos an der Hand nahm und sie beide händchenhaltend zum Rednerpult gingen. Die Verhandlungen über das Autonomieabkommen Gaza-Jericho stehen, Anfang 1994, schlecht, es muss noch viel bedacht werden. Gerade deswegen ist eine solche Geste, eine solche körperliche Berührung, ein herausragendes Zeichen. Nach dem Stand des Denkens wäre sie eigentlich (noch) nicht möglich. Diese Geste, dieses Zeichen, weist über alle Douglas'schen Grenzen, über Barthes' Wahrheit und Lüge und über alle politischen Schwierigkeiten hinweg auf eine Wirklichkeit, die wir heute noch nicht beschreiben können. Vielleicht ist es die Zukunft Israels/Palästinas.

## ANMERKUNGEN

1) Das Buch ist zur Zeit noch nicht aus dem Hebräischen übersetzt.

2) Von Arabisch 'badawa', "in der Wüste leben".

3) Der Festtag für die neuen Bäume.

4) Aus einer Broschüre des 'Department of Information for Olim Ministry of Immigrant Absorption - The Jewish Agency - Immigration and Absorption Department, Information for Olim', no.5, December/January 1984/85:1.

5) Das Bild stammt aus einem 1990 von einer beduinischen Selbsthilfeorganisation, den 'Sons of Laqiya', herausgegebenen Kalender.

6) Der vorliegende Text ist die gekürzte und leicht überarbeitete Fassung meiner Lizentiatsarbeit, 'An-Naqab/Ha-Negev: Streiten um Land und Wirklichkeit. Eine semiotische Annäherung an einen Konflikt.', eingereicht am ethnologischen Institut der Universität Bcm im Dezember 1992.

7) Barthes definiert den Mythos rein formal, denn "(...) je mehr ein System spezifisch in seinen Formen definiert ist, desto mehr ist es der historischen Kritik gefügig. Ein bekanntes Wort parodierend, würde ich sagen, dass ein wenig Formalismus von der Geschichte entfernt, aber dass sehr viel Formalismus zu ihr zurückführt" (Barthes 1964:89).

Der Mythosbegriff von Barthes ist trotzdem nicht allzuweit von dem entfernt, der auch in der Religionswissenschaft verwendet wird. Lincoln (Lincoln 1989) charakterisiert den Mythos nach einem Überblick über die Positionen Malinowskis, Pettazzonis und Eliades (Malinowski, Bronislaw 1973: "Der Mythos in der Psychologie der Primitiven", in: Magie, Wissenschaft und Religion. Frankfurt:77-132; Pettazzoni, Raffaele 1967: Essays on the History of Religions. Leiden; und Eliade, Mircea 1966: Kosmos und Geschichte. Reinbeck, ders. 1955: Das Heilige und das Profane. Reinbeck, ders. 1961: Mythen, Träume und Mysterien. Salzburg, ders. 1963: Myth and Reality. New York, und ders. 1976: Die Sehnsucht nach dem Ursprung. Frankfurt) als

1. "eine Bezugnahme auf die weit zurückliegende, uranfängliche Vergangenheit;

2. der Glaube an die Richtigkeit überlieferter Modelle sowohl für die gesellschaftliche Organisation wie für das individuelle Verhalten;

3. ein Misstrauen gegenüber Veränderung, Neuerung und geschichtlichem Wandel;

4. ein Bedürfnis nach Verewigung bzw. Wiederherstellung der Welt der Vergangenheit.

5. die Überzeugung, dass, sofern man in Übereinstimmung mit dem uranfänglichen Präzedenzfall handelt, das eigene Tun richtig, gerecht und göttlich bestimmt sei." (Lincoln 1989:13)

Nach Lincoln stimmt Eliade mit Barthes darin überein, dass der Mythos gegenüber der Zeit eine Haltung zeigt, die von tiefer Angst vor jeder historischen Besonderheit und Veränderung geprägt ist. Der Mythos sucht "die Rückversicherung ewiger Wahrheiten und historischer Vollkommenheiten" (Lincoln 1989:24 Anm.16). Den wesentlichsten Unterschied zwischen der Position von Barthes und der Position Eliades sieht Lincoln in der Art, wie mit der Frage, ob diese Rückversicherung etwas Gutes oder etwas Schlechtes sei, umgegangen wird (Lincoln 1989:23-24 Anm.16).

8) Zur Diskussion des Begriffs 'Symbol' wie auch zur Einordnung des Ansatzes von Mary Douglas in der symbolischen Anthropologie siehe:

-Turner, Victor 1975: Symbolic Studies", in: Annual Review of Anthropology:145-154.

-Umiker-Seboek, D. Jean 1977: "Semiotics of Culture: Great Britain and North America", in: Annual Review of Anthropology:121-135.

-LeCron Foster, Mary and Stanley H. Brandes 1980: "Preface and Introductions I-IV", in: Symbol as Sense. New Approaches to the Analysis of Meaning. New York:3-7,71-75,125-129,203-229,271-176,367-370.

-Renner, Egon 1983: "Die Grundlinien der kognitiven Forschung", in: Hans Fischer (Hrsg.): Ethnologie eine Einführung. Dietrich-Reimer Verlag. Berlin:391-425.

-D'Andrade, Roy 1984: "Cultural meaning systems", in: Richard A. Schweder and Robert A. LeVine (eds.): Culture Theory. Essays on Mind, Self, and Emotion. Cambridge University Press. Cambridge, New York, Sidney:88-119.

9) Douglas folgt hier dem Ansatz der französischen Soziologen des 'L'année sociologique', vorab Durkheim.

"Durkheim's famous saying 'Society is God', spelt out, means that in every culture where there is an image of society it is endowed with sacredness, or conversely that the idea of God can only be constituted from the idea of society" (Douglas 1973:195).

10) Zum - äusserst kontroversen - Begriff des "Nomadismus" siehe:

-Dyson-Hudson, Neville 1972: *The Study of Nomads.* in: Neville Dyson-Hudson and W. Irons /eds.): *Perspectives on Nomadism.* Leiden:2-29.

-Barth, Frederik 1973: "A general perspective on nomad-sedentary relations in the Middle East." in: Cynthia Nelson (ed.): *The Desert and the Sown.* Berkeley:11-21.

-Salzman, Philip Carl and John Galaty 1980: "Is Nomadism a useful concept?" in: *Nomadic Peoples,* 6:1-7.

-Galaty, John 1984: "Cultural perspectives on Nomadic Pastoral Societies." in: *Nomadic Peoples,*6:15-29.

-Khazanov, A.M. 1984: *Nomads and the Outside World.* Cambridge.

Siehe auch die beiden "Standardwerke" zur beduinischen Bevölkerung des Negev:

-Marx, Emmanuel 1967: *Bedouin of the Negev.* Manchester University Press, Manchester.

-Marx, Emmanuel and Avshalom Shmueli 1984: *The Changing Bedouin.* New Brunswick and London.

11) Der Artikel ist ein Auszug aus:

-Falah, Ghazi 1982: *The processes and patterns of sedentarization of the Galilee Bedouin 1880-1892.* (unpublished PH.D. Thesis). Department of Geography, University of Durham.

12) Falah verweist hier auf:

-Clarke, J.I. 1955: "Summer nomadism in Tunisia". in: *Economic Geography,* 31:157-167.

-Yacoub, S.M. 1969: *Sociological Evaluation of a Pilot project for Bedouin Settlement: a Case Study.* Publication no.40. American University of Beirut. Beirut.

-Christodoulou, D. 1970: "Settlement in agriculture of nomadic, semi-nomadic and other pastoral people: basic considerations from a world view." in *Land Reform.* (F.A.O.), no.1:40-51.

-Cole, D.P. 1974: "Bedouin of the oil fields." in: *Ekistics,* 37:268-270.

-Shamekh, A.A. 1977: "Bedouin Settlements" in: *Ekistics,* 43:210-218.

-Fabiatti, Ugo 1980: *Sedentarization as a means of detribalization: some politics of the Saudi Arabian government towards the nomads.* (unpublished paper). Centre for Arab Gulf Studies. University of Exeter. Exeter.

Die Zahlenangaben bezüglich der arabisch-beduinischen Bevölkerung und des von ihr genutzten Landes variieren je nach Quelle beträchtlich. So gibt beispielsweise das 'Israel Government Yearbook' von 1958 die Landfläche, die 1948 "verlassen" wurde, mit 750'000 Dunum (1 Dunam = 1'000m<sup>2</sup>) an ('Israel Government Yearbook, 5719 (1958):235), die Zahlen der 'United Nations' belaufen sich auf 4 Millionen Dunum (nach Falah 1973:89-90).

13) Zur Frage der Landenteignung verweist Falah auf:

-Oded, Y. 1964: "Landlosses among Israeli Arab Villagers." in: *New Outlook,* no.7.

-Jiryis, Sabri 1969: *The Arabs in Israel.* Institute for Palestine Studies. Beirut.

-Kislev, R. 1976: "Land expropriations: history of oppression." *New Outlook,* no. 6.

-Reichman, S. 1979: *From Foothold to Settled Territory.* Yad Ishak Ben-Zvi. Jerusalem. (Transl.).

-Zureik, E. 1979: *The Palestinians in Israel, A Study in Internal Colonialism.* Routledge and Kegan Paul. London.

-Lustick, Jan 1980: *Arabs in the Jewish State. Israel's Control of a national Minority.* University of Texas Press. Austin.

-Tessler, M. 1980: *Arabs in Israel.* American University Field Study. Hanover, New Hampshire. (nach Falah 1985:445)

14) Nach Aussagen des Verhandlungsleiters David Shoshani von 1983 (Kliot und Medzini 1985:433).

15) Falah verweist hier auf:

-Khalidi, R. 1984: "The Arab economy in Israel: dependency or development." in: *Journal of Palestine Studies*, VXIII:63-86.

-Portugali, J. 1985: *Arab Labour in Tel Aviv: A Preliminary Study*. Department of Geography, Tel Aviv University, Tel Aviv. (nach Falah 1985:443).

16) Zu den beiden Plansiedlungen und der mit ihnen verbundenen Umsiedlungsaktion siehe Katona 1992:44-45, zur Frage der Landwirtschaft für die beduinische Bevölkerung siehe Katona 1992:37-39.

17) Siehe Katona 1992:70-73 und 104-106.

18) Genau 90,6%. Bauern verkauften selten, und wenn, meist nicht freiwillig (Diner 1980:36).

19) Zur israelischen Okkupationspolitik in der Westbank siehe auch:

-Aronson, Geoffrey 1978: "Israel's Policy of Military Occupation". in: *Journal of Palestine Studies*, vol.3, no.4:79-88.

20) Die Publikation beruht auf einer 1985 als Dissertationsschrift unter dem Titel "Aggressive Raumplanung, 100 Jahre Siedlungspolitik in Palästina" an der Abteilung für Raumplanung der Universität Dortmund eingereichten Arbeit.

21) Siehe:

-Richter, Werner 1979: *Israel und seine Nachbarräume*. Wiesbaden., nach Waltz und Zschiesche 1986:38.

-Schölch, Alexander 1982: "European penetration and the economic development of Palestine, 1856-1882." in: Roger Owen (ed.): *Studies in the economic and social history of Palestine in the nineteenth and twentieth centuries*. Oxford.

-Granott, Abraham 1952: *The Land System in Palestine, History and Structure*. London.

22) Schölch 1982, op. cit.:27 und Granott 1952, op. cit., nach Waltz und Zschiesche 1986:50.

Siehe auch:

-Abu Rabica, Aref 1986: "Control and Allocation of Grazing Lands among the Bedouin Tribes of the Negev." in: *Nomadic Peoples* 20,5:5-10.

-Fabietti, Ugo 1991: "Control of Resources and Social Cohesion. The Role of the Bedouin Domestic Group." in: *Nomadic Peoples*, 28:18-27.

23) Nach dem Kataster von 1909 besaßen rund 250 Familien rund 4 Millionen Dunum Land, ebensoviel wie die Gesamtheit der arabischen Kleinbauern in Palästina zu diesem Zeitpunkt (nach Waltz und Zschiesche 1986:54).

24) Siehe auch:

-Braslawski, J. 1947: *Know the Land of the Negev*. Tel Aviv:51-52,142-144., nach Kressel et al. 1991:30.

-Kressel, Gideon 1975: *Individuality vs. Tribality; Dynamics of a Bedouin Community Undergoing Urbanization*. Hakibbutz Hame'uhad. Tel Aviv. (Hebrew), nach Kressel et al. 1991:31.

-Bailey, C. 1980: "The Negev in the Nineteenth Century: Reconstructing History from Bedouin Oral Traditions." in: *Journal of Asian and African Studies*, vol.14:35-80.

-ders.: "Dating the Arrival of the Bedouin Tribes in Sinai and the Negev." in: *Journal of the Economic and Social History of the Orient*, 27 (1985):20-49.

Diese Bewegung entsprach einer Entwicklung, die im ganzen Mittleren Osten auftrat. Siehe:

-Warriner, D. 1962: *Land Reform and Development in the Middle East: A Study of Egypt, Syria and Iraq*. Oxford University Press. London., nach Kressel et al. 1991:3

Kressel et al. verweisen auf:

-Al 'Aref, 'Aref 1934: *The History of Beersheba and the Tribes*. Matb'at Bet al-Makdas. Jerusalem. (Arabic), nach Kressel et al. 1991:35.

-Braslawsky, J. 1947: *Know the Land of the Negev*. Tel Aviv., nach Kressel et al. 1991:35.

-Layish, A. und A. Shmueli 1976: *Legal Documents of the Bedouin of the Judean Desert and the Negev*. Document Collection of the Hebrew University. Jerusalem. (Arabic), nach Kressel et al. 1991:36.

- Abu Rabica, H. 1982: "Uses of Land among the Bedouin." in 'Notes on the Bedouin', 13:3-8., nach Kressel et al. 1991:37.
- 25) Brief von Dr. Yitzhak Levy, einem Landkäufer, an Dr. Theodor Herzl, 1903, in: Levontin, Z.D. 1937: To the Land of Our Fathers., nach Kressel et al. 1991:29 Anm.9.
- 26) Statuten des Keren Kayemeth LeIsrael, Jewish National Fund, Paragraph 3, Absatz 1., nach Davis und Lehn 1978:10.
- 27) Es sollte bis zum Jahr 1944 nochmals 75'000 Personen einwandern dürfen. Danach wäre eine Einwanderung nur noch mit Genehmigung der arabischen Palästinenser möglich gewesen (Waltz und Zschiesche 1986:76).
- 28) Die 'Shahak' (auch 'Shin Bet')-Papiere der 'Israeli League of Human and Civil Rights' belegen ein Massaker an Frauen und Kindern des al-cAzazmeh Stammes (in: Goering, Kurt 1979: "Israel and the bedouin of the Negev." in: Journal of Palestine Studies,vol.1., nach Maddrell und al-Grinawi 1990:6).  
Siehe auch:  
-Morris, Benny 1987: The Birth of the Palestinian Refugee Problem 1947-1949. CUP. (keine weiteren Angaben)., nach Maddrell und al-Grinawi 1990:6.  
-ders. 1986: "The harvest of 1948 and the creation of the Palestinian refugee problem." in: Middle East Journal,vol.40,no.4., nach Maddrell und al-Grinawi 1990:6.
- 29) 'al-Fajr Weekly' vom 13.12.1985.
- 30) Das 'Land Acquisition Law' von 1953.
- 31) Zahlen aus :  
-Lewando-Hundt, Gillian 1988: Health Inequalities and the Articulation of Gender, Ethnicity and Class in the Post Partum Health Care of Negev Bedouin Arab Mothers and their Children. Ph.D. Thesis. Warwick University. Warwick., nach Maddrell und al-Grinawi 1990:8.
- 32) JNF Department of Public Relations 1960: The New Partnership. Jerusalem. (Hebrew)., nach Davis und Lehn 1978:15 Anm. 27.
- 33) Report on the Legal Structure, Activities, Assets, Income and Liabilities of the Keren Kayemeth LeIsrael, Jewish National Fund. Jerusalem 1973:86-94., nach Davis und Lehn 1978:15 Anm.28.
- 34) Siehe:  
-Cohen, Arieh Leo 1979: The Beduin in Israel. Historical, Legal and Political Background. Rough draft of an essay based on materials collected by Dov Coller. Kerem Shalom.
- 35) 'Jerusalem Post' vom 6.6.1978., nach Maddrell und al-Grinawi 1990:8.
- 36) Abu Isam (Hanna Naqqarah) in 'al-Itihad' vom 15.7.1966.
- 37) Laws of the State of Israel, vol.4, 5710 (1949/50). Jerusalem:68., nach Jiryis 1973:85.
- 38) The Knesset Debates, February 27, 1950:867-872 and March 7, 1950:950-065., nach Jiryis 1973:91.
- 39) The Knesset Debates, December 3, 1952:245, February 22, 1956:1159, July 10, 1957:2373-2376, July 30, 1958:2467., nach Jiryis 1973:92.
- 40) The Knesset Debates, January 16, 1951:789-790., nach Jiryis 1973:91-92.
- 41) Laws of the State of Israel, vol. 4, 5710 (1949/50):151., nach Jiryis 1973:89.
- 42) Laws of the State of Israel, vol. 4, 5710 (1949/50):151., nach Jiryis 1973:89.
- 43) Laws of the State of Israel, vol.3, 5079 (1949):56., nach Jiryis 1973:94.

44) Die 'protected area' umfasst ein Gebiet, das sich 10 km nördlich und 25 km südlich des 31. Breitengrades der Grenze Israels entlangzieht (Jiryis 1973:94).

45) Laws of the State of Israel, vol. 2, 5709 (1938/49):71-77., nach Jiryis 1973:96.

46) Laws of the State of Israel, vol. 7, 5713 (1952/53):43-45., nach Jiryis 1973:99.

47) Die Enteignungen betrafen nach Schätzungen mehr als vier Millionen Dunum Land. Allerdings gibt es keine verlässlichen Zahlen, zumindest keine, die Jiryis zugänglich waren (Jiryis 1973:84).

Angaben bzw. Schätzungen finden sich bei:

-Jewish Agency for Palestine 1936: The Area of Cultivable Land in Palestine. Jerusalem:13.

-Weitz, Josef 1950: Ha-Mawaq al Ha-Adamah (The Struggle for the Land). Tel Aviv:226-227. (Hebrew).

-United Nations General Assembly: Progress Record of the United Nations Conciliation Commission for Palestine. January 23-November 19:11.

-Hadawi, Sami 1963: Palestine: Less of a Heritage. San Antonio, Texas:18-23.

-Israel Government Yearbook 5711-5720 (1950-1960):134-260.

(alle nach Jiryis 1973:84)

Der ungefähre Umfang der Enteignungen ist aber an der Dorfzahl ablesbar: 1945 gab es in Palästina rund 800 arabische Dörfer, 1967 waren es noch 433, davon 328 in der Westbank und im Gazastreifen, nur noch 105 in Israel (Jiryis 1973:84-85 Anm.12.) Siehe dazu auch:

-British Administrative Authorities in Palestine 1945: Palestine Gazette 1415, June 1945:771, Appendix no. 2 and amendments to it.

-Israel Government Yearbook 5719 (1958):235.

-Israel Defence Forces 1967: Census by the Central Bureau of the Jordan, Gaza Strip and Northern Sinai, Golan Heights, Publication no. 1. Jerusalem:49,163-165.

(alle nach Jiryis 1973:85 Anm.12).

48) Rede auf dem VI. Zionistenkongress, in: Stenographisches Protokoll der Verhandlung auf dem VI. Zionistischen Kongress in Basel, 23.-28. August 1903, Wien 1903:188., nach Waltz und Zschiesche 1986:30.

Oppenheimer beschreibt hier bildhaft die Prinzipien der 'Central Place' Theorie von Christaller, die die Grundlage für die Planung der Siedlungsnetze im Negev bildete. Zur 'Central Place' Theorie siehe:

-Shachar, Arie 1971: "Israel's Development Towns. Evaluation of National Urbanization Policy." in: Journal of the American Institute of Planners, November:362-370.

-Gradus, Yehuda und Eliahu Stern 1980: "Changing Strategies of Development: Toward a Regiopolis in the Negev Desert." in: American Planning Association Journal:410-423.

49) Government of Palestine 1946: A Survey on Palestine - prepared in December 1945 and January 1946 for the Information of the Anglo-American Committee of Inquiry, vol.1. Jerusalem., nach Waltz und Zschiesche 1986:77.

50) 42,88% für die arabische und 56,47% für die jüdische Bevölkerung. (UN-Resolution zum Nahostkonflikt, Völkerrecht und Politik, Bd.5, Berlin 1978:23ff., nach Waltz und Zschiesche 1986:94).

51) Simon Peres in der Zeitung 'Davar' vom 26.2.1961, zitiert in Jiryis 1968: The Arabs in Israel. The Institute for Palestine Studies . Beirut., nach Waltz und Zschiesche 1986:122.

52) State of Israel, Central Bureau of Statistics 1962: Demographic Characteristics of the Population. Jerusalem., nach Waltz und Zschiesche 1986:145.

53) Orni, Efraim 1966: Boden, seine Erhaltung und Urbarmachung. Jerusalem., nach Waltz und Zschiesche 1986:129.

54) Genaue Angaben in:

Ministry of Interior, Planning Department, Statistical Abstracts 1957/58:12, zitiert in: Spiegel, Erika 1966: New Towns in Israel/ Neue Städte in Israel. Stuttgart/Bern., nach Waltz und Zschiesche 1986:148.

55) Es liegt im Ermessen der lokalen Behörden, ob sie Häuser abreißen lassen wollen. Die Gerichtspraxis nimmt darauf aber keine Rücksicht.

"According to the 'Planning and Housing Law' of 1965 the judge 'may' issue a decree ordering the demolition of a house built without a licence. The word 'may' was interpreted by the District Court of Haifa as giving the judge discretion as to whether or not to issue such a decree, and the decision was upheld by the Supreme Court. Yet the magistrate's court frequently ignores this discretion and the chances in an appeal are small. I would say that the discretion given to the courts by the legislature has practically been cancelled by the judiciary" (persönliche Mitteilung des Anwaltes Rami Yovel an Penny Maddrell 1988, Maddrell und al-Grinawi 1990:24 Anm.58).

56) Laws of the State of Israel, vol.21 (1966/67):105., nach Jiryis 1971:54.

57) The Knesset Debates, 1.10. 1967:155., nach Jiryis 1971:54-55.

58) Artikel 3(a) des Memorandum of Association of Keren Kayemeth Le Israel (JNF); Official Gazette, Yalkut Hapirsumin (Collection of Proclamations), no.354, (10.6.1954):1196. (Hebrew), nach Jiryis 1971:56.

59) Die Episode wird erwähnt in:

-Dinur, B. (ed.) 1955: History Book of the Haganah. Part I, vol.I. Tel Aviv:144. (Hebrew).

-Greenbaum, Yitzhak 1957: The Zionist Movement. Tel Aviv:121. (Hebrew).

-Mirhav, Peretz 1967: History of the Labour Movement in the Land of Israel. Tel Aviv:120-123. (Hebrew).

-Bein, Alex 1970: History of Zionist Settlement. Tel Aviv:43. (Hebrew).

(alle nach Jiryis 1971:57).

60) The Knesset Debates, 31.10. 1966:166-169., nach Jiryis 1971:62-63.

61) The Knesset Debates, 31.10. 1966:166-169., nach Jiryis 1971:62-63.

62) Der Begriff der "common civic culture" stammt von:

Schmid, Carol L. 1982: Conflict and Consensus in Switzerland. University of California Press. Berkeley., nach Adam 1983:10.

63) Shaw Commission 1930 in: Palestine Royal Commission Report, July 1937, Cmd. 5479:178., nach George 1979:91.

64) Central Bureau of Statistics 1976: Statistical Abstract of Israel:354., nach George 1979:97.

65) Ruedy, John 1971: "Dynamics of Land Alienation." in: I. Abu Lughod (ed.): The Transformation of Palestine. Northwestern University Press. Evanston, Illinois:152., nach George 1979:98.

66) Die Zahlen für 1948/49 fehlen (George 1979:99).

67) George stützt sich auf:

-Hadawi, Sami (ed.) 1970: Village Statistics, 1945: A Classification of Land and Area Ownership in Palestine. PLO Research Center. Beirut:31-32.

68) Central Bureau of Statistics: Statistical Abstract of Israel 1986 und Agricultural and Rural Census 1981., nach Saltiel 1990:19-20.

69) 1984/1985 erhielt Arad Gemeindebeiträge, die siebenmal höher als die für Majjar, fünfmal höher als die für Tira und viermal höher als die für Sakhnin und Tam'ra waren (Erhebung des 'Israel Central Bureau of Statistics' in der 'Khadashot' vom 1.4. 1988, nach Maddrell und al-Grinawi 1990:24 Anm.107).

70) Lewando-Hundt, Gillian 1988: Health inequalities and the Articulation of Gender, Ethnicity and Class in the Post Partum Health Care of Negev Bedouin Arab Mothers and their Children. Ph.D. Thesis. Warwick University., nach Maddrell und al-Grinawi 1990:15.

- 71) Aus Roth, Benedict 1989: Key statistics from the 1983 census. February 1983. Shatil. Jerusalem., nach Maddrell und al-Grinawi 1990:17.
- 72) Aus Roth, Benedict 1989: Key statistics from the 1983 census. February 1983. Shatil. Jerusalem., nach Maddrell und al-Grinawi 1990:15.
- 73) Nach Schätzungen von Maddrell und al-Grinawi, abgestützt auf den 'Statistical Abstract of Israel' von 1981.
- 74) Für die Übersetzung danke ich Thomas Widmer.
- 75) Die Anfragen gingen an Aharon Uzan, damaliger Landwirtschaftsminister, und Ariel Sharon, damaliger Berater für 'Arabische Angelegenheiten' (aus dem Archiv von Dov Coller, 'Association for Civil Rights in Israel', nach Maddrell und al-Grinawi 1990:15,25 Anm.124).
- 76) Der Satz wurde von Israel Zangwill geprägt (nach Waltz und Zschiesche 1986:38).
- 77) Bonné, Alfred 1928: Die Finanzierung des zionistischen Aufbauwerkes in Palästina durch die Keren Hajessod. in: Finazarchiv, Bd. XLV:155., nach Diner 1980:71.
- 78) Davis und Lehn weisen in ihrem Artikel daraufhin, dass die oft schwammigen und unklaren Gesetzestexte keineswegs Produkt sprachlichen Unvermögens sind, sondern dass die uneindeutigen Formulierungen bewusst gewählt wurden Davis und Lehn 1978:16-17).
- 79) Siehe:  
 -Shachar, Aric 1971:"Israel's Development Towns. Evaluation of National Urbanization Policy". in: Journal of the American Institute of Planners, November:362-370.  
 -Soen, Dan 1976: "Social Distress in Settlements in Israel." in: Ekistics, 242:50-54.  
 -ders. 1979: "Habitability - occupants' needs and dwelling satisfaction." in Ekistics, 275:129-134.  
 -Gradus, Yehuda 1978: "Beer-Sheva, Capital of the Negev Desert." in: Geo Journal, 2,6:521-532.  
 -Gradus, Yehuda und Eliahu Stern 1980: "Changing Strategies of Development: (Toward a Regiopolis in the Negev Desert." in: Journal of the American Planning Association:510-423.
- 80) Asad, Talal 1975: "Anthropological texts and ideological problems: an analysis of Cohen on Arab villages in Israel." in: Economy and Society:253-282.
- 81) Ben-Artzi, Y. 1987: "The colonies and the beginnings of rural physical planning in the land of Israel: a new evaluation." in: Ben-Arieh et al. (eds.): Historical- geographical studies in the settlement of Eretz Israel. Yad Izhak ben Zvi. Jerusalem:96-117. (Hebrew).. nach Falah 1989:541.
- 82) Diner schreibt dazu:  
 "Der Wohnungsbau war im Sinne des exklusiven Siedlungsvorhabens so politisch wie alle anderen in ökonomischen Formen gefassten Aneignungsmechanismen des Bodens als zukünftiges jüdisches Territorium. Die Tatsache, dass er real und im Sinne der Siedlungspolitik planvoller Ausdruck der auf Besitzform beruhenden zionistischen Landnahme war, wurde jedoch wie im Falle der kollektiven agrarischen Siedlungen, für viele Bewohner durch den sozialen Aspekt - die Wohnqualität - bewusstseinsmässig überlagert" (Diner 1980:59).  
 Zu "Stadtnahme" siehe Diner 1980:53-59.
- 83) Theodor Herzl schrieb 1895:  
 "Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem Lande jederlei Arbeit verweigern. Die besitzende Bevölkerung wird zu uns übergehen. Das Expropriationswerk muss - ebenso wie die Fortschaffung der Armen - mit Zartheit und Behutsamkeit erfolgen. Die Immobilienverkäufer sollen glauben, uns zu prellen, uns über den Wert zu verkaufen, aber zurückverkauft wird nichts" (Herzl, Theodor, Notiz vom 2.6. 1895, publ. 1922: Tagebücher, Bd.I. Berlin:98., nach Waltz und Zschiesche 1986:29).
- 84) nach Ernst Fraenkel 1974: Der Doppelstaat. Köln/Frankfurt am Main.

85) Bersheba

86) Der Begriff der "Sicherheitsreligion" stammt aus:

-Arian, Asher et al. 1988: National Security and Public Opinion in Israel. Jaffee Center for Strategic Studies. Tel Aviv;84., nach Signer 1990:118.

87) Amos Oz in einem Interview in 'Die Weltwoche' anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels.

## BIBLIOGRAPHIE

Abu-Rabica, cAref 1986: "Control and Allocation of Grazing Lands among the Bedouin Tribes of the Negev." in: *Nomadic Peoples*, 20:5-10.

Adam, Heribert 1983: "Ethnic Politics and Crisis Management: Comparing South Africa and Israel." in: *Journal of Asian and African Studies*, vol. XVIII, 1-2:4-21.

Alafenisch, Salim 1990: *Das Kamel mit dem Nasenring*. Unionsverlag, Zürich.

Amir, Yehuda, Ben-Ari, Rachel und Aharon Bizman 1985: "Prospects of Intergroup Relations in an Intense Conflict Situation: Jews and Arabs in Israel." in: *Journal of Asian and African Studies*, vol. XX,3-4:203-217.

Asad, Talal 1975: "Anthropological Texts and Ideological Problems: An analysis of Cohen on Arab villages in Israel." in: *Economy and Society*, vol.4, no.3:251-282.

Association for Support and Defence of Bedouin Rights in Israel 1990: *Bi-Monthly Report*, Nov./Dec.

Association for Support and Defence of Bedouin Rights in Israel 1991a: *Bi-Monthly Report*, July/Aug.

Association for Support and Defence of Bedouin Rights in Israel 1991b: *Bi-Monthly Report*, Sept./Oct.

Association for Support and Defence of Bedouin Rights in Israel 1991/1992a: *Bedouin Arabs Rights Report*, Nov./Jan.

Association for Support and Defence of Bedouin Rights in Israel 1992b: *Summary of the Master Plan for the Bedouin Population in the Southern District*.

Association for Support and Defence of Bedouin Rights in Israel 1992c: *Petition*.

Barth, Frederik 1973: "A general perspective on nomad-sedentary relations in the Middle East." in: Nelson, Cynthia (ed.): *The Desert and the Sown*. Berkeley:11-21.

Barthes, Roland 1964: *Mythen des Alltags*. Suhrkamp, Frankfurt/Main.

Barthes, Roland 1988a: "Das semiologische Abenteuer." in: *Das semiologische Abenteuer*. Suhrkamp, Frankfurt/Main:7-12.

Barthes, Roland 1988b: "Die Machenschaften des Sinns." in: *Das semiologische Abenteuer*. Suhrkamp, Frankfurt/Main:165-167.

Barthes, Roland 1988c: "Semantik des Objekts." in: *Das semiologische Abenteuer*. Suhrkamp, Frankfurt/Main:187-197.

Bateson, Gregory 1987(2): "Culture Contact and Schismogenesis." in: *Steps to an Ecology of Mind. Collected Essays in Anthropology, Psychiatry, Evolution and Epistemology*. Chandler Publishing Company, Northvale, New Jersey and London:61-72. (1972)

Bateson, Gregory 1987b (2): "Cybernetic Explanation." in: *Steps to an Ecology of Mind. Collected Essays in Anthropology, Psychiatry, Evolution and Epistemology*. Chandler Publishing Company, Northvale, New Jersey and London:405-416. (1972)

Binur, Yoram 1989: *My Enemy, My Self*. Doubleday, USA.

Cerha, Birgit 1991: "Diese unstillbare Sehnsucht nach demselben Land. Tragische Missverständnisse und Fehlkalkulationen bestimmten den Lauf der israelisch-arabischen Beziehungen." in: 'Die Weltwoche', Nr.44, 31.10.:5,7.

- D'Andrade, Roy G. 1984: "Cultural meaning systems." in: Shweder, Richard A. and Robert A. LeVine (eds.): *Culture Theory. Essays on Mind, Self, and Emotion*. Cambridge University Press. Cambridge, New York, Sidney: 88-119.
- Davis, Uri and Walter Lehn 1978: "And the Fund Still Lives. The Role of the Jewish National Fund in the Determination of Israel's Land Policies." in: *Journal of Palestine Studies*, vol. III, no. 4: 3-33.
- Diner, Dan 1980: *Israel in Palästina. Über Tausch und Gewalt im Vorderen Orient*. Athenäum, Königstein, Taunus.
- Diner, Dan 1991: *Der Krieg der Erinnerungen und die Ordnung der Welt*. Rotbuch Verlag, Berlin.
- Douglas, Mary 1966: *Purity and Danger. An analysis of concepts of pollution and taboo*. Routledge and Kegan Paul, London.
- Douglas, Mary 1973: *Natural Symbols. Explorations in Cosmology*. Barrie and Jenkins Ltd., London.
- Douglas, Mary 1975: *Implicit Meanings. Essays in anthropology*. Routledge and Kegan Paul, London.
- Douglas, Mary 1982: "Introduction to grid/group analysis." in: *Essays in the sociology of perception*. Routledge and Kegan Paul, London: 1-9.
- Douglas, Mary and Aaron Wildawsky 1982: *Risk and Culture*. University of California Press, Berkeley.
- Dyson-Hudson, Neville 1972: "The study of Nomads." in: Dyson-Hudson, Neville and William Irons (eds.): *Perspectives on Nomadism*. Leiden: 2-29.
- Fabietti, Ugo 1991: "Control of Resources and Social Cohesion. The Role of the Bedouin Domestic Group." in: *Nomadic Peoples*, 28: 18-27.
- Falah, Ghazi 1983: "The Development of the Planned Bedouin Settlement in Israel 1964-1982: Evaluation and Characteristics." in: *Geoforum*, vol. 14, no. 3: 311-323.
- Falah, Ghazi 1985: "Planned Bedouin Settlement in Israel: the Reply." in: *Geoforum*, vol. 16, no. 4: 440-451.
- Falah, Ghazi 1989: "Israelization of Palestine human Geography." in: *Progress in Human Geography. An international review of geographical work in the social sciences and humanities*, vol. 13, no. 4: 535-550.
- Flapan, Simha 1979: *Zionism and the Palestinians*. London.
- Galaty, John 1984: "Cultural Perspectives on Nomadic Pastoral Societies." in: *Nomadic Peoples*, 16: 15-29.
- Ginat, Joseph 1984: "Sedentarization of Negev Bedouin in Plural Communities." in: *Nomadic Peoples*, 15: 13-33.
- George, Alan 1979: "Making the desert bloom: A myth examined." in: *Journal of Palestine Studies*, 8: 88-100.
- Grados, Ychuda 1978: "Beer-Sheva, capital of the Negev desert - function and internal structure." in: *Geo Journal*, 2, 6: 521-532.
- Grados, Yehuda and Eliahu Stern 1980: "Changing strategies of development: toward a regiopolis in the Negev desert. Desert Research Institute at the Ben Gurion University of the Negev, Beer Sheva." in: *Journal of the American Planning Association*, vol. 46(4): 410-423.
- Grossman, David 1990: *Der Gelbe Wind. Die israelisch-palästinensische Tragödie*. Kindler Verlag, München.

- Heym, Stefan 1981: Ahasver. Bertelsmann, München.
- Jiryis, Sabri 1971: "Recent Knesset Legislation and the Arabs in Israel." in: *Journal of Palestine Studies*, vol.1, no.1:53-67.
- Jiryis, Sabri 1973: "The Legal Structure of the Expropriation and the Absorption of Arab Lands in Israel." in: *Journal of Palestine Studies*, vol.2, no.4:82-104.
- Kliot, M. and A. Medzini 1985: "Bedouin Settlement Policy in Israel 1964-1982: Another Perspective." in: *Geoforum*, vol.16, no.4:428-439.
- Kressel, Gideon M., Ben-David, Joseph and Khalil Abu Rabica 1991: "Changes in the Land Usage by the Negev Bedouin Since the Mid-19th Century. The Intra-Tribal Perspective." in: *Nomadic Peoples*, 28:28-55.
- Laqueur, Walter 1975: *Der Weg zum Staat Israel*. Wien.
- LeCron Foster, Mary and Stanley H. Brandes 1980: Introductions I-VI. in: LeCron Foster, Mary and Stanley H. Brandes (eds.): *Symbol as Sense. New Approaches to the Analysis of Meaning*. New York:3-7,71-75,125-129,203-209,271-276,367-370.
- Lincoln, Bruce 1989: "Der politische Gehalt des Mythos." in: Duerr, Hans Peter (Hrsg.): *alcheringa oder die beginnende Zeit. Studien zu Mythologie, Schamanismus und Religion*. Athenäum, Frankfurt/Main:9-26.
- Maddrell, Penny 1990: *The Bedouin of the Negev. With Additional Material by Yunis al-Grinawi. The Minority Rights Group Report*, no.81.
- Marx, Emmanuel 1967: *Bedouin of the Negev*. Manchester University Press. Manchester.
- Marx, Emmanuel and Avshalom Shmuely 1984: *The Changing Bedouin*. Transaction Books, New Brunswick and London.
- Mi'Ari, Mahmoud 1987: "Traditionalism and Political Identity of Arabs in Israel." in *Journal of Asian and African Studies*, vol.22, 1-2:33-44.
- Khazanov, A.M. 1984: *Nomads and the outside world*. Cambridge University Press. Cambridge.
- Oz, Amos 1992: "Friede heisst: aufhören zu töten, anfangen zu leben." in: 'Die Weltwoche', Nr. 33, 24.9.:59.
- Renner, Egon 1983: "Die Grundlinien der kognitiven Forschung." in: Fischer, Hans (Hrsg.): *Ethnologie eine Einführung*. Dietrich-Reimer Verlag, Berlin:391-425.
- Saltiel, Moise 1990: "The Desertification of the arid Negev." in: *I&P*, March:19-25.
- Salzman, Philip Carl and John Galaty 1980: "Is Nomadism a useful concept?" in: *Nomadic Peoples*, 6:1-7.
- Shahak, Israel (Hrsg.) 1977: *Nichtjuden in einem jüdischen Staat. Eine Dokumentation*. Bonn.
- Shachar, Arie S. 1971: "Israel's development towns: evaluation of the National Urbanization Policy." in: *Journal of the American Institute of Planners*, 37,6:362-372.
- Signer, David 1990: *Angst, Aggression und Autoritäten. Ethnopschoanalyse bei einem rechtsnationalen und einem kommunistischen Israeli marokkanischer Herkunft. (unveröffentlichte Lizentiatsarbeit)*. Universität Zürich. Zürich.
- Soen, Dan 1976: "Social distress in settlements in Israel." in: *Ekistics*, 242:50-54.

Soffer, A. and Y. Bar-Gal 1985: "Planned Bedouin Settlement in Israel: Alternative Views." in: *Geoforum*, vol.16, no.4:423-451.

Stern, Eliahu and Yehuda Gradus 1979: "Socio-cultural considerations in planning towns for nomads." in: *Ekistics*, 277:224-230.

Turner, Victor 1975: "Symbolic Studies." in: *Annual Review of Anthropology*:145-154.

Umiker-Seboek, D.Jean 1977: "Semiotics of Culture: Great Britain and North America." in: *Annual Review of Anthropology*:121-135.

Waltz, Viktoria und Joachim Zschiesche 1986: *Die Erde hat ihr uns genommen. 100 Jahre zionistische Siedlungspolitik in Palästina. Das Arabische Buch. Berlin.*

Wyner, Hal 1991: "Und wenn die Führer auf ihre Völker hören müssen?" in: 'Die Weltwoche', Nr.44, 31.10.:9,13.

Wyner, Hal 1992: "Sie existieren lediglich in der Statistik. Fast 20% der Bevölkerung aus dem Bewusstsein verdrängt: Israels arabische Bürger." in: 'Die Weltwoche', Nr. 16, 16.4.

## ABSTRACT

The conflict over land between Israeli and Palestinians has an important dimension: the construction of realities which support the conflicting positions. An especially striking example of constructed reality can be found in the Negev where an Arab-Bedouin population of a near 100'000 struggle for the recognition of their rights as citizens of the state of Israel. According to Israeli authorities and to an astonishingly large number of publications in the social sciences there is no such problem as an Arab-Bedouin population being harassed by the state. According to the people concerned they suffer from acts of humiliation and violence which resemble South Africa's apartheid policy.

In the present paper I try to show how symbols are used to camouflage and distort historical processes of oppression and dispossession and the resulting social, economical, and political inequalities. I also try to explain why such symbols can be used in maintaining antagonistic relationships and how the opponents participate in the construction of two conflicting but intertwining realities. The symbol as I see it is twofold: it has a separating as well as a relating aspect. In order to grasp both aspects I use Barthes' concept of "de-naming" for the description of the process of camouflage and distortion (Barthes 1964 and 1988) and Douglas' concept of "symbolising", that is the relative generation of symbols, for the description of the common ground of antagonistic positions (Douglas 1966, 1973, 1975, and 1982).

Yet though a substantial part of the problem of constructed reality can be explained with the two concepts combined I conclude the paper questioning the semiotic concept of symbol. Barthes as well as Douglas submit their concepts of symbol to two contradicting conditions: "symbol" must at once be unambiguous and encompassing. In linear thinking this is not possible. This leaves us with the question whether the concept of symbol or the concept of perception must be altered - a question which opens up new perspectives on the conflict at hand: what exactly is at stake? Is it the gain or loss of land - or is it the gain or loss of reality?

URL: [http://www.ethno.unibe.ch/arbeitsblaetter/AB11\\_Kat.pdf](http://www.ethno.unibe.ch/arbeitsblaetter/AB11_Kat.pdf)

This is the electronic edition of Barbara Katona Lehner "An-Naqab/Ha-Negev: Streiten um Land und Wirklichkeit. Eine semiotische Interpretation des arabisch-jüdischen Konflikts in Israel/Palästina", Arbeitsblätter Nr. 11, Institut für Ethnologie, Universität Bern, Bern 1994

ISBN 3-906465-09-8

Electronically published August 23, 2001

© Barbara Katona Lehner und Institut für Ethnologie der Universität Bern. All rights reserved.

This text may be copied freely and distributed either electronically or in printed form under the following conditions. You may not copy or distribute it in any other fashion without express written permission from me or the Institut für Ethnologie. Otherwise I encourage you to share this work widely and to link freely to it.

#### Conditions

You keep this copyright notice and list of conditions with any copy you make of the text.

You keep the preface and all chapters intact.

You do not charge money for the text or for access to reading or copying it.

That is, you may not include it in any collection, compendium, database, ftp site, CD ROM, etc. which requires payment or any world wide web site which requires payment or registration. You may not charge money for shipping the text or distributing it. If you give it away, these conditions must be intact.

For permission to copy or distribute in any other fashion, contact:  
[information@ethno.unibe.ch](mailto:information@ethno.unibe.ch)